

Günter Krause (Hg.)

Wirtschaftsalternativen im Diskurs

© Rosa-Luxemburg-Stiftung

2005

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsalternativen im Diskurs	1
Vorwort	5
Günter Krause: Einleitung	6
I. Über die Hauptkonfliktlinien und Entwicklungstendenzen kapitalistischer Ökonomie – ihre Relevanz für die Entwicklung von Wirtschaftsalternativen	10
<i>Dieter Klein: Alternative Wirtschaftspolitik – Teil eines emanzipatorischen Transformationsprozesses</i>	10
<i>Andrea Ricci: What are the real reasons for Europe`s economic decline?</i>	18
<i>Judith Dellheim: An zentralen Konflikten und Herausforderungen vorbei: Der Wim-Kok-Bericht 2004 und seine offizielle Nutzung</i>	26
<i>Angelo Marano: The Italian decline: beyond neo-liberalism, towards a neo-feudalism?</i>	35
<i>Harald Werner: Was heißt Zurückdrängen der Profitdominanz?</i>	45
II. Ansätze für politikrelevante Wirtschaftskonzepte im alternativen Spektrum	47
<i>Michael Heine: Wirtschaftspolitische Hegemonie und ökonomische Paradigmen</i>	47
<i>Günter Krause: Über konzeptionelle Grundlagen alternativer Wirtschaftspolitik - Thesen</i>	60
<i>Christa Luft: Paul Samuelson rüttelt an einem Dogma – Die Relevanz für eine alternative Ökonomie</i>	70
III. Alternative Wirtschaftspolitik und zentrale strategische Projekte	75
<i>Harald Wolf: Alternative Wirtschaftspolitik als praktische Politik</i>	75
<i>Heide Knake-Werner: Wider die neoliberale „Modernisierung“ des Arbeitsmarktes – Über strategische Einstiegspunkte für alternative Wirtschaftspolitik</i>	80
<i>Andrea Fumagalli: Alternative solutions to labour flexibility and instability</i>	84
<i>Sven Giegold: Herausforderung Steuersenkungspolitik</i>	93
<i>Alessandro Santoro: Welfare and Taxation of Capital</i>	108
<i>Klaus Steinitz: Alternative Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen eines geringen Wirtschaftswachstums</i>	113
Autorenverzeichnis	118

Vorwort

Gesellschaftspolitische Alternativen sind nur dann ernst zu nehmen, wenn sie auch wirtschaftspolitische Alternativen darstellen. „Historisch progressiv“, so Wolfgang Fritz Haug mit Verweis auf Antonio Gramsci, „ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ‚Produktivität‘, d.h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ‚die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‘ und so die glaubhafte Erwartung individueller ‚Lebensperspektiven‘ speist“ (2004, 14 f.).

Dieses Doppelte von produktiver, in einem neuen Typ von Wirtschaft gegründeten Freisetzung gesellschaftlicher Kräfte der Menschen und neuen individuellen Lebensperspektiven war eine Verheißung des Neoliberalismus, die nicht einfach zurückgewiesen, sondern aufgenommen und durch eigene überlegene Projekte überwunden werden muss. Unter dem ist die Hegemonie der Linken in der Gesellschaft nicht zu haben. Und der Kampf darum hat mit der geistigen und politischen Krise des Neoliberalismus in Europa gerade erst begonnen.

Wenn die Linke ernsthaft um gesellschaftliche Mehrheiten kämpft, dann muss sie vor allem darum kämpfen, dass mehrheitlich ein neues produktives gesellschaftliches Projekt unterstützt wird. Grundzüge eines solchen Projekts wären die emanzipative und solidarische Verbindung der Interessen der mittleren und unteren Klassen und Gruppen der Gesellschaft, die Aussicht auf neue attraktivere Lebensperspektiven in der Einheit von mehr Selbstbestimmung und mehr sozialer Sicherheit sowie eine höhere Produktivität nicht zuletzt im Sinne von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Es wäre auch ein Projekt, von dem global Zusammenarbeit und Frieden ausgehen müsste.

Der vorliegende Band, herausgegeben von Günter Krause, ist ein wichtiger Beitrag zum Kampf der europäischen Linken um die Überwindung neoliberaler Hegemonie durch die Entwicklung eigener wirtschaftspolitischer Positionen mit der Potenz zur Gegenhegemonie. Günter Krause sei gedankt für die konzeptionelle und auch organisatorische Vorbereitung des Workshops von Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung und für die Arbeit, diese Beiträge für die Drucklegung aufzubereiten. Auch unseren italienischen Partnern, der Associazione Culturale Punto Rosso, hier persönlich vor allem Giorgio Riolo, sowie der CGIL Lombardia möchte ich danken für die enge Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Workshops und dieser Publikation.

Berlin, im August 2005

Michael Brie
Stellv. Vorsitzender des Vorstandes der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Einleitung

Emanzipatorische Kräfte sehen sich heute mit ökonomischen und sozialen, ökologischen und politischen Problemlagen konfrontiert, die unter ihnen einen Diskurs über strategische Probleme und Perspektiven, eine Verständigung über notwendige und mögliche Alternativen für Wirtschaft und Gesellschaft unabdingbar machen. Doch unübersehbar ist, dass sich das Thema Alternativen als erheblich umfassender erweist als die emotional sehr ansprechende Mobilisierungsparole „Eine andere Welt ist möglich!“ zunächst vermittelt.

Die Suche nach attraktiven und plausiblen Alternativen zum heutigen Kapitalismus enthält wahrlich eine Vielzahl offener Fragen – zu ihrem Inhalt, ihrer Herkunft und konzeptionellen Verfasstheit, den Chancen und Wegen ihrer Realisierung oder zu den sie tragenden sozialen und politischen Akteuren. Eine diesbezüglich kritische, kontroverse Debatte ist im Gange (jüngst u.a. Anand et al. 2004, Gindin 2004, Wahl 2004, de Sousa Santos 2004, Brand 2005, Roth 2005a, Altvater 2005, Steinitz 2005). So bestehen bereits über die Frage, „was eine Alternative ist, ... höchst unterschiedliche Vorstellungen“ (Wahl 2004, 93). Bestimmte strategische Dilemmata der globalisierungskritischen Bewegung klar thematisierend, merkt beispielsweise Elmar Altvater unter Bezug auf das Motto von der anderen Welt, die möglich sei, an: „Wenn eine andere Welt möglich ist, stellt sich sofort die Frage, ob dies *innerhalb* des institutionellen Systems der kapitalistischen Gesellschaftsformation oder *jenseits* des Kapitalismus konzipiert werden kann. Gestattet die pluralistische Gesellschaft Differenz und Diversität der gesellschaftlichen Subjekte, inwieweit kann der Markt reguliert und durch politische Planung der Ökonomie ergänzt werden? Ist anders als Joseph Schumpeter sich dies vor mehr als fünfzig Jahren vorstellte, eine materielle, soziale Demokratie im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftli-

chen Raum als Wirtschaftsdemokratie unter kapitalistisch institutionellen Bedingungen möglich“ (2005, 25)?

Unstrittig dürfte es sein, dass angesichts tiefgreifender struktureller Umbrüche sowie anhaltender gravierender Krisenprozesse in den entwickelten kapitalistischen Ökonomien, ein schlichtes Beharren auf tradierten linken Interpretationen und Politikmustern den objektiven Herausforderungen gegenüber letztlich wirkungslos bleiben muss. Vielmehr sind gerade das Aufzeigen *neuer alternativer Entwicklungspfade* der Wirtschaft jenseits der neoliberalen Macht- und Marktökonomie, die Vorstellung von Basiselementen, Triebkräften und Steuerungsinstrumenten einer auf volkswirtschaftlicher Effizienz, Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Demokratie beruhenden Ökonomie gefragt.

Es geht um das Aufspüren wirklich tragfähiger *konzeptioneller Ressourcen* aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur programmatischen Begründung und systematischen Ableitung von Alternativen der Wirtschaft. In diesem Zusammenhang bedarf es schließlich der Analyse und Befragung jener Potentialen und Erfahrungen, die mit der Theorie und Praxis solidarischer Ökonomie verbunden sind. Enthalten zum Beispiel derartige Ansätze und Pfade eine überzeugende Substanz für ein längerfristig tragfähiges, politisch vermittelbares Projekt alternativer Ökonomie? Offenbaren sich im Gedankengut sowie in den diversen Initiativen solidarischer Ökonomie realitätstaugliche Strategien zum notwendigen Aufbau emanzipatorischer Gegenmacht in der Wirtschaft?

Vier gewichtige Phänomene verdienen in diesem Kontext unsere besondere Aufmerksamkeit. Da ist *erstens* die *Hegemonie des Neoliberalismus*. Seine ökonomischen Erklärungsansätze und wirtschaftspolitischen Handlungsmuster wirkten pro-

grammatisch auf Profil, Verfasstheit und Entwicklungsdynamik heutiger Gesellschaften. Ideologisch blockiert er vor allem die Entwicklung von Alternativen (Zinn 2005, 9ff.). Insofern bedarf es attraktiver theoretischer wie politischer Gegenangebote, in denen mögliche Konturen einer neuen, einer alternativen Entwicklungslogik und –dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen sind.

Zweitens sind innerhalb der Linken auf dem Feld der wirtschaftspolitischen Alternativen – ungeachtet zahlreicher Aktivitäten – deutliche *Defizite konzeptioneller wie systematischer Art* auszumachen (Hoff 2004, Kraus 2003, Creydt 2001). Angesichts dessen bedarf es gerade in jenem Politikbereich, der für eine zukünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung von großer Relevanz ist, nicht nur einer Abkehr von der Philosophie des Stückwerkes. Vielmehr steht die schrittweise, kontinuierliche Ausarbeitung eines Konzepts für das Projekt Alternativen der Wirtschaft auf der Tagesordnung. Dabei geht es sowohl um die Auswahl von inspirierenden theoretischen Fundamente einer alternativen Wirtschaftspolitik wie auch um ihre inhaltlichen Schwerpunkte und Hauptforderungen, ihre verschiedenen Ebenen, einzelnen Handlungsfelder und bevorzugten Instrumente.

Drittens ist unübersehbar, dass die ökonomischen Legenden des Neoliberalismus – unterstützt durch eine weitgehende Kongruenz der Wirtschaftskonzepte der verschiedenen bürgerlichen Parteien, den meinungsprägenden Einfluss der meisten Medien sowie den größten Teil der Mitglieder der Ökonomenzunft – deshalb tiefe Einbrüche in das Denken großer Teile der Gesellschaft erzielen konnten bzw. erzielen, weil bei der Mehrheit der Bevölkerung ein erheblicher *Mangel an Kenntnissen über teils komplizierte wirtschaftliche Sachverhalte und Grundzusammenhänge* der Gesellschaft existiert. Bei einem weitverbreiteten ökonomischen Analphabetismus bedarf es daher umfassender ökonomischer Aufklärung. Sie hat vor allem Einsichten in volkswirtschaftliche Beziehungen und Verflechtungen, gegensätzliche ökonomische Interessenlagen und strukturelle Machtverhältnisse zu liefern und zu befördern. Weil für einen Politik-

wechsel – entgegen der neoliberalen „Sachzwang“-Logik und dem viel strapazierten Stereotyp von der angeblichen Alternativlosigkeit zur bislang praktizierten Politik – eine *andere* Sicht auf die Ökonomie vonnöten ist, steht ein wirklich nachhaltiger Aufklärungsprozess in Sachen Wirtschaft zur Debatte.

Viertens erweist sich heute in den relativ umfassend ausdifferenzierten Gesellschaften die Frage nach den *sozialen Akteuren gesellschaftlicher Veränderungsprozesse*, nach den Initiatoren und Trägern eines grundlegenden Politikwechsels, der Verwirklichung von Alternativen der Wirtschaft als gravierend. Insbesondere bedarf es – speziell auf dem Hintergrund der großen historischen Umbrüche in der jüngeren Geschichte, der Veränderungen in den sozialen und politischen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft, in den Organisationen der Lohnabhängigen sowie dem Aufkommen und Engagement der sozialen Bewegungen – der Bestimmung der inhaltlichen Schnittmengen zwischen den einzelnen Gruppierungen des emanzipatorischen Lagers bei der Konzipierung und Umsetzung wirtschaftspolitischer Alternativen.

Angesichts unterschiedlicher politischer Genese und Konfliktkultur sowie teils voneinander abweichender Inhalte und Strategien sind etwa zwischen linken Parteien, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften die Gemeinsamkeiten, Kooperationsmöglichkeiten wie auch Potentiale und Divergenzen in Sachen alternativer Wirtschaftspolitik sorgfältiger als bisher auszuloten. Aus gewerkschaftlicher Sicht hat jüngst Hans-Jürgen Urban diesbezüglich angemerkt, dass „eine neue Debatte über die Formierung `strategischer Allianzen` (coalition-building) mit anderen Bewegungen, Organisationen und Akteuren der Zivilgesellschaft“ erforderlich ist, wobei es neben „Mobilisierungs-Allianzen“ gerade auch um „Konzept-Allianzen“ gehe, „in denen unterschiedliche Akteure aus unterschiedlichen Interessenlagen und Wertorientierungen gemeinsam an Konzepten einer alternativen, solidarischen Modernisierung der Gesellschaft arbeiten“ (2005, 33).

Die im vorliegenden Band versammelten Beiträge sind nun verschiedenen Facetten der oben genannten Problematik gewidmet. Sie entstanden für und aus einem vom 26. bis 28. November 2004 in Mailand veranstalteten Workshop, der sich mit dem Thema „Alternativen der Wirtschaft“ befasste. Zu diesem Diskurs hatte die *Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin* – gemeinsam mit der *Associazione Culturale Punto Rosso* und der *CGIL Lombardia* – eine Reihe Ökonominen und Ökonomen sowie Akteure von Linksparteien, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften aus Italien und Deutschland eingeladen.

Die Beiträge und Diskussion des Workshops haben sich vor allem auf drei Schwerpunkte konzentriert. Nachdem *Dieter Klein* in seinem Einleitungsbeitrag („Alternative Wirtschaftspolitik – Teil eines emanzipatorischen Transformationsprozesses“) Inhalt und Aufgaben alternativer Wirtschaftspolitik im Kontext notwendiger Umgestaltung sowie Überwindung kapitalistischer Gesellschaften diskutiert, beschäftigt sich der *erste Schwerpunkt* mit *Hauptkonfliktlinien und Entwicklungstendenzen kapitalistischer Wirtschaft – ihre Relevanz für Anlage und Umsetzung von Wirtschaftsalternativen*. Hier werden gravierende strukturelle ökonomische und soziale Umbrüche europäischer wie italienischer Dimension aus der Perspektive alternativer Wirtschaftspolitik untersucht und kommentiert. Ausarbeitungen von *Andrea Ricci* („What are the real reasons for Europe`s economic decline?“), *Judith Dellheim* („An zentralen Konflikten und Herausforderungen vorbei: Der Wim-Kok-Bericht 2004 und seine offizielle Nutzung“), *Angelo Marano* („The Italian decline: beyond neo-liberalism, towards a neo-feudalism?“) sowie die Wortmeldung von *Harald Werner* („Was heißt `Zurückdrängen des Profitmechanismus`?“) greifen diese wichtige Problematik auf.

Der *zweite Schwerpunkt* thematisiert *Ansätze für politikrelevante Wirtschaftskonzepte im alternativen Spektrum*. Wohl hat der globale Kapitalismus für Milliarden von Menschen seine sozialen Legitimationsgrundlagen verloren, zeigt die neoliberale Deutungshoheit über Vorgänge in der Ökonomie erste Risse (vgl. Stiglitz 2002), werden auch wieder im verstärkten Maße

Fragen nach gesellschaftlichen Alternativen sowie Forderungen nach (Wieder-)Aneignung und Umverteilung von Arbeit und Reichtum gestellt (vgl. Roth 2005b, 13 ff.). Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass emanzipatorische Kräfte etwa in Fragen einer alternativen Wirtschaft ohne Theoriearbeit auskommen werden oder alternative Wirtschaftspolitik ohne ein konsistentes konzeptionelles Fundamente möglich ist (vgl. Krause 2002, 783 ff.). In den Beiträgen von *Michael Heine* („Wirtschaftspolitische Hegemonie und ökonomische Paradigmen“), *Günter Krause* („Über konzeptionelle Grundlagen alternativer Wirtschaftspolitik – Thesen“) und *Christa Luft* (Paul A. Samuelson rüttelt an einem Dogma – Die Relevanz für eine alternative Ökonomie“) wird versucht, Anregungen für die Lösung derartiger Problemstellungen und Herausforderungen zu liefern.

Der Fokus des *dritten Schwerpunktes* richtet sich auf *Alternative Wirtschaftspolitik und zentrale strategische Projekte*. Gemessen am Ziel der Vollbeschäftigung, an den Erfordernissen sozialer Symmetrie sowie der Verteilungsgerechtigkeit hat die neoliberale Wirtschaftspolitik im europäischen wie nationalen Maßstab eine katastrophale Bilanz vorzuweisen. Massenarbeitslosigkeit, rigider Abbau des einstigen Wohlfahrts- bzw. Sozialstaates, zerrüttete öffentlichen Finanzen stehen für die „Kon-turen einer politischen Ökonomie der Unsicherheit“ (Beck 2005). Angesichts dessen steht natürlich die Frage, welche Wirtschaftspolitik geeignet ist, die existenten Probleme erfolgreich anzugehen. Kurz: Welche Alternativangebote können emanzipatorische Kräfte unterbreiten? Welche Chancen sowie Spielräume besitzen sie etwa bei der Übernahme politischer Verantwortung, um angesichts der „Normalitäten“ kapitalistischer Umwelt einen grundlegenden Wechsel in der Wirtschaftspolitik vornehmen zu können? Welche diesbezüglichen Erkenntnisse sind zum Beispiel mit dem Eintritt von Demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten in die rot-roten Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern verbunden? Und welche Relevanz besitzen bestimmte ausgewählte strategische Projekte eines Einstiegs in den Politikwechsel? Die zu diesem Schwerpunkt präsentierten Papiere

reflektieren nicht nur ein recht breites Spektrum von Themen. Vielmehr offenbaren sie zugleich spannende Einsichten und produktiv nutzbare Erfahrungen von Akteuren, die auf sehr unterschiedlichen Ebenen mit Theorie und Praxis alternativer Wirtschaftspolitik befasst sind – und daher auch teils zu divergierenden Aussagen kommen. Aus dieser Perspektive verdienen die Beiträge des „Politikers“ bzw. Senators *Harald Wolf* („Alternative Wirtschaftspolitik als praktische Politik“) und der „Politikerin“ bzw. Senatorin *Heidi Kna-*

ke-Werner („Wider die neoliberale `Modernisierung` des Arbeitsmarktes – Einstiegs- punkte für alternative Wirtschaftspolitik“) wie selbstredend natürlich die Aufsätze von *Andrea Fumagalli* („Alternative solutions to labour flexibility and instability“), *Sven Giegold* („Herausforderung Steuer- senkungspolitik“), *Alessandro Santorro* („Welfare and taxation of capital“) und *Klaus Steinitz* („Alternative Wirtschaftspoli- tik unter den Bedingungen eines geringen Wirtschaftswachstums“) entsprechende Aufmerksamkeit.

Literatur:

- Altvater, Elmar, 2005: Strategische Dilemmata von attac. In: Sand im Getriebe. Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung, Nr. 44.
- Anand, Anita et al., 2004: Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, Berlin.
- Beck, Ulrich, 2005: Die Gesellschaft des Weniger. In: Süddeutsche Zeitung vom 3. Februar, S. 15.
- Brand, Ulrich, 2005: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg.
- Creydt, Magnus, 2001: Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. Aktuelle Modelle sozialistischer Wirtschaftsgestaltung aus der angelsächsischen Diskussion. In: Berliner Debatte INITIAL 3.
- Gindin, Sam, 2004: Antikapitalismus und soziale Gerechtigkeit. In: SoZ. Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis 6, Mai.
- Hoff, Benjamin, 2004: Sozial gerecht und ökonomisch kompetent. In: Neues Deutschland vom 23. Januar, S. 14 (DEBATTE).
- Kraus, Astrid, 2003: „Wir können nicht auf bessere Zeiten in weiter Ferne hoffen“ (Interview). In: Neues Deutschland vom 10. Dezember, S. 2.
- Krause, Günter, 2002: Die Geschichte der ökonomischen Theorien zwischen Mainstream und Alternative. In: UTOPIEKreativ 143, September.
- Roth, Karl-Heinz, 2005a: Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg.
- Roth, Karl-Heinz, 2005b: Der Zustand der Welt und die Chancen einer erneuerten sozialisti- schen Alternative. In: Sand im Getriebe. Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung, Nr. 44.
- Sousa, Santos de, Boaventura, 2004: Das Weltsozialforum: Für eine gegenhegemoniale Globalisierung. In: UTOPIEKreativ 169, November.
- Steinitz, Klaus, 2005: Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heu- te, Hamburg.
- Stiglitz, Joseph, 2002: Die Schatten der Globalsierung, Berlin.
- Urban, Hans-Jürgen, 2005: Modernisierungsbegleiter oder konstruktive Vetomacht? Zur Rolle der Gewerkschaften im flexiblen Kapitalismus. In: Sand im Getriebe. Internatio- naler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung, Nr. 44.
- Wahl, Peter, 2004: Vor neuen Herausforderungen. Zu einigen strategischen Problemen der globalisierungskritischen Bewegung. In: Z, Nr. 58, Juni.
- Zinn, Karl-Georg, 2005: Europa im Siechtum. Die Ideologie einer gescheiterten Politik blo- ckiert Alternativen. In: Sozialismus 32, Heft 1.

I. Über die Hauptkonfliktlinien und Entwicklungstendenzen kapitalistischer Ökonomie – ihre Relevanz für die Entwicklung von Wirtschaftsalternativen

Dieter Klein

Alternative Wirtschaftspolitik – Teil eines emanzipatorischen Transformationsprozesses

Mit acht Thesen will ich im folgenden versuchen, der gewählten Thematik gerecht zu werden.

These 1: *Eine alternative Wirtschaftspolitik muss als wesentlicher Bestandteil eines alle gesellschaftliche Sphären umfassenden transformatorischen Projekts entwickelt werden.*

In der Rosa-Luxemburg-Stiftung gehen wir davon aus, dass demokratischer Sozialismus ein langer transformatorischer Prozess ist, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft beginnt und auf demokratische Weise über den Kapitalismus hinausführen wird (Brie, M./Chrapa/Klein 2002). Heute Wirtschaftspolitik als Grundbestandteil eines solchen Prozesses aufzufassen, kann angesichts der Wucht neoliberaler Entwicklungen nahezu absurd erscheinen. Kritische Akteure stehen überwiegend mit dem Rücken zur Wand.

Jedoch vollziehen sich Kämpfe um Reformalternativen nach unserer Ansicht im Rahmen eines „strategischen Dreiecks“. Es umfasst 1. Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik, 2. gestaltende Reformpolitik unter gegebenen Bedingungen und 3. über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen. Die Vernachlässigung auch nur einer dieser Komponenten würde zum Verlust demokratisch-sozialistischer Identität führen.

These 2: *Für die kommende Dekade könnte als strategischer Grundgedanke eines alternativen Transformationsprojekts angesehen werden, dass es gegen die neoliberale Hegemonie um den Einstieg – nicht mehr und nicht weniger – in einen anderen gesellschaftlichen Entwicklungsweg geht.*

Linke Wirtschaftspolitik muss realisierbare ökonomische Reformen für den Beginn eines solchen Richtungswechsels entwickeln. In der Wirtschaft ist das noch schwieriger als in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen.

Gegen die Möglichkeit eines Übergangs zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung auf einem anderen als dem neoliberal geprägten Weg werden häufig die Konkurrenzzwänge der Globalisierung in Stellung gebracht. Doch die Außenwirtschaftsabhängigkeit der Europäischen Union entspricht nur etwa 10 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts. Das heißt, dass sie bei Stärkung ihres Binnenmarktes ausgezeichnete Spielräume für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik nach eigenen sozialen Maßstäben besitzt, konkret 90 zu 10 Prozent! Sie vermag dem Maß des shareholder value zu widerstehen – unter der Voraussetzung, dass politische Entscheidungen darüber erkämpft werden!

These 3: *Der politökonomische Kern und die Klammer für wirtschaftspolitische Schritte in einem transformatorischen Kontext heißt: Zurückdrängung und perspektivisch die Überwindung der Profitdominanz.*

Das birgt einen Widerspruch, der innerhalb der bundesdeutschen Linken und speziell in der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) zu heftigen Diskussionen geführt hat. Die Profitdominanz als letztes Maß wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung wird vor allem von den international mächtigsten Unternehmen durchgesetzt. Deren Macht und damit die Dominanz des Profits in Wirtschaft und Gesellschaft muss zurückgedrängt werden.

Doch zur praktischen Politik der PDS – etwa in den Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – gehört mit sehr guten Gründen die beschäftigungs- und umweltorientierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie entbürokratisierte Gewinnung von Investoren, darunter auch großer Firmen. Aber natürlich produziert das permanent Spannungen.

Überwindung des Kapitalismus als Ziel linker Politik heißt Überwindung der *Dominanz* des Profits und der ihm zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse, doch nicht Abschaffung des gesamten privaten Unternehmertums und jeglicher Form von Kapitalverwertung.

These 4: *Die konstruktive Kehrseite von Kämpfen um die Zurückdrängung der Profitdominanz heißt: Durchsetzung eines alternativen Leitbildes als Maß gesellschaftlicher Entwicklung. Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder über die sozialen Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit verfügt und solidarisches Handeln ein zentraler Wert wird. Das bedeutet für eine alternative Wirtschaftspolitik, dass eine effiziente Wirtschaft sozial gleicher Teilhabe aller an existenzsichernder Arbeit, Bildung, Kultur, medizinischen Leistungen und sozialer Sicherung gegen Lebensrisiken dienen soll.*

Eine derart ausgerichtete Wirtschaft und Wirtschaftspolitik hat demnach jene

Grundgüter bereitzustellen und gerecht zu verteilen, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit geben, selbst über ihr Leben zu bestimmen und daher – wie etwa im neuen Programm der PDS – auch als „Freiheitsgüter“ charakterisiert werden.

Ohne in der kulturell-geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit dem Gedanken der Möglichkeit und Dringlichkeit eines Gegenleitbildes zu dem des Menschen, der sich vor allem zu rechnen hat, erheblichen Einfluss zu verschaffen, wird es keine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik geben. Denn eine wichtige Ursache für die geringe Unterstützung alternativer Reformvorstellungen ist der verbreitete resignative Glaube, dass wohl kein anderer Weg als der durch ein Tal von Tränen und Opfern nötig sei. Dass es anders gehen kann und muss – dies anknüpfend an den negativen Erfahrungen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern mit der herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten, ist eine elementare Aufgabe und Voraussetzung alternativer Wirtschaftspolitik.

Dieses andere Leitbild betrachte ich nicht als abstrakten Wunschmaßstab für eine Gesellschaft in ferner Zukunft. Es ist vielmehr das notwendige Maß auch für gegenwärtige Kämpfe und kommende Prozesse, obwohl der reale Trend in eine andere Richtung geht. David Harvey bezeichnet die „Akkumulation durch Enteignung“ deshalb als das eher Charakteristische der jüngeren Entwicklung (2003).

In Deutschland vollzieht sich der jüngste Schub in Richtung einer „Ökonomie der Enteignung“ im Rahmen der neoliberal-sozialdemokratischen „Agenda 2010“ sowie der nach ihrem geistigen Vater, dem Spitzenmanager des VW-Konzerns, Peter Hartz, benannten Hartz-Gesetze. Bisher gab es für Arbeitslose 32 Monate Arbeitslosengeld und danach eine niedrigere Arbeitslosenhilfe vor dem Abstieg in die Sozialhilfe, nun erfolgt dieser Abstieg nach nur einem Jahr. Ein neues Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau soll Arbeitslose zwingen, bei Strafe der teilweisen Verweigerung dieses Sozialeinkommens nahezu jede nachgewiesene Arbeit zu schlechteren Bedingungen anzunehmen. Doch Millionen sollen nach Arbeitsplätzen suchen, die es gar nicht gibt!

Die neuen Gesetze bedeuten, dass erhebliche Teile der Bevölkerung dauerhaft zu einem alimentierten Dasein verurteilt werden – zu Bedingungen der Enteignung von elementaren Bedingungen selbstbestimmten Lebens. Denn bis auf je 200 Euro pro Lebensjahr müssen Ersparnisse und Lebensversicherungen erst aufgebraucht werden, ehe ein Anspruch auf Sozialleistungen entsteht. Individuelle Sicherheitsansprüche werden durch die Haftung anderer Haushaltsangehöriger mit höherem Einkommen ersetzt, bis alle Betroffenen ihre Lebensansprüche abgesenkt haben. Ausgeweitet wird unter diesem Druck vor allem der Niedriglohnssektor.

Eine alternative Wirtschaftspolitik setzt der „Ökonomie der Enteignung“ eine Strategie der „Wiederaneignung von unten“ entgegen. Das macht etwa auch den symbolischen Sinn von in Deutschland und anderswo entstandenen „Umsonst“-Initiativen aus, wie etwa von Aktionen zur kostenlosen Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln.

These 5: *Das Transformationskonzept schließt in der Wirtschaftspolitik einen prozesshaften Umgang mit den Eigentumsverhältnissen ein, auf denen die Profitdominanz heute beruht: Nicht irgendwann die Enteignung als jäher Akt des Umsturzes, sondern Erneuerung und Vertiefung der Demokratie im Wandel der Kräfteverhältnisse, so dass demokratische Entscheidungen zivilgesellschaftlicher Akteure wachsenden Einfluss auf die Verfügung über alle Formen des Eigentums gewinnen, ob über privates Monopoleigentum, Kapitaleigentum kleiner Produzenten, kommunales, öffentlich-rechtliches, genossenschaftliches oder gesamtstaatliches Eigentum.*

Damit wird klar: Demokratisierung als Prozess der Veränderung der Kräfteverhältnisse – das ist der entscheidende Weg zur Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, damit sich Bürgerinnen und Bürger die Verfügung über Ressourcen aneignen, die bisher in der exklusiven Verfügung der Eigentümer waren. Dazu nur einige jüngste Beispiele:

In Brasilien hat die Bewegung der Landlosen zur Besetzung ungenutzten Landes

der Latifundistas geführt. Die Regierung Lula hat diesen Prozess durch ein Gesetz legalisiert.

Im Industriegürtel um Buenos Aires haben sich rund 400 Familien im Rahmen des Projekts MTS Solana verlassene Fabrikgebäude und kleine Bodenstücke als Grundlage autonomer Existenz angeeignet und sind dabei, sich mit ähnlichen Gemeinwesen zu vernetzen.

Mit dem Instrument partizipativer Bürgerhaushalte nach dem Muster des brasilianischen Porto Alegre nehmen sich Bürgerinnen und Bürger Verfügungsmacht über öffentliche Finanzen. In Berlin will etwa die PDS in zwei Bezirken, in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, nach diesem Muster handeln.

Eine progressive Sozial- und Umweltgesetzgebung vermag bei veränderten Kräfteverhältnissen – das ist unsere Erwartung trotz entgegengesetzter realer Entwicklung – dem Kapital Entwicklungen aufzuzwingen, in denen eine Soziallogik gegen die Kapitallogik zur Geltung gebracht wird. In nordischen Ländern Europas hat dies über lange Zeit – bei empfindlichen Rückschlägen seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts – zu beträchtlicher sozialer Bändigung des Kapitalismus geführt.

These 6: *Alternative Wirtschaftspolitik verläuft auf zwei Ebenen. Sie muss von zivilgesellschaftlichen Akteuren durchgesetzt und zum Teil – beispielsweise in Projekten öffentlich geförderter Beschäftigung oder durch partizipative Haushaltspolitik – von ihnen selbst praktiziert werden. Zugleich muss sie von den gewählten Repräsentanten in Parlamenten und Regierungen realisiert werden, natürlich unterstützt durch den Druck von „unten“.*

Stärkung der Massenkaukraft beispielsweise wird – wenn überhaupt – von Gewerkschaften erkämpft. Aber der Binnenmarkt muss auch durch staatliche Investitionen stabilisiert werden. Alternative Wirtschaftspolitik findet auf beiden Ebenen statt. Oft wird alternative Wirtschaftspolitik jedoch verkürzt als linkskeynesianische Geld-, Haushalts- und Investitionspolitik verstanden. Umgekehrt neigen Linke nicht selten zu sozialen Forderungen ohne rea-

listische Vorstellungen über die Möglichkeiten für deren wirtschaftspolitische staatliche Untersetzung.

Linke Kräfte in Regierungen stehen in der Verantwortung, ihre Wirtschaftspolitik nicht einseitig in Aushandlungsprozessen mit Unternehmervverbänden, Handelskammern und Investoren zu realisieren. Vielmehr hat linke Wirtschaftspolitik gleichzeitig allemal wechselseitige Lernprozesse mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und kritischen Intellektuellen zu suchen – auch wenn deren Erwartungen an Sozialisten in Regierungen oft unrealistisch und zum Teil radikal anti-staatlich sind.

These 7: *Transformatorische Prozesse bedürfen insgesamt wie auch in der Wirtschaftspolitik erst einmal des Einstiegs in eine andere Entwicklungsrichtung.*

Ein chinesisches Sprichwort lautet: „Auch ein Weg von tausend Meilen beginnt mit einem Schritt.“ Zu beantworten ist, ob es sinnvoll ist, sogenannte Einstiegsprojekte zu suchen, die sich durch folgende Qualitäten auszeichnen:

Einstiegsprojekte müssen der „Ökonomie der Enteignung“ eine Wiederaneignung der eigenen Lebensbedingungen durch Individuen und kollektive Akteure entgegensetzen.

Einstiegsprojekte müssen realistisch sein, das heißt Chancen zur Durchsetzung in absehbarer Zeit bieten und Verbesserungen für möglichst viele Lohnabhängige und besonders für sozial Benachteiligte ermöglichen.

Einstiegsprojekte müssen geeignet sein, das verbreitete TINA-Syndrom (There Is No Alternative) zurückzudrängen. Wichtig ist dagegen die Vermittlung von TAMARA-Erfahrungen in der Gesellschaft: There Are Many And Realistic Alternatives! Diese

Projekte würden daher die Möglichkeit der Mobilisierung von potenziellen Akteuren sozialen Wandels bieten.

Einstiegsprojekte müssen zugleich in den Schritten zur Lösung gegenwärtiger Probleme die Öffnung für weiterreichende Entwicklungen erkennen lassen. In der Wirt-

schaft heißt das vor allem für die Zurückdrängung purer Wirtschaftseffizienz zugunsten sozialer Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern.

Die regionalen und nationalen Bedingungen für derartige (Teil-) Projekte des Einstiegs in einen alternativen Wandel sind sehr verschieden. Daher steht die Frage: Ist die gemeinsame und vergleichende Suche im nationalen und EU-Rahmen nach wenigen übergreifenden Projekten gleichwohl sinnvoll? Sie könnte Sinn machen, weil nur die Konzentration auf wenige, aber mehrere Jahre zu verfolgende alternative Projekte die Chance bietet, in das öffentliche Massenbewusstsein zu treten und breite Unterstützung zu finden. Sie ist notwendig, weil die „Methode der offenen Koordinierung“ der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken seitens der Europäischen Kommission auf die Durchsetzung einer gemeinsamen EU-Strategie zielt, in der die Beschäftigungs- und Sozialpolitik trotz der Programme zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik untergeordnet sind und der durch unkoordinierte Gegenprojekte allein nicht wirksam begegnet werden kann (Behning 2004, 127 ff.; Behning 2005, 217 ff.).

Was könnten solche Einstiegsprojekte in eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa sein? Als mögliche sozial-ökonomische Einstiegsprojekte werden in Deutschland beispielsweise öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren, Zukunftsinvestitionsprogramme, erste Schritte zu einer steuerfinanzierten individuellen, bedarfsorientierten Grundsicherung, die Einführung von Mindestlöhnen als Schritt dahin, die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer sowie ergiebiger Erbschafts- und Spekulationssteuern diskutiert.

These 8: *Nicht auf Einzelschritte allein, sondern auf fortschreitende Prozesse eines Richtungswechsels in der Wirtschaftspolitik kommt es vor allem an.*

In der Regel klaffen zwischen wirtschaftspolitischen Programmen oder Vorschlägen der Linken und dem real Machbaren erhebliche Lücken. Daher ist es dringlich, sie so zu schließen, dass reale Verbesserun-

gen und Anschlüsse an weiterreichende Schritte und Visionen zugleich erreicht werden.

Ich will versuchen, diesen Grundgedanken einer transformatorischer linker Wirtschaftspolitik zu entwickeln, exemplarisch bezogen auf Schritte zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit.

1. Widerstand gegen neoliberalen Lohn- druck, Massenentlassungen, Senkung von Sozialtransfers und den Abbau öf- fentlicher Daseinsvorsorge samt der Beschäftigung dort.

Ein Beispiel für Widerstand und seine Öffnung zu weiter gehender Entwicklung sind öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren. Seit langem wirkt etwa die PDS für öffentlich geförderte selbstbestimmte Projekte und Unternehmen – mit bescheidenen Teilerfolgen in Mecklenburg-Vorpommern, wo das Arbeitsministerium von einem sozialistischen Minister geleitet wird.

Die jüngsten Gesetze zur Arbeitsmarktreform in Deutschland zielen nun ebenfalls auf eine öffentliche Beschäftigungsförderung. Sie erkennen deren Notwendigkeit de facto an – jedoch mit strikt antiemanzipatorischem und antisozialem Charakter. Die Bundesregierung bzw. die Bundesagentur für Arbeit stellt dafür im Jahr 2005 rund 6,35 Mrd. Euro bereit. Damit sollen 600.000 Arbeitslose, die ein Arbeitslosengeld auf niedrigem Niveau erhalten, für 6 bis 9 Monate zusätzliche Jobs bei einer Entlohnung von 1 bis 2 Euro pro Stunde bekommen. Durch diese Art der „öffentlichen Beschäftigungsförderung“ bleiben sie in der Regel dauerhaft ausgeschlossen vom ersten Arbeitsmarkt. Damit wird der Druck auf sie selbst und zur Ausweitung eines Niedriglohnsektors erhöht. Das entspricht exakt strategischen Überlegungen der Europäischen Kommission: „In Anbetracht der Tatsache, dass mehr als 50 Prozent aller Menschen über 25 Jahren außerhalb des Arbeitsmarktes stehen, sollte auch mehr

getan werden, um die Menschen auf ein sinnvolles Leben in Würde außerhalb des Arbeitsmarktes vorzubereiten.“ (Kommission 2003, 39) De facto wird soziale Integration durch existenzsichernde Arbeit für

Millionen abgeschrieben. Trotz gegenteiliger Deklarationen bleibt die Würde dabei mannigfach verletzt.

Die PDS will daher eine ganz andere existenzsichernde öffentliche Beschäftigungsförderung, getragen von selbstbestimmten autonomen Wirtschaftsakteuren jenseits von Staat und Privatwirtschaft, als Wandel in den Eigentumsstrukturen und als Moment des *Ausbruchs aus der Profitdominanz*. Sie hat sich deshalb von vornherein am *Widerstand* gegen Hartz IV beteiligt. In der Landesregierung von Berlin will die PDS die gesetzlich verordneten Ein-Euro-Jobs auf dringliche soziale und ökologische Projekte lenken, dabei Projektvorschläge „von unten“ aufnehmen und mit der Qualifizierung der Betroffenen so verbinden, dass ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöht werden.

Die Regierungsvertreter der PDS in Mecklenburg-Vorpommern suchen nach der Möglichkeit der Kombination von Mitteln aus unterschiedlichen Förderfonds, um im Gegensatz zu Hartz IV eine Annäherung der geförderten Arbeitsplätze an existenzsichernde Arbeit zu erreichen.

Solche Schritte sind nicht umwälzend. Aber sie zielen auf mehr Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Und sie können mit *gestaltender Politik* verbunden werden. So entscheiden etwa in Mecklenburg-Vorpommern die Regionalbeiräte in vier Planungsregionen auf der Grundlage regionaler Entwicklungskonzepte über die finanzielle Förderung von Arbeitsmarktprojekten. Auf diese Weise wird gestaltende Politik gegen Marktradikalismus zur Geltung gebracht.

Aber der Horizont muss weiter geöffnet werden. Der Markt vermag Massenarbeitslosigkeit nicht zu überwinden. Er kann sie allenfalls um den Preis der Wohlfahrtssenkung auf Seiten der Lohnabhängigen begrenzen. Deshalb wird der bereits gegenwärtig in 22 untersuchten Ländern 19 Millionen regulär Beschäftigte umfassende *Non-Profit-Sektor ein Grundelement künftiger gemeinwohlorientierter Wirtschaft* sein. Als Reaktion auf die Grenzen des Marktes und auf den internationalen Kostensenkungswettbewerb könnte er zu einer der wichtigsten

Antworten auf den Druck der Globalisierung werden. Der Fortfall von Lohnersatzleistungen in Milliardenhöhe und der Wachstumseffekt der Nachfrage in solchem Dritten Sektor wird einen beträchtlichen Teil seiner Finanzierung abdecken können.

2. Individuelle bedarfsorientierte Grundsicherung

In den jüngsten Arbeitsmarktgesetzen der Bundesrepublik wird die Regelleistung des Arbeitslosengeldes II von 331 Euro (Ost) bzw. 345 Euro (West) als „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ aufgefasst. Auch in diesem Fall wird eine soziale Grundforderung in das neoliberale Konzept integriert und dabei ihres ursprünglichen Sinns entleert. Mit dieser „Grundsicherung“ zu schlechten Zwangsbedingungen wird materieller und moralischer Druck zur Aufnahme von Arbeit zu fast allen Bedingungen ausgeübt.

Die PDS knüpft realistisch an der entstandenen Lage an und engagiert sich zunächst *für* ein höheres Arbeitslosengeld II, für verbesserte Voraussetzungen seiner Zahlung und *gegen* die Haftung anderer anstelle eines individuellen Anspruchs. Das zielt auf Gestaltung unter gegenwärtigen Verhältnissen. Aber darüber hinaus erstrebt sie die schrittweise Einführung einer steuerfinanzierten individuellen, bedarfsorientierten Grundsicherung – für alle, die nicht arbeiten können oder arbeitslos sind. Sie soll oberhalb der relativen Armutsgrenze von 60 Prozent des nationalen durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten liegen – wie in Dänemark ohne Repression, ohne Abbau eigener Ersparnisse und ohne Familienhaftung. Eine solche grenzüberschreitende einheitliche Forderung, die zugleich national unterschiedliche Lagen beachtet, könnte zu einer gemeinsamen Alternative in Europa beitragen.

Für sich genommen ist das abermals keine systemsprengende Forderung. Aber sie stünde für eine Kernsubstanz von Gerechtigkeit: dass allen Menschen das Lebensnotwendige als ihr elementares Recht zusteht – einfach weil sie Menschen sind. Gegen das Maß des Profits würde das Maß des Menschen gestärkt. Es wäre ein

Schritt zu Richtungswechsel in der Politik – ein Hauch von Transformation.

3. Stärkung der Massenkaukraft

Diese der gegebenen ökonomischen Lage entsprechende Forderung soll insbesondere durch mehr Beschäftigung in innovativen Unternehmen sowie durch Veränderung der Verteilungsverhältnisse erreicht werden – fraglos ein Grundgedanke alternativer Wirtschaftspolitik. In Europa heißt das zunächst: keine Kürzung von Sozial-einkommen, keine Verlängerung von Arbeitszeiten ohne differenzierten Lohnausgleich, gesetzliche Mindestlöhne als Barriere gegen Niedriglöhne, Entwicklung der Löhne mindestens entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate. Eine wichtige Antwort auf den Globalisierungsprozess ist eben die Stärkung der EU-Binnennachfrage, die die Abhängigkeit vom Weltmarkt jenseits der Grenzen der Europäischen Union reduziert.

Das bedeutet Widerstand und erste Schritte im Vorfeld einer anderen Wirtschaftspolitik, in der soziale Stabilität und eine höhere Lohnquote eben nicht als Hemmnisse, sondern als Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung gelten.

4. Einführung eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms

Dieses ist auf Wissenschaft, Innovation, Bildung und ökologischen Umbau zu konzentrieren, denn alternative Wirtschaftspolitik ist nicht auf gerechtere Verteilung zu reduzieren. Vielmehr steht sie in Verantwortung gerade auch für Innovationen im Bereich der Wertschöpfung sowie für ökologisches Wachstum. Eine der entscheidenden Antworten auf die Globalisierung ist statt einer nicht gewinnbaren Konkurrenz mit den Niedriglohnländern um die Senkung von Löhnen und Sozialstandards die Entwicklung und Produktion innovativer bildungs- und forschungsintensiver umweltgerechter Güter, die eines *neuen Mix von marktlichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Regulierungsaktivitäten* bedarf – öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme eingeschlossen.

In der alten Bundesrepublik hat es bereits im Jahre 1977 ein erfolgreiches „Programm für Zukunftsinvestitionen“ gegeben.

Doch dies ist keine staatszentrierte Sache von vorgestern. Wenn auch mit destruktiven Vorzeichen: die öffentlich finanzierten US-Rüstungsprogramme verweisen auf das Gewicht staatlicher Gestaltung heute. Ihr zivilgesellschaftlicher sozialer Inhalt würde sich von dem der Pentagon-Programme allerdings erheblich unterscheiden.

Insbesondere für Ostdeutschland sind öffentliche Investitionsprogramme mehr als dringlich.

„An sich“ ist dies wiederum weder unrealistisch noch ein systemstürzendes Vorhaben. Aber dem Marktmechanismus wird mehr als bisher das Prinzip öffentlicher Verantwortung und langfristiger Gestaltung entgegengesetzt – Vorbote einer anderen Regulationsweise. Aber nächste Schritte müssen folgen: Verflechtung von Struktur-, Wissenschafts-, Technologie- und Beschäftigungspolitik mit gestaltendem Anspruch, mehr öffentliche Kontrolle, eine partizipative Haushaltspolitik, mehr Wirtschaftsdemokratie, kurz: gestaltende, auf mehr direkte Demokratie gestützte Politik. Das läuft auf einen alternativen Entwicklungsweg hinaus, auf Einstieg in einen transformatorischen Prozess.

5. Beschäftigungssichernder Erhalt öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie möglichst ihre Ausweitung

Ohne Frage gehört dieser Topos zu den Essentials alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Es geht vor allem darum, erkämpfte und öffentlich garantierte Anrechte der Bürgerinnen und Bürger zu behaupten bzw. zu erweitern, statt Gesundheit, Bildung, Kultur, innere Sicherheit und andere Dienstleistungen noch weit mehr als bisher als Waren zu handeln. Dass dies ihr ureigenstes Interesse ist, wissen Millionen Bürgerinnen und Bürger. Das ist eine Chance in dieser Auseinandersetzung. In Berlins Landesregierung ist zum Beispiel die von der PDS gestellte Sozialsenatorin dabei, eines der größten europäischen kommunalen Krankenhäuser, das „Vivantis“-Unternehmen, durch Sicherung der Rahmenbedingungen für seine Wettbewerbsfähigkeit der Privatisierung zu entziehen – erste Schritte sind augenscheinlich möglich.

Und wieder geht es um nicht mehr und nicht weniger als um Richtungsentscheidungen an einem Scheideweg: Sollen alle Bedingungen unseres Lebens zur Ware werden oder gelingt es im Widerstand dagegen, Schritt für Schritt das Gemeinwohl und sozial gleiche Teilhabe an den Freiheitsgütern zum Maß der Entwicklung zu machen? Wenn mehr Sphären der Gesellschaft gegen das Diktat des Profits verteidigt und ihm künftig zunehmend entrissen werden, öffnet dies den Weg zur Zurückdrängung der Profitdominanz.

6. Verkürzung der Arbeitszeit und gerechte Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen

Doch unter massiver Androhung von Produktionsverlagerungen ins Ausland wollen Unternehmen wie etwa Siemens, Daimler-Chrysler oder VW die Arbeitszeit sogar unbezahlt verlängern, d.h. die Stundenlöhne senken. Eine alternative Arbeitszeitpolitik müsste daher umfassen: a.) Arbeitszeitverkürzung bei tariflicher Sicherung von differenziertem Lohnausgleich im Interesse der Geringverdienenden und Nutzung vor allem für die Einstellung von neu Ausgebildeten – so geschehen im Öffentlichen Dienst in Berlin, b.) mehr sozial vollwertig abgesicherte Teilzeitarbeit – wie beispielsweise in den Niederlanden, c.) freiwilligen, sozial abgesicherten Wechsel in bestimmten Lebensphasen zwischen existenzsichernder Arbeit, Familienarbeit, Gemeinwohltätigkeit und Weiterbildung zugunsten bisher nicht Beschäftigter und gleicher Teilhabe von Männern und Frauen an Berufs- und Familienarbeit – wie in Dänemark verbreitet, d.) gesetzliche Begrenzung der Höchstarbeitszeit, deren Überschreitung in bestimmten Zeiträumen auszugleichen ist – so praktiziert in Frankreich. Die Internationalisierung birgt nicht nur Bedrohungen, sondern auch Lernchancen für alternative Akteure.

Auch dies sind keine die Gesellschaft bereits umwälzenden Forderungen. Wohl aber stehen sie in striktem Gegensatz zur gegenwärtigen „Reform“-Richtung und schließen mehr Sicherheit und Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Art der Flexibilisierung in der Arbeitswelt ein. Sie könnten für einen Richtungswechsel der Wirtschaftspolitik geöffnet werden.

7. Steuergerechtigkeit

Soziale statt antisoziale Reformen kosten Geld. Die gegenwärtige Umverteilung von unten nach oben muss umgekehrt werden. Allein eine Wiedererhebung und moderate Neuregelung der Vermögenssteuer, die mäßige Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Großvermögen, die Korrektur der erst ab 2001 eingeführten Neuregelung für Körperschaftssteuern und eine vorsichtige Kapitalertragssteuer auf Zinsen und Dividenden würde Steuermehreinnahmen von rund 31 Mrd. Euro im Jahr ermöglichen (ver.di 2004, 3). Kurz: Ein Grundmythos muss gebrochen werden, wonach – im

Gegensatz zu früher – nichts mehr zum Verteilen da sei und daher die Mehrheit Opfer bringen müsse.

Der verbindende Gedanke meiner letzten Überlegungen lautet also: Alternative Wirtschaftspolitik muss machbare Einzelschritte für einen weiterreichenden transformatorischen Prozess öffnen – so schwer dies auch sein mag. So wie der Dichter Hermann Hesse den chinesischen Moralphilosophen Kung Fu Tse charakterisierte: „Ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht und es trotzdem tut?“

Literatur

Behning, Ute, 2004: Die „neue Methode der offenen Koordinierung“. Versuche der integrationstheoretischen Klassifizierung einer neuen Form des sozialpolitischen Regierens in der Europäischen Union. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 2.

Behning, Ute, 2005: Hartz IV und Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2.

Brie, Michael/Chrapa, Michael/ Klein, Dieter, 2002: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin.

Harvey, David, 2003: Der „neue Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 842, 2003: Modernisierung des Sozialstaates für mehr und bessere Arbeitsplätze. Ein umfassender Ansatz, um dazu beizutragen, dass Arbeit sich lohnt. Brüssel.

ver.di, 2004: Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern – Staatsfinanzen stärken. Berlin.

What are the real reasons for Europe`s economic decline?

Europe's economy has now entered its fourth consecutive year of stagnation, the longest since the war. Recovery, which has several times been announced and always postponed, has yet to come. How should Europe's obstinate economic crisis be evaluated? Is it just the mirror of a global economic slump or an alarming symptom of structural weakness in the production system? To answer these questions it might be useful to analyse the trend of some basic macro-economic variables over an extended period of time, with reference to the world's three main economic areas (USA, EU and Japan).

By observing Table 1, which shows the ratio between incomes and per-capita consumption in the EU and Japan compared to the USA, measured in terms of purchasing power standard in order to cancel out the effects of variations in exchange rates, we notice that in the first three decades following the war catastrophe, Europe had gradually made up the distance that separated it from the USA in terms of indicators of economic well-being. To the observer of the Seventies it seemed to be well on its way to catching

up with the United States by the end of the century. Instead, from the Eighties onwards, and not by chance simultaneously with the advent of the neoliberal age, things started to take a different turn. European recovery first halted and then started to go into reverse, with a sudden increase in speed in the Nineties, and the gap started widening again. At the beginning of the new century, the gap between Europe and the USA resumed the same dimensions as in the Seventies and, in terms of per-capita consumption, the same as the Fifties, with a worse trend than Japan, hit by a serious depression that lasted over a decade. This is the sad inheritance of the Maastricht years and the Stability Pact.

All this has taken place in a context characterised by a decided slump in the economic growth rate of industrialised countries. As can be seen from Table 2, the Eighties and Nineties were lean years for the strongholds of world capitalism, compared to the previous period. In fact, the rate of economic growth has diminished everywhere over the past twenty years, leading to the long stagnation at the be-

TABLE 1 : GDP AND PER-CAPITA CONSUMPTION IN THE USA AND THE EU

	1960	1970	1980	1990	2000	2003
GDP per capita (USA=100)						
UEM	61,8	72	76,3	75,2	69,8	69,2
USA	100	100	100	100	100	100
Japan	43,7	58,3	73,2	81,7	74,9	74,1
Per capita consumption (USA=100)						
UEM	56,4	64,2	69,2	63,3	58,1	56,1
USA	100	100	100	100	100	100
Japan	31,4	50,9	63,0	65,2	60,6	59,4

(*)GDP and per-capita consumption have been measured in terms of purchasing power standard. Source: Our own elaborations on data from European Commission (2004).

gining of this century. There is no doubt that the explanation for long-term economic growth cannot be reduced to a single decisive factor. Nonetheless, it is undeniable that we cannot fail to consider the régime of economic policy, seen as the body of rules and objectives that animate public policy. In the end, one of the objective criteria for the evaluation of these policies is their impact on the economic and social conditions of citizens and on the development pattern that they contribute to launching.

prosperous, so that states and individuals would all, to a greater or lesser extent, draw benefit from the greater wealth produced. Instead, things took a different turn.

Nonetheless, despite being global, the intensity of the economic slump was not the same in all areas. Over the past three decades, growth in America has settled at quite a respectable rate - an average of around 3% per annum for the period in question - whilst Europe and Japan have experienced a progressive decline in the vitality of the economy. This is why the

TABLE 1 : GDP AND PER-CAPITA CONSUMPTION IN THE USA AND THE EU

Real GDP	1961-73	1974-85	1986-90	1991-95	1996-00	2001-03
EU	5,1	2,1	3,3	1,5	2,6	0,9
USA	4,4	2,8	3,2	2,5	4,1	1,9
Japan	9,4	3,3	4,8	1,5	1,4	0,9

Source: European Commission (2004).

In this sense, then, we can state that in the leading industrialised countries the neoliberal formula relying on the engine of market forces, which replaced the previous neo-Keynesian model around the end of the Seventies, proved to be less effective in guaranteeing economic progress. It also seems clear that the suffocation of social conflict which has been experienced in the past twenty years has failed to produce any beneficial effect on growth mechanisms. And yet the downsizing of state intervention in the economy and the social pact were singled out by neoliberal policy as the recipe for universal prosperity. These recipes have failed. If it is true that, in a different model of development, the quantitative indicators do not represent a sure sign of social well being, this is not so for the neoliberal model. The consensus it attracted was based precisely on the promise that the neoliberal market was the most efficient mechanism for the organisation of the economy, able to produce maximum wealth. Greater social inequality, both nationally and globally, has long been justified as an acceptable price to pay for guaranteeing economic progress. In this way, society was supposed to be less equal, certainly, but at the same time more

gap between per-capita income and consumer spending has again started to widen. The loss in economic growth compared to the USA has thus become the overriding concern of EU institutions. The times when monetary stability and the sustainability of public spending were the only concerns are now over. Today it is the spectre of economic stagnation that haunts the Community's seats of power, as demonstrated by an authoritative report elaborated by a group of European economists on behalf of the President of the Commission in Brussels.¹

But what is the explanation for this divergence in the economic growth rates of Europe and the United States? A theory attributing Europe's weak performance to the lower amount of work utilised when compared to the USA and, in particular, to the reduction of the average yearly working hours per employee, has spread both at home and throughout the Community over the past few years.

Let us start to take an analytical look at the various aspects of the problem. First of all, let us observe Table 3, where the growth of real and per-capita GDP in the UE and

¹ The Sapir report (2004).

in the USA over the 1991-2003 period has been broken down into the different structural supply factors, not forgetting the factor of the average reduction of yearly working hours for each worker.

background of slower growth. If we look at the contribution made by individual supply factors, we notice that a major role is played by technical progress and accumulation of capital, which together account for

TABLE 3: Economic growth in the UE and USA (1991-2003) – Average yearly contribution by supply factors

Supply factors	1991-95		1996-00		2001-03		1991-03	
	Ue m	US A	Ue m	US A	Ue m	US A	Ue m	US A
Technical progress	0,9	0,9	0,9	1,5	-0,1	0,8	0,8	1,1
+ Accumulation of capital	0,8	0,8	0,7	1,4	0,6	1,1	0,7	1,1
+ average yearly hours of work per worker	-0,2	0	-0,4	0	-0,1	-0,1	-0,3	0
+ Employed persons	0	0,8	1,4	1,2	0,5	0,1	0,6	0,8
= REAL GDP	1,5	2,5	2,6	4,1	0,9	1,9	1,8	3
- Population	0,3	1,3	0,3	1,2	0,4	1,1	0,3	1,2
= REAL PER-CAPITA GDP	1,2	1,2	2,3	2,9	0,5	0,8	1,5	1,8

Source: Our own elaboration of data from the European Commission (2004) and the OECD, Employment Outlook, Statistical Annex, various years.

The information collected in this table is important and worth observing attentively if we wish to understand the causes of Europe's decline and the existing gap between the economy of the EU and that of the USA. The figures shown in the last four columns indicate the contribution of the various supply factors (technical progress, accumulation of capital, number of hours worked and number of workers) to the average annual growth rate of real GDP in the 1991-2003 period. Subtracting population growth from the growth of real GDP, we obtain the per-capita growth in GDP, broken down into the various components of supply. As can be seen, from the Nineties onwards the USA recorded a decidedly higher rate of economic growth than the EU. In smaller measure, but just as significantly, the same trend was recorded for per-capita GDP. It is in the second half of the Nineties in particular that the difference in growth between the EU and the USA becomes more acute and assumes a significant dimension. In the subsequent period of economic crisis, beginning in 2001, the gap in question even tends to widen, although against a general

almost 60% of the gap over the entire period, 80% in the second half of the Nineties and as much as 140% in the initial years of the new century. Instead, only a slight contribution is made by the difference in the growth of the quantity of work utilised. The increase in the number of workers is even higher in the EU from the mid-Nineties onwards, following an initial period in which it had fuelled greater progress in the US economy. The relative decrease in the number of hours worked per head in Europe explains only about a quarter of the difference in growth and is cancelled out in the last few years. This limited effect derives from the increase in the hourly productivity which it has, itself, determined. In fact, in the Nineties the hourly productivity in Europe experienced an average increase of 2% a year, as against the 1,3% of the USA.¹ In other words, European workers may have worked fewer hours than American workers but they worked far more intensively.

¹ See European Commission (2003).

This destroys the theory that America's larger growth rate was due to demographic factors or to an increase in employment. The factor of the decrease in the number of hours worked in Europe appears just as irrelevant. Instead, the greater growth rate of America's economy derives from a swifter rate of capital accumulation than in Europe and from decidedly more intensive improvements in the areas of technology and the organisation of the production apparatus. The European growth deficit can thus be explained, in terms of supply, by the scarce inclination of business enterprises to invest in production and by decidedly lower efficiency in the areas of technology and organisation, compared to the USA.

imports, the primary cause of America's growing trade deficit. Of the components of domestic demand, the most vital was spending on fixed, gross investments, which increased more than all the others. Particularly in the latter half of the Nineties in the USA, investments literally exploded, with exponential average annual growth rates of above 8%, a level only to be found in the initial phases of development and extremely rare in mature industrial economies. This massive increase in the rate of capital accumulation, even more than the expansion in consumer spending, is the most characteristic and anomalous piece of data in the long period of American expansion over the past decade. In the EU, instead, investments were the least vital

Table 4: Growth in demand in the EU and in the US - Average yearly rates of variation in real terms (prices 1995)

Components of demand	1991-95		1996-00		2001-03		1991-03	
	EU	US	EU	US	EU	US	EU	US
Public spending	1,8	0	1,6	1,8	2,5	3,7	1,9	1,5
Private consumption	1,3	2,6	2,5	4,4	1,1	3	1,7	3,4
Investments	0	4,3	4,0	8,2	-1,2	-0,4	1,3	4,7
DOMESTIC DEMAND	1,1	2,5	2,6	4,7	0,6	2,3	1,6	3,3
Exports	5,6	7,1	7,9	7,1	1,5	-1,8	5,6	5
Imports	4,1	6,9	8,2	11,7	1,1	1,6	5	7,5
GDP	1,5	2,4	2,6	4,1	0,9	1,9	1,8	3

Source: Our own elaborations of data from the European Commission (2004).

As we have seen, the rates of technical progress and capital accumulation are the most significant factors for explaining the greater growth of the US economy compared to Europe's. But why has this come about? Having analysed the supply factors of economic growth, let us now take a look at the trends in the factors constituting demand.

In Table 4 it can be seen that the engine of American growth was domestic demand, particularly from the second half of the Nineties onwards, when it succeeded in compensating abundantly for the boom in

component of demand and, on average during this period, grew at a yearly rate that was a good three times lower than that of the USA. For the whole of the first half of the Nineties, they failed to increase at all.

The boom in investments, especially in the field of technology, had dual consequences for the US economy: whilst on the one hand it laid the bases for the crisis, resulting in an excess of production capacity and fuelling Wall Street's financial bubble, on the other hand it did, however, encourage structural growth in overall pro-

ductivity, determining the supply conditions necessary for better surviving the blows of the subsequent crisis. Thanks to the faster rate of capital accumulation in the Nineties, the USA not only produce more technology than Europe in the innovative production areas but also a significantly more concentrated spread of ICT, Information and Communications Technologies in the traditional sectors of production and, in particular in that of the services. This different structural feature can account for a good deal of the difference in growth of the two economies, since the growth rate in productivity per worker in those sectors that produce or use ICT is far superior to that of the economy as a whole.² As confirmation of this, a recent study by the European Commission has shown that the dip in Europe's hourly production rate over the past few years is due, in equal measure, to two factors: the reduction in the concentration of capital per worker and technical progress.³

methods or by increasing working hours or the rhythm of work. The "Lisbon strategy", launched by the 2000 European Council held in the Portuguese capital, is based on this implicit consideration. On that occasion, the European heads of state and government launched a ten-year programme of measures and strategies designed to make Europe into the world's most innovative economy in the space of a decade. The coordinates along which the Lisbon strategy moved were the deregulation of markets, in particular the labour market, in order to increase competitiveness and domestic efficiency, and the professional training of the work force. Five years after the Portuguese summit, we can state that the European economy's technological backwardness has considerably worsened since then. It is hard to deny that the strategy has failed and that the Lisbon formula has not produced any positive effects because it was based on mistaken analyses.

TABLE 5: RETURNS ON CAPITAL INVESTMENTS IN THE EU AND THE US

Index of earnings from production investments	1991-95		1996-00		2001-03		1991-03	
	EU	US	EU	US	EU	US	EU	US
Profitability index ^{(1) (2)}	1,1	2,3	3	2,4	0,3	1,4	1,6	2,2
Real CLUP ⁽¹⁾	-0,6	-0,3	0,9	0,5	0	-1,4	0,1	-0,3
Real per-capita wages ⁽¹⁾	0,9	0,8	0,3	2,4	0,6	0,5	0,5	1,4
Real short-term interest rates	5,4	2,1	2,7	4	1	0,5	3,3	2,5
Short-term interest rates – Growth in GDP	3,9	-0,4	0,1	-0,1	0,1	-1,5	1,5	-0,5

(1) Average percentage variation per annum

(2) The profitability index measures the net returns on net capital stock for total economy.

Source: Our elaborations of figures from the European Commission (2004).

In this sense, the crisis now affecting the European economy cannot be considered an exception, caused by a combination of circumstances, but shows every sign of structural inadequacy in the supply side. The European economy is suffering from technological backwardness which cannot be made up for by short-term, stop-gap

What we have to understand, then, is the real reason for the greater accumulation of capital and swifter technological progress in the USA when compared to Europe. Table 5 allows us to exclude the possibility of the greater vitality of investments in the USA being due to the greater profitability of American businesses compared to European ones.

During the Nineties company profits in both areas increased at a high rate, to the detriment of wages. Indeed, real wages per head increased far less than per-

² See studies by van Ark (2001) and van Ark/Inklaar/McGuckin (2002).

³ European Commission (2003).

capita income and this translated, both in the USA and in Europe, into a considerable redistribution of income in favour of profits and unearned income. CLUP, or labour costs per unit of product, remained unchanged in Europe and diminished slightly in the USA. Basically, earnings from investments grew significantly both for American and for European businesses. In the second half of the decade, with the accumulation of capital in the USA speeding up, European companies saw their profits increasing even faster than those of American ones. The economic return on investments does not, therefore, justify such a different trend in the rate of accumulation in Europe and the USA.

The causes of the different rate of accumulation must be sought elsewhere. An initial difference can be deduced from monetary policy. As can be seen, on average the real interest rates were higher in Europe than in the USA for the whole period. Nevertheless, an even more significant indicator for evaluating whether monetary policy is following a restrictive or expansive trend is the difference between the short-term interest rate, controlled by the central banks, and the growth rate of income.

When the difference is positive, this means that returns on financial capital is growing more than returns on real capital and work, in other words, that it is more profitable to invest in financial assets than in production. In this case the weight of financial revenue in overall income increases, giving rise to a process of redistribution of income that penalises workers and production. Now the difference in monetary policy over the past fifteen years in the two areas is clearly enormous: in the EU interest rates were consistently higher than the growth in income, reaching peaks in the first half of the Nineties, whilst in the USA, they were always lower, particularly so after the onset of the crisis of the past few years.

In the Euro zone monetary policy thus determined an enormous increase in the profitability of financial investments compared to real investments and those in work. This restrictive monetary policy was to the sole advantage of finance and slowed down the expansion of production.

The opposite happened in the USA, where the growth rate of income was higher than that of financial revenue, thus acting as an incentive to investments in production. The restrictive monetary policy of the EU was therefore one of the causes of Europe's smaller growth.

The other cause of the higher rate of capital accumulation is the trend in domestic demand.⁴ In fact companies do not make new investments in production unless they foresee the possibility of selling most of the products deriving from this. By observing Table 4, we discover that, alongside investments, the increase in American consumer spending was also considerable. In this respect, it should be added that the increase in American consumer spending does not only arise from high levels of consumer spending in families but also from public spending. From 1966 onwards, the growth rate in public spending in the USA was higher than in Europe. The difference in the last few crisis years has been dramatic. The different response by fiscal policy in the USA compared to the EU, when faced with the slowdown in economic vitality, is the sole cause that can explain the difference in the growth rates of the respective economies over the past three years.

We can therefore conclude that the structural decline of the European economy over the past fifteen years has been the direct consequence of restrictive monetary and fiscal policies deriving from the Maastricht Agreement and the Stability Pact, which took away incentives for investing in production. European businesses directed most of their profits towards finance, rather than towards production and innovation, since the domestic market in Europe had been enfeebled by restrictive economic policies. This is how a considerable part of European capital found a profitable outlet in financing the faster growth of the American economy, as shown by the strong flow of capital into the US financial market,

⁴ On the causes of the higher rate of accumulation in the USA compared to Europe, see Caselli/Pagano/Schivardi (2000), where an econometric analysis shows the fundamental importance of factors of demand on the pattern of investments.

destined to support their growing trade deficit. In fact, in the 1990-2003 period, the flow of capital into the USA was exponential, equal to 2.2% of the GDP in terms of yearly average. On the other hand, the EU countries exported capital, particularly to the American stock market, to an average total of 1,1% of GDP.⁵ It can be asserted that European economic policy made a decisive contribution to creating the conditions for financing the boom in the United States' economy. In the Nineties it was the American engine that drove growth throughout the world, thanks to a large increase in their imports, whose share of world imports grew from 17,8% in 1983 to 22% in 2002. Those who benefited from this were the new industrial countries of Asia, led by China and India, whose share of American imports in the same period rose from 15,7% to 24,6%, leaving poor old Europe at the starting post. The Euro zone's share of US imports increased by only 1%, rising from 17% to 18%.⁶ The recent reevaluation of the euro in 2003, decided by the European Central Bank, came as the final blow, cancelling out even the slight progress recorded in the previous twenty years.

The US and European responses to the outbreak of economic crisis at the beginning of the present decade have been the exact opposite of one another. The Bush Administration did not hesitate for a moment to throw out orthodox methods and launch a frenetic new arms race - justified by the necessity of a preventive war against terrorism - and massive tax reductions for companies and the wealthier classes, which caused the explosion of the state deficit. At the same time, the central bank of America, the Federal Reserve, reduced interest rates to one per cent - the lowest in the past forty years - in the space of only a few months, in order to relieve the stock exchange and the property market. All this guaranteed the consistency of domestic demand and attenuated the effects of the crisis, although accentuating the structural contradictions of the American economic system deriving from the

⁵ IMF data.

⁶ WTO data .

growing dual deficit – the state deficit and the foreign debt – and from the high debts incurred in the private sector. Europe, instead, stayed put, unmoving in its obtuse and impotent reiteration of the old Maas-tricht litanies.⁷

We should not confuse the profound hostility that the Bush Administration's war policy provokes, with its technical response to the crisis in terms of economic policy. From a technical point of view, the American response is undoubtedly more appropriate as it takes into account the historical lesson of the Great Depression and the Thirties. It is the political content of the Bush Administration's economic choices that is so profoundly wrong, focussing as it does on already intolerable social inequalities and war mongering. Europe should have copied the USA in setting up a general strategy of economic policy with a marked trend towards expansion, differentiating itself in terms of practical content and concentrating on public intervention in order to redistribute income more equally and strengthen the production supply.⁸ In this way, Europe would have made the most of the effectiveness of an expansive policy in terms of macro-economics, avoiding the structural contradictions implicit in the class-based nature of American economic policy, which reveal themselves in the explosion of the country's financial deficit, both in the public sector and in the private sector of families and businesses.⁹ Instead, Europe did the exact

⁷ See the critical analysis of the EU's guidelines on economic policy 2002-2005, by Frangakis in the Euromemorandum 2003, for an alternative economic policy in Europe, which has been produced for several years now by a substantial group of European economists who are critical of the Europe of Maastricht.

⁸ Econometric simulation exercises have estimated that, if Europe had followed a monetary policy similar to that of the Fed, and had relaxed fiscal measures, it would have achieved a growth rate three times greater than that actually registered in the 2001-2003 period, with a significant reduction in the unemployment rate, at the cost of only a modest state deficit, see Boltho (2003).

⁹ For a clear and detailed analysis of the USA's response in terms of political economy to the

opposite, pursuing the American social model, imbued with Darwinian neoliberalism,¹⁰ and continuing its doctrine of sacrifices and rigour in economic policy. A destructive behaviour pattern bordering on masochism.

In fact the austere policies followed in Europe over the past fifteen years and marked by a redistribution of income in favour of the wealthier classes and by a drastic reduction in public spending, have slowed down the modernisation of production in a period marked by great innovation, linked to the introduction of new information and communications technology and to the processes of globalisation, which have changed the international division of labour. They have thus produced a paradoxical result: whilst they have permanently weakened European economic structure, at the same time they have favoured the sustained growth of other economies, contributing directly in America and indirectly in Asia. Sometimes because of dull-wittedness, but more often because of substantial individual interests, the European ruling classes have themselves created the conditions for economic decline.

The fiscal and monetary restrictions which have lasted for over a decade now, have thus forced sacrifices – not only temporary but also long-lasting – on the peoples of Europe, reducing the potential for future growth. This rapid analysis of long-term economic data leads us to affirm that, against the background of a generalised crisis in the neoliberal model of globalisation, the European economic crisis has certain particularly serious features, revealing themselves not only in absolute terms but also in relation to the world's other main economic areas. The European economy is steadily losing ground both in relation to the other capitalist powers and in relation to the new powers in the proc-

outbreak of the crisis at the beginning of the century, see Brenner (2004).

¹⁰ On the tendency to imitate the American social model, which has taken root in European countries, even those led by the centre-left such as Tony Blair's UK, see the fine book by Hutton (2003).

ess of formation, first and foremost China and India. And the prime cause of all this consists, as we have seen, in the direction of the economic policy that has prevailed in Europe over the past fifteen years.

References:

- Boltho, Andrea, 2003: Cosa non va in Europa. In: *La Rivista del Manifesto*, n. 44, November.
- Brenner, Robert, 2004: Nuovo boom o nuova bolla? In: *La Rivista del Manifesto*, n.49, April.
- Caselli, Paola/Pagano, Patrizio/Schivardi, Fabiano, 2000: Investment and growth in Europe and in the United States in the Nineties. In: *Temi di discussione del Servizio Studi*, n. 372, Banca d'Italia, Rome.
- EuroMemo, 2003: Full Employment, Welfare and a Strong Public Sector. Democratic Challenges in a Wider Union. European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe. (Deutsche Ausgabe: Miren Etxezarrata/John Grahl/Jörg Huffschmid/Jacques Mazier u.a.: EuroMemo 2003. Hamburg 2004.)
- European Commission, 2003: Drivers of Productivity Growth: An Economy-wide industry level perspective. The EU Economy: 2003 Review. Directorate General Economic and Financial Affairs. Brussels.
- European Commission, 2004: Statistical annex of European Economy. Spring. Brussels.
- Hutton, Will, 2003: Europa vs. USA. Rome.
- Sapir, André, 2004: An Agenda for a Growing Europe. Oxford.
- van Ark, Bart, 2001: The renewal of old economy: an international comparative perspective. STI-Working papers 5. OEC.
- van Ark, Bart/Inkelaar, Robert/Mc Gucken, Robert, 2002: "Changing gear". Productivity, ICT and services industries: Europe and United States. Research memorandum GD 60. Groningen Growth and Development Center.

An zentralen Konflikten und Herausforderungen vorbei: Der Wim-Kok-Bericht 2004 und seine offizielle Nutzung

Mein Artikel besteht aus zwei Teilen: aus dem auf dem Mailänder Workshop gehaltenen Referat, dem Teil I, sowie aus Anmerkungen zur öffentlichen Diskussion über die Halbzeitbilanz der „Lissabon-Strategie“, dem Teil II.

I. Drei Bemerkungen, vier Thesen und ein Fazit zum Bericht

Erste Bemerkung: Der Titel „An zentralen ... Herausforderungen vorbei“ wurde noch vor dem Erscheinen des Berichts der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok formuliert. Er ist also keine Reaktion auf die Überschrift des Kok-Reports „Die Herausforderungen annehmen“.

Die Erwartung, dass der Bericht an zentralen – von gesellschaftlicher Verantwortung aus gesehenen - Herausforderungen vorbeigeht, hat zum einen mit der Kritik seines Vorgängers zu tun, zum anderen mit dem Auftraggeber und dessen Aufgabenstellung.

Vor einem Jahr erschien auf Bitte des Europäischen Rats vom März 2003 der unter Leitung von Wim Kok erstellte Report der Taskforce für Beschäftigung, der den Titel „Jobs, Jobs, Jobs. Mehr Beschäftigung in Europa schaffen“ trug. Der zweite, Anfang November 2004 vorgelegte Kok-Bericht war vom Europäischen Rat im März 2004 erbeten. Selbstverständlich war das eine Anerkennung für Kok, dem man keineswegs Beschönigung der Situation oder unsolide Arbeit vorwerfen kann.

Das zentrale Problem des Berichts ist das darin enthaltene *Menschenbild* sowie der *Blick auf die Gesellschaft*. Die von Kok geleitete Gruppe sollte als unabhängige Instanz einen Beitrag zur Halbzeitbilanz der vom EU-Gipfel im März 2000 beschlossenen „Lissabon-Strategie“ leisten und zugleich jene Strategie umreißen, mit der die europäischen Volkswirtschaften die Ziele von Lissabon verwirklichen könn-

ten (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 5).

Sie sollte nach einer kommunizierbaren Übersetzung der „Lissabon-Strategie“ und nach notwendigen Prioritäten für ihre Verwirklichung suchen. Davon wurden dann Hauptaufgaben abgeleitet und praktische Empfehlungen an wirtschaftspolitische Akteure adressiert.

Die *zweite* Bemerkung soll nochmals an Lissabon 2000 erinnern. Als die damaligen Regierungschefs zusammenkamen, waren sie mehrheitlich Sozialdemokraten und nicht selten erst kurz im Amte. Sie vereinbarten das realitätsferne strategische Ziel, bis zum Jahre 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt“ zu machen (Europäischer Rat 2003).

In den Schlussfolgerungen von Lissabon wurde betont: „Die Strategie soll die Union in die Lage versetzen, wieder die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung zu schaffen und den regionalen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu stärken. Der Europäische Rat muss in einer sich herausbildenden neuen Gesellschaft mit besseren individuellen Wahlmöglichkeiten für Frauen und Männer ein Ziel für Vollbeschäftigung in Europa setzen“ (Ebenda). Der Europäische Rat vereinbarte 2001 in Göteborg, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der verschiedenen Politiken zu prüfen und stärker auf nachhaltige Entwicklung zu orientieren.

Bei ihrer Kampfansage an die Hauptkonkurrenten hätten „unsere“ Regierungschefs zumindest dreierlei wissen müssen: Erstens, wer die Konkurrenz gegen führende US-amerikanische und asiatische Unternehmen gewinnen will, kann gesellschaftlich notwendige Investitionen nicht tätigen. Zweitens, wer im globalen Konkurrenzkampf auf Wachstum setzt, kann keinen ökologischen Umbau einleiten. Und

drittens, wer in diesem Konkurrenzkampf siegen will, mehrt und exportiert sowohl soziale als auch ökologische Probleme, spitzt Existenzfragen der Menschheit zu.

Seit dem Jahre 2000 ist die Wachstumslücke zu den USA und Teilen Asiens gewachsen. Die Plankennziffern zur Beschäftigung für das Jahr 2005 werden bis auf das Soll für die Frauenerwerbstätigkeit nicht erfüllt. Mit der EU-Erweiterung sank auch die allgemeine Beschäftigungsrate um 1,5%. Seit drei Jahren hat sich die Beschäftigungssituation von Jugendlichen generell verschlechtert.

bon-Strategie“ im März 2005 ist. Ende Oktober 2004 stellte die Europäische Kommission ihre EU-Wirtschaftsbilanz für dieses Jahr vor. Dieser ging der „Business Plan for Modernising the European Economy“ voraus, der eine Revision der Lissabon-Ziele und eine klare Hierarchie der Prioritäten fordert. Beide nehmen Bezug auf den Kok-Bericht 2003, der Diskussthema hochrangiger Konferenzen war.

Die Wim-Kok-Berichte sind also nicht irgendwelche Papiere, sondern wichtige Beiträge im Diskurs über den Umgang mit den Lissabon-Zielen, über die Formulierung von Herausforderungen, politischen

Beschäftigungsstatistik 2003				
Beschäftigungsrate	Plan 2010	Plan 2005	EU15 2003	EU25 2003
Allgemein	70%	67%	64,3%	63,0%
Frauen	mehr als 60%	57%	56,0 %	55,0%
55-64Jährige	50%		41,7%	40,2%
Nach Employment in Europe 2004, 10.				

Im Wim-Kok-Bericht 2004 wird angemerkt, dass die Steigerung der Beschäftigungsquote 2003 gegenüber 1999 nicht ausschließlich auf die Schaffung von Vollzeit-arbeitsplätzen zurückgeht. Mehr noch: Die Beseitigung von Hemmnissen für die Schaffung von Niedriglohnarbeitsplätzen und eine Ausweitung von Zeitarbeit werden gewürdigt

(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 12).

In vielen EU-Mitgliedsländern und in der EU insgesamt hat sich die politische Achse seit März 2000 nach rechts verschoben. Das betrifft ebenfalls viele sozialdemokratische Parteien, was nur folgerichtig ist: Wer „Globalisierungsgewinne“ realisieren will, muss dem beschäftigungs-, sozial-, umwelt- und gesellschaftspolitisch Rechnung tragen. Nicht zuletzt außenpolitisch und militärisch, denn es geht um die Sicherung von Ressourcen und Märkten sowie um geostrategische Positionen.

Die dritte Bemerkung verweist darauf, dass der Wim-Kok-Bericht nicht die einzige Analyse und nicht der einzige Empfehlungskatalog für die Diskussion zur „Lissa-

Prioritäten, Hauptaufgaben und Empfehlungen.

Linke Analyse und Kritik dieses Diskurses haben vor allem das ihn bestimmende Menschenbild, den Umgang mit globalen Problemen, die Folgen forcierter Konkurrenz und – selbstverständlich – alternative Ansätze zu thematisieren. In diesem Zusammenhang formuliere ich vier Thesen.

These 1: *Geht die Vision am selbstbestimmten individuellen Leben in Würde vorbei, werden Herausforderungen formuliert, deren Annahme letztendlich soziale, ökologische und globale Probleme zuspitzt.*

Die Hochrangige Sachverständigengruppe erklärt, dass es bei der „Lissabon-Strategie“ darum gehe, „Europas Vision von dem zu verwirklichen, was es sein möchte und was es – im Lichte eines zunehmenden globalen Wettbewerbs, einer alternden Bevölkerung und der Erweiterung – bewahren möchte“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 14). Folgerichtig werden in ihrem Bericht drei Herausforderungen benannt und behandelt: der internationale Wettbewerb, die altern-

de Bevölkerung und die Erweiterung der Union.

China als Konkurrent und Marktchance für Warenexporte, Indien als Konkurrent bei Dienstleistungsexporten, die USA als Wirtschaftsmacht, die ihre Spitzenposition in der Produktion und im Weltexport von Informations- und Kommunikationstechnologien und Hightech festigen, werden als die „externen Herausforderungen“ ausgemacht. Logisch geht es um wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen, Produktqualität und Lohnkosten. Und das Fazit lautet: „In einer globalen Wirtschaft hat Europa keine andere Wahl als das Niveau seiner Wissenswirtschaft und die Wirtschaftsleistung in diesem Bereich gewaltig zu steigern“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 15). Doch – und das ist ein gravierendes Problem – die wirtschaftlichen Zielstellungen, die Verhältnisse „der Wirtschaft“ zur Gesellschaft und Umwelt werden selbst nicht in Frage gestellt.

Sinkende Geburtenraten, schwindende Bevölkerungszahlen, wachsende Lebenserwartung und die niedrige Beschäftigung Älterer beeinträchtigen laut Bericht das Wirtschaftswachstum, sie belasten die öffentlichen Finanzen und stellen die Finanzierung der europäischen Wohlfahrtsysteme zur Disposition. Aber die Anpassung an eine älter werdende Gesellschaft und vor allem ihre Hinwendung zu Kinderfreundlichkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber Jugendlichen sind ebenfalls kein Thema.

Der Report konstatiert mit der EU-Erweiterung gewachsene Ungleichheiten und Probleme für den Zusammenhalt der Union. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Niedrige Löhne und Steuersätze ziehen Investitionen aus anderen Mitgliedsländern heran, was Spannungen mehrt.

Doch die kardinale Frage, welchen Beitrag Wirtschaft leisten muss, damit die Menschen in den alten und neuen Mitgliedsländern Gewinnerinnen und Gewinner der Erweiterung werden, bleibt außen vor. Ergo: Das Zusammenleben in der Gesellschaft bzw. in der EU, ökologische Probleme, die Einheit Europas, die globalen Probleme sind nur marginale oder keine Punkte in einem Bericht, der mit „Die Her-

ausforderungen annehmen“ überschrieben ist.

These 2: *In der offiziellen Diskussion zu den Prioritäten der „Lissabon-Strategie“ wurde und wird zunehmend den Interessen der wirtschaftlich Mächtigen entsprochen. Die Strategie selbst wird „verschlankt“.*

Der Wim-Kok-Bericht 2004 kritisiert den Lissabonner Rat 2000 wegen überfrachteter Agenda und miteinander konfligierender Prioritäten. Die unbefriedigende Umsetzung gehe auf mangelhafte Koordinierung und vor allem auf mangelndes politisches Handeln zurück. Nach wie vor jedoch gelte, dass jedes einzelne Element zum Gesamterfolg beitrage: „Die Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung schafft die Voraussetzung für ... sozialen Zusammenhalt und eine nachhaltige Umweltentwicklung. Sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Umweltentwicklung können wiederum zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 6).

Allerdings bleibt undeutlich, *welches* Wachstum, *welche* Art Beschäftigung mit sozialer Kohärenz und nachhaltiger Umweltentwicklung verbunden und wie überhaupt sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Umweltentwicklung verstanden werden. Soziale Kohärenz wird im Bericht de facto an den Rand verwiesen und damit auch der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung.

„Wachstum und Beschäftigung“ sind also gemäß Hochrangiger Sachverständigengruppe die Prioritäten für die Realisierung der „Lissabon-Strategie“. Die „EU-Wirtschaftsbilanz“ sagt Beschäftigungswachstum und Produktivitätswachstum, wobei ersteres gegenüber dem zweiten keinerlei Vorrang haben dürfe (EU-Wirtschaftsbilanz 2004, 2).

„Wachstum und Beschäftigung“ lässt zunächst einen solchen Vorrang zu.

Der oben erwähnte „Business Plan“ fokussiert einzig auf die Konkurrenzfähigkeit der EU-Wirtschaft und erklärt dafür Investitionsflüsse aus dem Rest der Welt als entscheidenden Indikator (Kallas 2004, 2).

Dem folgt der bundesdeutsche Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, der am 08. November 2004 erklärte, dass an erster Stelle die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Union stünde vor, zweitens, der Dynamisierung der Arbeitsmärkte und, drittens, den Reformen der sozialen Sicherungssysteme (A Social Europe 2004 02, 2).

These 3: *Die Untersetzung der Prioritäten und Empfehlungen für politisches Handeln verwandeln de facto „Wachstum und Beschäftigung“ in „EU-Europas Konkurrenzfähigkeit steigern“, was die Position des Ökonomischen gegenüber dem Sozialen und Ökologischen weiter stärkt.*

Der Wim-Kok-Bericht 2004 fordert ein ganzes Bündel miteinander verzahnter Initiativen und struktureller Veränderungen in fünf Politikbereichen, die durch gemeinsames Handeln aller Akteure zweifelsohne vorhandenes Potenzial freisetzen können. Vertraut klingt der Satz in staatssozialistisch geprägten Ohren: „Die Realisierung unserer Ziele verlangt, dass wir alle an einem Strang ziehen“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 6). Diese fünf Politikbereiche sind: Wissensgesellschaft, Binnenmarkt, Wirtschaftsklima, Arbeitsmarkt und Ökologische Nachhaltigkeit.

Zum Politikfeld „Arbeitsmarkt“, das wesentlich enger als „Beschäftigung“ ist, wird ausgeführt: „Die Empfehlungen der europäischen Taskforce ‚Beschäftigung‘ (siehe Wim-Kok-Bericht 2003 – J.D.) rasch umsetzen, Strategien für lebenslanges Lernen und aktives Altern entwickeln und Partnerschaften für Wachstum und Beschäftigung unterstützen“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 7). Die Taskforce hatte Beschäftigung und Produktivität als die beiden Prioritäten für den Erfolg der „Lissabon-Strategie“ ausgemacht und vier Aufgaben herausgestellt, um Beschäftigung und Produktivität zu erhöhen:

- die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und Unternehmen steigern,
- mehr Menschen für die Arbeitsmärkte mobilisieren,
- mehr und wirksamer in das Humankapital investieren,

- eine effektive Reformrealisierung durch besseres Regieren sichern (Taskforce 2003, 8).

Beschäftigung soll vor allem durch die Vergrößerung und qualitative Verbesserung des Angebots an Arbeitskraft erhöht werden. Damit geht es also nicht um die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, geschweige denn von sinnvollen, also insbesondere existenzsichernden und ökologisch verantwortbaren.

Auf den beiden Hauptkonferenzen zur EU-Beschäftigungspolitik unter niederländischer EU-Präsidentschaft¹ wurde als besondere Leistung des ersten Wim-Kok-Berichtes die Hervorhebung des „Angebots an Arbeit“ herausgestellt (Kastrissianakis 2004, Beitrag am 25.10.2004).

Die Betonung des „Angebots von Arbeit“ ist mit zwei weiteren Orientierungen verbunden: Zum einen mit Forderungen gegenüber den Anbieterinnen und Anbietern von Arbeit und zum anderen mit Forderungen gegenüber jenen, die mit der Ausbildung und Fitness-Reproduktion der Anbietenden sowie mit deren (Markt)Verhalten zu tun haben. Es geht folgerichtig wiederum um mehr Markt, Kosten und Lohnhöhen, um mehr Konkurrenz und Druck – einschließlich Repression - auf die Einzelne und den Einzelnen.

Der niederländische Minister für Soziales und Beschäftigung, Aart Jan de Geus, nannte vier Probleme im Zuge der Erhöhung des Arbeitsangebotes, die nicht nur von der hochrangig besetzten Amsterdamer Konferenz (25./26.10.2004) akzeptiert, sondern auch durch die Wim-Kok-Berichte gestützt werden:

- Arbeit, Privat- und Familienleben besser miteinander vereinbaren,
- Über die sozialen Sicherungssysteme die Arbeitsaufnahme und das Verbleiben in Arbeit wirksamer stimulieren,
- Beschäftigungsfähigkeit durch Humankapital-Investitionen und lebenslanges Lernen steigern,

¹ „Mehr Menschen in Arbeit: Politische Strategien, um Europas Arbeitskräftepotential zu erschließen“, 25./26.10.2004 in Amsterdam; „Es ist Zeit, zu handeln“, 08./09.11.2004 in Rotterdam.

- Berufliche und geographische Mobilität erhöhen (de Geus 2004).

Das muss nicht per se schlecht sein. Die entscheidende Frage ist jedoch: Sollen dabei die sozialen, demokratischen und kulturellen Rechte der Lohnabhängigen verteidigt und gestärkt werden oder nicht?! Diese Frage wird aber *nicht* gestellt, sondern nur auf das Problem der Anerkennung von erworbenen Qualifikationen und Anrechten auf Sozialleistungen reduziert.

These 4: *Der Mensch wird immer stärker als Wirtschaftsfaktor gesehen und behandelt, schließlich gar nur als „Wirtschaftsgut“ benannt* (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 38).

Aus dieser Perspektive interessieren die Rechte des Menschen, seine individuellen Reproduktionsbedingungen ausschließlich in Abhängigkeit von seiner verwertbaren Leistung. „Moderne und effiziente Sozialpolitik“ wird zuerst als Wachstumsfaktor und Voraussetzung für die Finanzierbarkeit des europäischen Sozialmodells behandelt, soziale Integration als Mittel zur Steigerung des Arbeitskräfteangebots (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 37). In diesem Sinne wird zur Sozialpolitischen Agenda 2006-2010 diskutiert.

Ende Oktober 2004 gab es noch einen offiziellen Einwand gegen die Forderung des DIW-Präsidenten Klaus Zimmermann nach „europaweiten Quoten für permanente und temporäre Zuwanderung, ... die durch Einführung eines Punktesystems auf europäischer Ebene geregelt sein sollte. Dies sollte ein Instrument für das Selektieren von Immigranten entsprechend der demographischen und ökonomischen Bedürfnisse sein“ (Zimmermann, 2004, 112). Im Wim-Kok-Bericht 2004 heißt es ganz selbstverständlich: „Auch wenn das Arbeitsmarktpotenzial in vollem Umfang ausgeschöpft wird, ist eine selektive Einwanderung aus Drittländern notwendig, um Lücken auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu schließen und die negativen Folgen des ‚Brain drain‘ teilweise auszugleichen“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 40). Mit anderen Worten: „Brain drain“ aus EU-Europa ist ein Problem, doch „brain drain“ aus dem Rest der Welt ganz offensichtlich nicht!

Die Behandlung des Menschen als Wirtschaftsfaktor erleichtert es den Neoliberalen, konsistente politische Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Damit wird die ökonomistische Betrachtungsweise des Menschen weiter verstärkt. Zugleich werden die und der Einzelne immer stärker mit Forderungen konfrontiert, ohne dass Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sie diesen Forderungen auch entsprechen können.

Ein Fazit: Hätte sich der Europäische Rat in Lissabon von der „Agenda 21“, die die Regierungen der EU-Mitgliedsländer einst unterschrieben, leiten lassen, hieße das strategische Ziel für die ersten zehn Jahre im 21. Jahrtausend: „Die Weichen auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit in den Mitgliedsländern und in der Europäischen Union stellen, ihren Beitrag für soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Europa und in der Welt erhöhen.“ Hier meint „Weichenstellung“, den strukturellen Problemen Rechnung tragen, auf Wunschlisten und „Crashkurse“ verzichten. Und Kursnahme auf „soziale und ökologische Nachhaltigkeit“ bedeutet vor allem, sieben Herausforderungen anzunehmen:

- Armut und Ausgrenzung überwinden,
- Sinnvolle, also vor allem existenzsichernde und ökologisch verantwortbare Arbeitsplätze erhalten und mehren,
- Soziale Sicherungssysteme solidarisch erneuern und tragfähig gestalten,
- Stoff- und Energieumsätze, CO₂- und andere Schadstoffemissionen drastisch reduzieren,
- Der älter werdenden Gesellschaft entsprechen, sie kinder- und jugendfreundlich machen,
- Initiativen zur Milderung und Lösung globaler Probleme ergreifen,
- Wirtschaft, Gesellschaft und internationale Beziehungen demokratisieren.

II. Fünf Thesen zum Umgang mit dem Wim-Kok-Bericht 2004

Der Bericht kann direkt und indirekt eine Erfolgsbilanz aufweisen: Ihm folgten zahlreiche Stellungnahmen und das „Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung

der Wirtschaftsmigration“. Er ging in sämtliche Materialien der Europäischen Kommission für die Ratstagung im März 2005 ein, die für die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie relevant sind. In diesem Kontext formuliere ich fünf Thesen.

These 1: *Gegenwärtig sollte an die Ziele von Lissabon erinnert werden. Ohne auf grundsätzliche Kritik zu verzichten, müssen nunmehr die sozialen und ökologischen Ziele von Lissabon und Göteborg verteidigt werden.*

In diesem Kontext gilt es insbesondere, gegen die sogenannte Bolkestein-Direktive, die geplante Arbeitszeitrichtlinie und weitere Einschnitte bei den Sozialtransfers einzutreten.

Kritiker/innen des Kok-Berichtes aus dem Spektrum der sozialen Bewegungen knüpfen an die Ziele von Lissabon 2000 an (vgl. zweite Bemerkung im Teil I) und verweisen darauf, dass im Kok-Bericht die ursprüngliche Ausbalanziertheit zwischen den sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielen entsorgt sei. So heißt es etwa im Positionspapier der österreichischen Bundesarbeitskammer (BAK): „Wir halten den wirtschaftspolitischen Ansatz für verfehlt und meinen ..., dass auf die Ziele sozialer Zusammenhalt und intakte Umwelt zu wenig Bedacht genommen wird“ (BAK 2005, 1). Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) erklärt: „Der Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe ... widerspricht vielfach der ‚Lissabon-Agenda‘, wie sie ... 2000 vereinbart wurde und ignoriert die eingegangene Verpflichtung, Armut zu bekämpfen und gegen soziale Ausgrenzung vorzugehen“ (EAPN 2004, 1)

Der insgesamt positive Bezug auf die Lissabonner Ratstagung vom Frühjahr 2000 und die Kritik an der ökonomischen „Verschlankung“ der „Lissabon-Strategie“ (These 2 im Teil I) finden ihren Niederschlag auch in Standpunkten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Beide thematisieren die Geringschätzung der ökologischen Problematik und nachhaltiger Entwicklung insgesamt. EAPN kritisiert das herrschende Entwicklungsmodell, in dem Wachstum nicht allen zugute kommt. BAK, EGB und

DGB protestieren gegen die Fixiertheit auf globale Konkurrenzfähigkeit und gegen das Tabu aktiver Nachfragepolitik. Der Wachstums- und Stabilitätspakt sei zu reformieren und es wäre endlich gegen ruinöse Steuerkonkurrenz vorzugehen. Die Entwürfe der Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinien müssten zurückgezogen werden, ebenso alle Pläne zu Verschlechterungen der Rentensysteme. Zielgerichtete Politiken würden gebraucht, um gegen soziale Ausgrenzung und die besondere Benachteiligung von Frauen, Jugendlichen, Älteren und Angehörigen von Minderheiten anzukämpfen. Politikziele nur unzulänglich auf lebenslanges Lernen und zuverlässige soziale Sicherung.

These 2: *Der Wim-Kok-Bericht prägt die Beschlussdokumente für den EU-Gipfel zur Halbzeitbilanz. Damit wird die ökonomische „Verschlankung“ der „Lissabon-Strategie“ nicht nur legitimiert, sondern weiter forciert. Die Dokumente sind insgesamt eine Inkarnation des Pragmatismus.*

Der Zweite Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003-2006 würdigt den Wim-Kok-Bericht (Binnenmarktstrategie 2005, 3). Das trifft auch für den Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2004/2005 zu (Entwurf 2005, 5 u. 9) und die Mitteilung des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 2.2.2005 (COM 2005/24, 4 u. 7, 12). Sie bildeten gemeinsam mit dem Bericht über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik (KOM 2005/8) ein „Paket“ für den Gipfel im März 2005.

Das Lob bezieht sich auf die kritische Analyse der beschäftigungspolitischen Ergebnisse,

die klare Orientierung auf das strategische Projekt „Wachstum und Beschäftigung“, das den Worten nach keinesfalls die ökologische Dimension und nachhaltige Entwicklung marginalisiere, auf die Idee von der breiten gesellschaftlichen Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung bzw. für Erneuerung, die auf konsequente Umsetzung des Projektes zielt,

auf die Benennung der fünf prioritären Politikbereiche und das Festhalten an den

von der Taskforce 2003 genannten vier Aufgaben, um Beschäftigung und Produktivität zu erhöhen (These 3 im Teil I).

Weil die erneuerte „Lissabon-Strategie“ auf Wachstum und Beschäftigung fokussiert *ohne* jedoch tatsächlich auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu zielen, heißen die Herausforderungen: „Europa attraktiver zum Investieren und Arbeiten“ sowie „Wissen und Innovation zum schlagenden Herzen europäischen Wachstums“ machen und eine Politik gestalten, die es „ unseren Wirtschaften erlaubt, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen“ (COM 2005/24, 4). Die Europäische Kommission schlägt dem Europäischen Rat vor, eine neue Partnerschaft für Wachstum und Jobs zu starten, ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft auszuarbeiten und die Mitgliedsländer aufzurufen, eigene Nationale Aktionsprogramme aufzustellen, besser pro Umsetzung der „Lissabon-Strategie“ zu regieren (COM 2005/24,11).

Diese Logik erklärt auch, warum der Neuigkeitswert der Papiere einzig darin besteht, dass sowohl das System der Nationalen Aktionspläne als auch das Berichtswesen rationalisiert und auf Regierungsebene „eine Mrs. oder ein Mr. Lissabon“ eingesetzt werden. Sie oder er soll die „Lissabon-Strategie“ repräsentieren und die einzelnen Elemente ihrer Realisierung koordinieren.

These 3: *Der fehlende konzeptionelle Neuigkeitswert in den Dokumenten der Kommission widerspricht den dort konstatierten Problemen. Weil deren Ursachen ohne nötige Analyse bleiben, werden die Handlungsoptionen in besseren Vorschriften, höherem Tempo von Reformen und Liberalisierung sowie in Appellen gesehen.*

Der Zweite Bericht zur Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003-2006 beklagt „eine Stagnation der Binnenmarktintegration“ (Binnenmarktstrategie 2005, 4). Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, die Integration der Finanzmärkte und das konzipierte Gemeinschaftspatent könnten gravierende Wachstumsraten und Preissenkungen für die Verbraucher/innen bewirken.

Das dank Belebung der Weltwirtschaft 2004 erreichte EU-weite Wachstum von 2,5% ist dennoch mäßig. Die Fortschritte beim Abbau der Budgetdefizite sind zu gering, so dass das nominelle Defizit in der Eurozone auf fast 3% des BIP gestiegen ist. In mehreren Ländern hat sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde reduziert. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind gewachsen. Der Übergang zur wissensbasierten Volkswirtschaft vollzieht sich viel zu langsam, die Erfolge auf dem Gebiet der sozialen Nachhaltigkeit sind unbefriedigend (KOM2005/8, 3-12). So heißt es schließlich: „Es ist klar, dass beim gegenwärtigen Reformtempo die vollständige Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003-2005 nicht gewährleistet sein wird, was es schwierig macht, die Ziele von Lissabon zu erreichen“ (KOM 2005/8, 12).

Im Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2004/2005 wird formuliert: „Die Fähigkeit der EU, Beschäftigungs- und Produktivitätswachstum gleichzeitig zu steigern, hängt von weiteren Strukturreformen ab... Derzeit ist diese Fähigkeit durch eine schwache Inlandsnachfrage und makroökonomische Anpassungen beeinträchtigt, die sich durch globale Ungleichgewichte ergeben“ (Entwurf 2005, 2).

Die Defizite der Länder bei der Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie sind am größten bei Strategien aktiven Alterns, Investitionen in Humankapital und bei der Reduzierung von Schulabbrüchen, bei der Beteiligung von Geringqualifizierten an Ausbildungsmaßnahmen, der Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischem Lohngefälle, der Bekämpfung von Schwarzarbeit und der Bewältigung wirtschaftlicher Umstrukturierung.

Gefordert wird daher: „Die Lücke zwischen den Beschäftigungsprioritäten auf EU-Ebene und der Durchführung in den Mitgliedstaaten muss geschlossen werden. Die Regierungen müssen sich unbedingt die EU-Zielsetzungen zu eigen machen und die Öffentlichkeit in der Überzeugung bestärken, dass die EU-Verpflichtungen in Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene umgesetzt werden müssen“ (Entwurf 2005, 3/4).

Erstmals seit 1997 ist die Langzeitarbeitslosigkeit wieder gewachsen. Die Berufsaussichten für Problemgruppen sind schlechter geworden. Der Schwerpunkt müsse also (wieder) auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt und auf Beschäftigung gelegt werden. Offiziell ist ein Viertel der in der EU25 Beschäftigten dem Armutsrisiko ausgesetzt (Entwurf 2005, 8). Hinzu kommen 4,5 Millionen Erwerbslose und 20% der Kinder (EAPN 2004, 1).

Ganz deutlich wird also: Die Stagnation bei der Binnenmarktintegration wird *nicht* mit der Frage verbunden, ob deren Beschleunigung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung bzw. der Verbraucher/innen ist und sein kann. Haushaltsdefizite und die Schwäche der öffentlichen Finanzen führen nicht zur Suche nach stabil wachsenden öffentlichen Einnahmen. Die Abhängigkeit von Entwicklungen auf den Weltmärkten veranlasst nicht zur Diskussion über zunehmende Autonomie EU-europäischer Wirtschaft. Wachsende Armut und soziale Ausgrenzung werden nicht als Folgen einer ganz bestimmten Art und Weise gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung hinterfragt.

These 4: *Schwache Inlandsnachfrage, negative makroökonomische Beeinträchtigungen infolge „globaler Ungleichgewichte“, Haushaltsdefizite und instabile öffentliche Finanzen sind Herausforderungen für ein wirtschaftspolitisches Umsteuern, das aus sozialen, ökologischen und globalen Gründen schon lange überfällig ist.*

Das heißt konkret:

- Start einer Bewegung „Kooperation – auch und besonders grenzüberschreitende - schafft Arbeitsplätze“,
- Auflage von Programmen „Beschäftigung durch Ökologie“, „Forschung und Entwicklung für KMU“ und „Regionale Problemlösungen durch Zusammenarbeit von Regionen“,
- Entspannung der Geldpolitik durch eine Reduktion der zentralen Zinsrate auf 1,5%,
- Beendigung des Steuerkonkurrenz unter den Mitgliedsländern durch Har-

monisierung der Steuerbasen und Einführung einer Mindestbesteuerung der Unternehmen von 40% und von 30% für Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 75% des EU- Durchschnittes (EuroMemo 2004, 2),

- Vergütung gesellschaftlich nützlicher Arbeit von Arbeitslosen und Selbständigen mit geringen Einkommen bei Abschaffung von repressiven Arbeitsmaßnahmen,
- Organisation von breiter Unterstützung für am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft besonders Benachteiligte,
- EU-europäische Initiativen zur Stabilisierung der globalen Finanzarchitektur. Dafür sollten 1,5% des gegenwärtigen BIP der EU (135 Mrd. Euro) aufgebracht werden, vorrangig für Investitionen, finanziert aus Krediten der Europäischen Investitions-Bank.

These 5: *Wachstum als konkreter qualitativer Veränderungsprozess kann durchaus mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, Schritten zu Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit und Kohäsion für alle sowie zu nachhaltig intakter Natur einhergehen.*

Es ist keine Frage: Die wachsende Europäische Union kann sehr wohl die sich am dynamischsten entwickelnde Weltwirtschaftsregion werden. Sie kann den Wettbewerb um die schnellste und umfassendste Lösung beschäftigungspolitischer, sozialer und ökologischer Probleme gewinnen und ihren Beitrag zu positiven Antworten auf Existenzfragen der Menschheit kontinuierlich steigern. Im Kontext damit kann und muss sich EU-Europas Wirtschaft zu einer wissensgestützten wandeln.

Diese Möglichkeiten werden wahr, wenn zunehmend mehr Menschen für die Verteidigung und Stärkung ihrer sozialen, politischen und kulturellen Rechte und zugleich für die Schwächsten und Schwachen in der Gesellschaft kämpfen, wenn Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich schrittweise demokratisiert werden.

Literatur

- A Social Europe 02 2004: Priority: Strengthen competitive position. 08./09. November 2004, Brussels.
- BAK 2005: BAK-Positionspapier. Betreff: Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Wien.
- Binnenmarktstrategie 2005: Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Zweiter Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003-2006. KOM(2005), Endgültig, Brüssel.
- COM 2005/24: Commission of the European Communities. Communication to the Spring European Council. Working together for growth und jobs. A new start for the Lisbon strategy, Brussels.
- de Geus, Aart Jan, 2004: Einladung zur Konferenz und Reden am 25./26.10.2004.
- EAPN 2004: EAPN Response to the Report from the High Level Group Chaired by Wim Kok, Brussels.
- Employment in Europe 2004: Recent Trends and Prospects. European Commission. Brussels.
- Entwurf 2005: Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Mitteilung der Kommission an den Rat. Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2004/2005, Brüssel.
- EuroMemo 2004: European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe. Beyond Lisbon. Economic and social policy orientations and constitutional cornerstones for the European Social Model (Deutsche Ausgabe: Miren Etxezarreta)
- John Grahl/Jörg Huffschild/Jacques Mazier u.a.: EuroMemo 2004. Herausgegeben von der Europäischen Memorandum-Gruppe, Hamburg 2005).
- Europäischer Rat 2003: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm).
- EU-Wirtschaftsbilanz 2004: Ökonomische Grundlagen der Lissabon-Strategie. IP/04/1298. Brüssel.
- Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: Die Herausforderungen annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Brüssel.
- Kallas, Siim, 2004: A Business Plan for Modernising the European Economy. European Policy Centre, SPEE/04, Brussels.
- Kastrissianakis, Antonin, 2004: Diskussionsbeitrag am 25.10.2004. Eigene Aufzeichnungen. Amsterdam.
- KOM 2005/8: Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Mitteilung der Kommission. Zweiter Bericht über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003-2005, Brüssel.
- Taskforce 2003: Jobs, Jobs, Jobs. Creating more employment in Europe. Report of the Employment Taskforce chaired by Wim Kok, Brussels.
- Zimmermann, Klaus, 2004: European Labour Mobility: Challenges and Potentials. In: More people at work, Amsterdam.

The Italian decline: beyond neo-liberalism, towards a neo-feudalism?

1. Introduction

In my paper I will discuss the Italian case as an example that goes well beyond what we have gotten used to label as neo-liberalism, and points towards something that I would rather label as neo-feudalism. It is not a tendency that only concerns Italy, it is indeed a well known component of capitalism, which is spreading at fast pace around the World. In Italy, however, it has grown up particularly strong during the last few years, when economic, social and political counterweights demonstrated all their ineffectiveness, leaving such model to grow like “*in vitro*”.

What I will try to sketch is a unified view of several economic and social behaviour patterns that can be observed day by day and concur in my view in giving to the Italian current crisis the nature of a “structural” decline, a decline well described among others by Luciano Gallino (2003) and Giangiacomo Nardozzi (2004).

The concept that best sums up my analysis is that of rent-seeking. Italy ended up trapped in a situation where everyone, from companies, to shop-owners, to property owners, to liberal professionals, to families themselves, attempts to transform him- or herself into a *rentier*. In other words, people no longer attempt to base their income so much on their own work and production, as on the exploitation of economic rents, monopoly, financial and real estate speculation. In the absence of any attempt to contrast this by the policy-makers – indeed with their complicity – all these types of behaviour not only slow down the economy, but even lead it off the rails.

This analysis has several implications for the directions in which economic policy should be moving, and it is shown in the Annex an example of how similar analyses can translate into actual policy proposals. The economic policy implications of my analysis are not, however, particularly

original and were once an important part of the left-wing heritage, also (and mostly) of its less radical elements, those more concerned with “economic compatibilities”. This is no longer true and we should be asking ourselves why. My own explanation is that this relates to another suppression, that of the moral dimension as one of the key points a government that believes in human progress should address. A discard that naturally transformed the market from a mean that can often be used to get a good allocation of resources, in the absolute and the ultimate goal of the entire economic policy. Indeed, this is exactly what has been done in the recent past, and it is still being done, by many governments claiming their belonging to the left, as was the Italian one defied by the right-wing in 2001.

2. The generalization of rent-seeking behaviours

Parma 2000...

A key episode to start with to understand what is happening in Italy is the Confindustria (the industries’ association) convention that took place in Parma in 2000. It was the first occasion where the chief of Italian entrepreneurs, D’Amato, unveiled its complete synthyony with the right-wing leader Berlusconi, who was to win the following year general elections.

For its entire term of office the centre-left led by Prodi, D’Alema and Amato had done all that it might be imagined entrepreneurs could wish for, by promoting structural reforms, liberalising the labour market, containing wages, offering companies the European market and the monetary stability of the Euro, pursuing sound public finances, privatising to an extent no other country had ever done so. 2000 was also the year when the Italian economy got into top gear, with a real

economic growth rate over 3%, the best result since 1989.

However, the pro-Europe choice had done away with two key tools that had traditionally guaranteed the profitability of Italian companies: the possibility of devaluing the national currency and the protection of the home market from outside competitors. Moreover, it had required the containment of public spending and, if not a rise in the marginal tax rates, at least a substantial effort to regain control over a shading tax base.

In addition, the centre-left had endeavoured to build up its own connections in the field of economy and finance, favouring certain sectors and certain “newcomers” (suffice it to remember the 1999 take-over launched by Olivetti’s manager Colannino on Telecom Italia, hailed by D’Alema, then chief of Government, as the dawn of a new form of Italian capitalism).

Thus, the losses had to be made up for and the reduced profit margins recovered. But how? By placing more pressure on labour and returning to the exploitation of favourable public procurements, getting round tax and currency laws, speculating on the privatisation of public housing, land and public properties. The newcomers were to be pushed back, or at least were to be prevented from altering the established hierarchies and balance of power.

This is how in Parma, in the framework of an election campaign that had, in practice, already been launched, Confindustria chooses, unanimously, the right. The Italian class of capitalists declares the new model completely alien, reaffirms its own hegemony and relaunches its traditional family-capitalism model, based on patronage and favouritism.

...and the years of the right-wing

In the following years it could be seen how significant and short-sighted this attitude proved to be for the economic system itself. Admittedly, labour costs were contained, but this was the only tool that companies were offered to fight competition, and in no cases it could have been enough. Thus, in a country that was gradually losing any other appeal, many went abroad.

Faced with the ineffectiveness of a similar policy, the Italian largest companies simply renounced to compete, gave up on research and innovation, on investment in the more advanced sectors. Refused to focus on those activities that in the other countries of late capitalism represent the engine of accumulation, making possible to trade with mutual advantage with countries where the labour cost will always be too low for our standards.

Italian largest companies shifted to protected sectors with a purely national dimension instead, where they can benefit from rents granted and managed thanks to favouritism by those in power.

Where exactly? Firstly in natural monopolies and in those sectors that are most obviously oligopolistic. Sectors in which at most one producer can exist or where, in the Italian context, collusion is extremely frequent; in which the market power makes it possible to charge high prices and to gain extra-profits. These are the privatised sectors, the public utilities (gas, electricity, water, telephones), transport (railways and highways), airports, banks, insurance companies. By taking this to an extreme, one could look at Benetton, who no longer makes clothes but manages highways; to Olivetti that disappeared as computer maker but merged in Telecom Italia; to Fiat that from cars moves towards energy. As Giangiacomo Nardozzi remarks: “The end of ‘assisted capitalism’ was followed by the forced privatisation of the Nineties, which, instead of bringing new competitive energy to the largest private companies, deviated their interests towards the protected areas of the public utilities, perpetuating protectionism under a different form which marks the involution of industry and its folding in on itself, clashing with globalisation, towards domestic affairs” (2004, 111; translation-A.M.).

If many “producers” search for a shelter in protected sectors or where they can collude, others rediscover the most traditional of rents: Pirelli, which is increasingly less concerned with tyres and increasingly more with real estate, is perhaps the most evident case. However, it is a general tendency, fuelled again by privatisation, by the absence of a public housing policy, by

the increasing permeability of politics (which we shall consider shortly) and by the worldwide price bubble on real estates (that is characterised in Italy also by a huge rise of rents, that matches the raise of properties' values).

A third route that often accompanies the two previously described is financialization. This is seen in the Italian context not as the adoption of a more efficient financial structure, but rather as another possible source of extra-profits, which is often pursued replacing actual investments with speculation, against a background of low market transparency, where "creative" accounting and insider trading are common practice, regulators are virtually absent or ineffective, banks are rather more than accomplices.

The economic agents in search for political patronage

What we have attempted to outline, without claiming to demonstrate it in these few pages, is that speculation and the search for rents have been the key strategies of Italian capitalism over the past few years, with the possible exceptions of labour cost reduction and delocalisation (often an authentic escape abroad) policies.

However, to fully exploit rent-seeking strategies, a privileged relationship with the politicians is needed. Indeed, many opportunities for quick gain or for securing monopolies emerge from privatisation and it is thus necessary to come to an agreement with the world of politics. In other cases, it is necessary to make sure that the sector regulation authority does not intervene. Moreover, often *ad hoc* national or local legislation is needed to create and secure the gains speculators and *rentiers* aim to, from tax rules to tax amnesties to the precise design of public procurements. Finally, in some fields, such as education or health, the possibility to exploit economic rents requires the worsening of public provision, which then allows to push for their privatisation.

From time to time someone is trapped and connivance is revealed between speculation, favouritism and cunning. Recent examples in Italy are the food companies Cirio and Parmalat, or the accounting

frauds emerged among almost all the premier league football teams. However, in a country where the law does not consider anymore false accounting a real crime, this is only the tip of an iceberg, and in any cases the system of mutual alliances and interests has again assumed such proportions that few people have any interest in getting to the bottom of it.

The new type of accumulation thus originates from monopoly, favouritism, securing spaces protected from others' challenges. It is based on rents, no longer on profits. This is why one should pay attention, but also being very suspicious, of the "new deal" again announced by the (new) president of Confindustria, Montezemolo, in 2004, who calls for more research and innovation and aims at making stronger Italy's production base, but will necessarily have to deal with the fact that the practices we just described have now become widespread within the entire entrepreneurial world, to which he belongs too.

A new form of feudalism?

Indeed, the same type of behaviour is filtering down from the biggest companies to the others and spreads on to the whole of society. Everywhere there is a race to secure rents. If the logic is to use your own market and political power to get as much as possible, then shop-owners are right to increase prices and landlords to rise rents, then it becomes legitimate to avoid taxation by any means, legal or illegal, and then to press for tax amnesties. The example comes from above and everyone follows its lead, trying to carve out his or her own little space. Let us consider, for example, the failure of all attempts to reduce many of the unreasonable prerogatives of liberal professionals and, instead, the unjustified broadening of their sphere of exclusivity over the past decade. We might also think of mechanics who are ensured of a certain revenue whatever happens, thanks to the two-yearly checks all vehicles must undergo, or of driving schools with their special courses for regaining lost points on driving licences.

What emerges, rather than capitalism, is a new form of feudalism, with "families" and corporations installed at different levels,

each taking its own toll. Tolls, it should be remembered, are not obtained for being good at something, or more efficient, but by concession of the crown, who concedes exclusive rights and protection. And beneath are vassals, vavasours and vavasours' vassals.

Households savings threatened

Let us now look at all this from another point of view – that of those on the lowest rung. Despite everything, until a short while ago it was possible to construct something out of one's own work, to live with dignity and even to improve one's social position. Now the best one can do is surviving, while social position depends on wealth and rents: starting out with one, two, ten houses or with none, with investments of a few or many millions is what makes the difference.

Indeed, it is using the wealth they accumulated during the past decades that still the lower-middle and middle classes are trying to maintain their living standards. However, this same wealth is strongly desired by those who are further up on the ladder. Because in an economy which is not growing anymore, which carries out no research and no innovation, which is unable to be competitive and is increasingly marginalized on the international scene, there is still room for individual accumulation. It is sufficient to give all, households as well as small and medium size firms, the illusion that living of unearned income is easy, as long as one "plays the game", to then rob them – in an unequal contest – of everything. Thus savers are encouraged to take risks on financial speculation,¹¹ firms are "strongly encouraged" by banks to purchase structured bonds in exchange for credit, pressure is put on workers to gamble their salaries on pension funds (Marano 2002).

¹¹ The fact that extremely sophisticated and risky financial products are nowadays sold in post offices should tell us a lot about the current trends, perhaps even more so than the already mentioned cases of Parmalat and Cirio, with their default on bonds sold to individual investors by the same banks that were going to receive the money in repayment of their loans.

Absurd heights are reached: the crisis would be the fault of consumers themselves, who refuse to consume, who do not buy on credit and refuse to mortgage their own houses in order to do so! The thought wanders to an old song by Enzo Jannacci and Dario Fo, where a poor peasant, to whom the emperor, the king, the cardinal, the bishop and the rich have all taken away, sings that: "always cheery we must stay, for our crying hurts the king; it hurts the rich man and the cardinal; they get sad if they see us cry!".

3. An economic policy for a new social and economic development

As said before, the implications of the previous analysis for economic policy are not particularly original. They point however in directions that even the left-wing pays now very little attention to, maybe to move in exactly the opposite direction thereafter. I shall outline them under broad headings, nonetheless encouraging the hasty reader not to stop at the first two ("improving" the market may be useful, but it is not enough) and to bear in mind that without the last one (relaunching the moral issue) the other interventions are probably destined to failure.

Safeguarding competition

One crucial field of intervention certainly relates to the safeguard and promotion of competition to contrast the exploitation of monopolistic and oligopolistic market powers. Indeed, it could be argued that rent-seeking is intrinsic to capitalism, but that market competition makes extra-profits to disappear. Thus, monopoly rents would only be a transitory phenomenon, at times a reward for the entrepreneur who risks and is lucky, destined in any cases to be cancelled out thanks to imitation by competitors.

Indeed, lip service is paid to this policy by all economic players. In practical terms, however, after having been only slightly contrasted by the center-left governments, the tendency to escape competition and the spreading of market power abuse are now even encouraged by the greater permeability of the policymakers. The system increasingly appears to be one where mo-

nopolies prosper and big companies colude unconstrasted. The insurance, banking, energy, fuel, telecommunication sectors are examples that are only too easy to find.

In any case, a fiercer action in defence of competition, although desirable, would not alone be sufficient to solve all problems. Indeed, unless associated to a policy aimed at strengthening Italy's production base, it would simply risk to further eliminate national producers from the market. Alone, competition cannot make up for the absence of a clear economic development strategy; even less so can it become the substance of it.

Ownership structure and regulation of natural monopolies

There is a second reason for the inadequacy of any policy aiming just at increasing competition. Monopoly rents often originate in sectors where there are natural barriers to competition, in which even the standard economic theory recognises the presence of "market failures". This is very typical for example of public utilities and of the transport infrastructures.

In these cases economists have for some time now individuated more efficient alternatives, requiring the nationalization of the monopoly or a strict regulation of prices and quantities produced. Naturally, technology evolves and can remove natural barriers, so that a sector is no longer characterised as a natural monopoly, as in the case of telephone services. But where this characterisation remains, public ownership and/or price control remain key elements for the economic efficiency itself.

This is widely known. Unfortunately, however, over the past two decades things have gone in exactly the opposite direction. Often public intervention is not even conceived of anymore: private management would *by definition* be more efficient, and even where the market itself fails, regulation would create market distortions and penalise the legitimate pursuit of profit. We shall return to this point shortly, drawing attention to the 1993 government and social partners agreement on income policy. Actually, one should recognise that in the actual situation competition is weak in all the former natural monopolies, and in

many cases privatisation translated into merely putting natural monopolies into private hands, without effective sector regulation policies being designed.

Social services

If rents often originate in situations where there is little competition, they are also further fuelled in those areas where individuals' and households' demand is more rigid. Commuting, housing, health, child-care, as well as the already mentioned public utilities, are all fields where, if simply abandoned to the market, individuals are vulnerable and at the mercy of prices they cannot avoid paying, if they cannot give up on their work income and they do not want to renounce to basic ingredients of civil life.

Thus, spending for these goods translates in costs that directly affect individuals living standard, so also pushing up labour costs because of the larger wage raise requests it causes. So, increasing rents not only redistribute income, but also mine country's competitiveness and raise costs. Let us consider urban rents: it may well be that the market must be given a prominent role, however abandoning families to the whims of the real estate bubble, with housing rents increasing by 20-30% per year, without doing anything, has devastating effects. We might also think to the effects of price increases such as that of urban transportation, in one-shot from 75 cents to 1 euro.

For these reasons, in such areas low pricing and/or direct public provision make it possible to achieve both fairness and economic efficiency through lower costs. Let us take health, a sector in which the overall spending (private and public) in countries where the welfare is well developed is much lower than in the United States, where furthermore tens of millions of individuals have no insurance at all and the average quality of healthcare is no higher. Or take kindergartens, which not only relieve parents of strain and allow children to socialise from an early age, but also make it possible for mothers to return to work soon after delivery.

Do we need to add that, as for natural monopolies, in the field of social services too there is an increasing pressure for privati-

sation and towards an individual approach to the service provision? Or to remember that the Italian government itself admits that the public spending on housing policies is “negligible”? Or that, under the terms of the government – social partners 1993 agreement on income policy, no upper limit to price increases is set for public services and regulated sectors, as it is for wages instead? Indeed, what the 1993 agreement rather claims is “the necessity of abandoning the logic of price control and moving towards a system that guarantees the profitability of capital invested in this sort of enterprise and which does not limit investments”, where the latter remark signifies that not only must prices cover costs and profit margins, but also guarantee “adequate margins for self-financing, able to favour the necessary investments”.

Taxation of rents and speculation

If rents, speculation and opportunist behaviours in general constitute a dead-weight loss for society, slowing it down, then they should be penalised also through taxation. I cannot go into details here (see Cobelli/Naletto 2005). It is sufficient to say that rents should be subject to taxation as other types of income, that tax rates should be higher and that the tax authorities should also deal with the wealth they originates from, which means building up a frame of reference that would also allow to identify and penalise purely speculative behaviours. A radically different approach should thus be taken than the current one, which is characterized instead by the tendency to reduce taxation on wealth and financial assets and to concentrate it on work income: suffice it to remember the abolition of the donation and inheritance tax, the light, separate, taxation of financial returns, the lack of a tax on patrimony, the widespread evasion on real estate rents.

A new focus on the moral question

The previous analysis also suggests the need to focus on the moral dimension too to address the Italian decline. Indeed, the suppression of all moral elements from economic policies is probably the most crucial element that explains the substantial lack of intervention against rents and speculation and the ineffectiveness of the

few measures taken. Because of this, this issue is worth some specific comment.

4. Unchallenged rent-seeking and the suppression of the moral dimension

Until few years ago, the concern with rents and speculation and the demand for intervention in order to contrast them was an important element of the left-wing proposal, in particular of its less radical part. In the current debate, however, just one element of that analysis survives: the uncritical faith in the ability of a competitive market to ensure economic efficiency, with the consequent, and not always consistent, pretence to “modernise” accordingly the economy.

The question is: why of this banalization? My explanation lies in the repression of another key element, the moral issue.

Indeed, distinguishing what is rent and what is not, what is speculation and what is normal return from saving and investment, what are productive and what unproductive consumptions and habits, does in fact require a discerning mind and the assumption of a position.

It means deciding whether an increase in rail fares is justified by the improvement of the quality of the service offered or it is rather the mere exercise of market power, judging whether the huge profits of telecommunications companies originate from their ability to innovate or rather from collusion, whether the multiplication of bank fees is really justified or rather just means new tolls defenceless consumers must pay. It means checking and evaluating the contents of the work carried out by notary or by the mechanic whom services I am obliged to turn to by law.

In all these cases, a position must be taken up. To do this, it is not enough for a government to call for free competition, and to delegate it to a regulation authority. For the matter expressly requires wisdom, a view of collective interests, an idea of the direction in which we wish to proceed. And this requires the policymaker to be able to resist pressure, to make choices, to evaluate what sorts of behaviour are in line with the progress of society and what are not.

If we neglect the moral dimension, we no longer possess the ability and the right to discriminate which habits to promote and which to penalize. There is no longer any chance of opposing an economic attitude determined solely by the shortest-sighted personal interest. It is no longer possible to resist and stigmatise tax evasion, speculation, lobbies and opportunistic behaviours in general.

It should be remembered indeed that Adam Smith himself, to whom we owe the idea of the market's invisible hand, yet was of the opinion that mere personal interest, without "sympathy", the sharing of common values, leads to ruin rather than to well-being. Perhaps it is this ability to identify and promote shared values, to identify routes and objectives, that is lost when the moral issue is abandoned. And this brings to market anarchy, which leads not onwards to development but backwards to feudalism.

5. Conclusions

The Italian situation well represents all the perils of the model which I labelled here as "neo-feudal", of which the Italian right-wing government in office since 2001 has been a genuine expression. Such model, however, builds on the failure of the previous economic policies of Italian center-left Governments, that blindly placed all their odds on "market". Thus, a concrete alternative cannot today consists of a mere return to the same neo-liberal policies which failed in the past. Instead, the relaunch of public policies is needed, starting with public services and welfare, and a tax reform aimed at burdening economic rents and speculation rather than work income. Surely, competition and the market can play an important role. However, they must not become the ultimate ends in themselves, but rather being simply considered among the tools that may help carrying out wider-ranging plans, where

society does not cease making choices, guiding its own development, promoting behaviours consistent with the collective interests and penalising the others.

Having brought up the moral dimension once again, it is worth concluding with a quotation from Enrico Berlinguer that well shows how much the left-wing had once a clear understanding of the importance of setting limits to economic rents and of how this should be pursued. On 11 August 1970, illustrating the position of the Italian Communist Party during a government confidence vote, Berlinguer argued that: "Certain reforms must be carried out, certain social consumption needs guaranteed that will translate into irreversible increases of real wages; so as to reduce – or transfer the burden on the community – the money that workers are obliged to spend out of their own wages, i.e. individually, to satisfy – unsuccessfully – certain primary and essential needs, such as healthcare, housing, education, training, childcare, commuting. In these claims and objectives it is clear how the class interests join and converge with the interests of the nation, since these reforms translate into savings for the whole of society, eliminating the burdens and waste imposed by an increasingly absurd, inhuman, inefficient and wasteful state of affairs. The reforms thus correspond to a deeply-rooted need of the working classes and of the nation, to an urgent need, not only for social progress, but also for economic recovery and development... [The Prime Minister] is almost only concerned with the possible consequences of further increases of salaries. Extra-profits from monopolies, rents, other types of revenue that should be penalised were not even mentioned during his speech... He did not make a single reference to the necessity of changing the current directions and behaviours of big corporations as a condition for a renewed development of the Italian economy" (2001, 47; translation-A.M.).

Annex: An experiment of building a concrete alternative economic policy

Among the experiences that in Italy are trying to offer concrete alternatives to both the neo-liberal and the neo-feudal models, it is useful here to briefly present the *Sbilanciamoci!* campaign (*Sbilanciamoci! 2004*) (“Let’s unbalance ourselves!”).

Sbilanciamoci! (www.sbilanciamoci.org) is a pool of about fifty organizations of the civil society, promoted in 2000 by Lunaria (www.lunaria.org), which tries to bridge an analyses of the Italian economy and society similar to that presented here with the elaboration of concrete economic policy proposals, derived from the concrete experience of “doing economy” in an alternative way. Indeed, participants to *Sbilanciamoci!* range from the main Italian ecologist associations to the word of ethical finance, to the civil right associations, the peace movement, the world of cooperation and fair-trade. The campaign builds its proposals upon member associations’ experience and activity and puts them in a general economic framework, from which an alternative to the annual government budget law emerges.

While the name of campaign could give the feeling of no consideration being given to financial soundness, it is not so in the reality. Indeed, a key point of all the five alternative budgets drafted till now has been that the same total public deficit is maintained of the Government budget proposal, and sometime even a lower one, as in the case of the 2005 alternative budget summarized in Table 1.

In few years *Sbilanciamoci!* has emerged in the Italian framework as a unique experiment of concrete alternatives elaborated by bridging technical skills and the practice of building new types of social and economic relationships. Its proposals are regularly sustained in the Parliament by representatives of different political parties, and some (although very few ones till now) have even made their way through till final approval.

Table 1: The *Sbilanciamoci!* proposals for the 2005 Italian budget law

Euro millions	+	-
1) Welfare and rights		
Minimum income for unemployed persons (750 euro per month)		6500
Flexisecurity (financing extension of rights as workers for "atypical" workers)		200
Abolishing incentives for firms to offer childcare at work / Increasing public childcare provision	10	1000
Improving services to students in higher education		450
Restructuring school buildings		1000
Additional resources for public health care		300
Reduction funding to migrants' detention centres and financing alternative hostels	130	126
Guarantying the presence of a cultural mediator in all main police stations		46
Increasing rights of persons in detention		150
Public housing		800
2) Environment for a sustainable development		
Urban mobility and mobility management		175
Collective taxis and car sharing		50
Urban plans for mobility and urban plans for traffic		104
Reconversion of vehicles to less pollutant fuels		30
Reduction of incentives to truck transport / Incentives to bicycling	128	11
Institution of the National Environment Accounting Office		1
Implementation of the Kyoto agreement		2500
Incentives to photovoltaic		110
Investing on the recycling of glass and cans		30
3) An economy with no weapons to build peace		
Realizing the UN <i>Millennium Objectives</i>		250
Increasing and reforming ODA (official development assistance)		500
Reduction of military expenditure and reconstructing Iraq under UN supervision	4000	600
Abolishing funding for foreign military interventions	1200	
Funding the reconversion of military industries		50
Creation of civilians' peace corps and national civil service		115
4) The enterprise of a different economy		
Incentives to auto-entrepreneurship		500
Financing research & development		1000
VAT reduction on fair-trade		0,5
Incentives to buyers group, ethical finance and solidaristic economy districts		8
Incentives to firms in the wood sector that use ecologic raw materials		25
Abolishing incentives to buy TV systems equipped with the newest technologies	140	

5) A tax system for rights, development and social quality		
Reintroduction of the tax on inheritances and donations		1200
Increase of the personal income tax on highest earners		3000
Introduction of a minimum tax on enterprises with no income declared		2500
Tax on capital gains (23%) and on exchange rate speculation (0.05%)		3300
Reintroduction of the Carbon Tax		1200
Introduction of a tax on advertising (5%) and on sport TV royalties (7%)		481
Tax on weapons export (5%)		63
Rising tax on tobaccos and super-alcoholics		970
Special tax on Sport Utility Vehicles (SUV)		250
Tax on spring water bottling		7
Other (non compulsoriness of catastrophic insurance / incentivating non professional sport)	50	10
	1862	1664
Total with respect to the Italian Government budget law proposal for 2005	8	1
Destined to further public debt reduction		1987

References

- Berlinguer, Enrico, 2001: Discorsi Parlamentari (Parliamentary Speeches), Rome.
- Cobelli, Virginia/Naletto, Grazia (Eds.), 2005: Atlante di un'Altra Economia (Atlas of a Different Economic Way). Rome.
- Gallino, Luciano, 2003: La scomparsa dell'Italia Industriale (The Disappearance of Industrial Italy), Torino.
- Marano, Angelo, 2002: Avremo Mai la Pensione? (Will We Ever Get a Pension?), Milan.
- Nardozi, Giangiacomo, 2004: Miracolo e Declino (Miracle and Decline), Bari.
- Sbilanciamoci!, 2004, Cambiamo la Finanziaria: le Proposte di Sbilanciamoci! per il 2005 (Let's Change the Budget Law: the Sbilanciamoci! Proposals for 2005), Rome.

Was heißt Zurückdrängen der Profitdominanz?

In dem in diesem Band enthaltenen Aufsatz von Dieter Klein „Alternative Wirtschaftspolitik – Teil eines emanzipatorischen Transformationsprozesses“ wird in These 3 formuliert, dass der „politökonomische Kern und die Klammer für wirtschaftspolitische Schritte in einem transformatorischen Kontext heißt: Zurückdrängung und perspektivische Überwindung der Profitdominanz“. In ihrem 2003 auf dem Chemnitzer Parteitag beschlossenen Parteiprogramm stellt sich die PDS der zentralen Aufgabe, die Profitdominanz zurückzudrängen und sie schließlich zu überwinden – ohne freilich näher darauf einzugehen, wie sich diese Dominanz heute Geltung verschafft. Vielleicht auch deshalb, hat es um diese Formulierung zahlreiche Debatten und Missverständnisse gegeben.

Nimmt man die Formulierung von der „Überwindung der Profitdominanz“ zum Beispiel all zu wörtlich, dann kann man zu einer Vorstellung kommen, in der das Profitprinzip aus immer mehr gesellschaftlichen Bereichen verdrängt wird, um in diesen gewissermaßen „befreiten Provinzen“ andere Prinzipien durchzusetzen. Das ist natürlich eine all zu mechanistische Vorstellung, mit der nicht nur Illusionen geweckt werden, sondern die auch an den eigentlichen Aufgaben vorbei gehen würde.

Die Überwindung der Profitdominanz kann nicht jenseits der Profitwirtschaft, etwa durch den Aufbau externer Alternativen stattfinden, sondern muss sich auf die schwierige Aufgabe der internen Umgestaltung kapitalistischer Ökonomie einlassen. Man könnte es auch als Umbau einer laufenden Maschine bezeichnen, in der nach und nach neue Regelmechanismen eingebaut und bestimmte Funktionen ausgeschaltet werden. Dabei lassen wir uns von der Vorstellung leiten, dass der Kapitalismus bereits die wichtigsten Voraussetzungen für die sozialistische Alternative in sich trägt und der Sozialismus nicht mehr ist, als eine zwar radikale aber längst schon im Kapitalismus angelegte Weiter-

entwicklung des Bestehenden. In der etwas schlichteren Lesart des Marxismus wurde diese „Weiterentwicklung“ ausschließlich auf die Produktivkräfte, oder genauer gesagt, auf die technischen Produktivkräfte bezogen. Dass der Kapitalismus außer der modernen Technik auch fortschrittliche gesellschaftliche Funktionen mit sich bringt, ist dabei häufig übergangen worden.

Die entscheidende Frage ist dann aber, was eigentlich zurückgedrängt werden muss. Mit Sicherheit nicht die effiziente Wertschöpfung, auch nicht die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und erst recht nicht die Verteilung nach Leistung, denn das alles sind menschheitsgeschichtliche Fortschritte, die der Kapitalismus übrigens im gleichen Maße außer Kraft setzt, wie er sie zu seinen Grundprinzipien erklärt. Es käme also darauf an, die positiven Funktionen der kapitalistischen Ökonomie nach und nach von ihren konkreten Deformationen zu befreien. Ich will dazu drei heute besonders aktuelle Deformationen herausgreifen.

Die *erste Deformation* betrifft die Tendenz zur Überakkumulation von Kapital, die nicht aus der Maßlosigkeit der Kapitalisten geboren wird, sondern aus der Logik der kapitalistischen Vernichtungskonkurrenz, denn das Kapital nährt sich nicht nur aus der Enteignung der lebendigen Arbeit, sondern aus der Enteignung anderer Kapitale. Und dies um so mehr, je größer die Masse des renditehungrigen Kapital und desto kleiner die kauffähige Nachfrage der Massen.

In der globalisierten Wirtschaft tritt dieses überakkumulierte Kapital nicht nur durch unausgelastete Produktionskapazitäten, sondern vor allem durch gewaltige Finanzmassen in Erscheinung, die wie Heuschreckenschwärme über profitträchtige Märkte herfallen und die sie eben so schnell wieder verlassen, um sich nach ihrem Raubfraß auf andere Opfer zu stürzen. Wir brauchen also Regelmechanismen, die die Raubzüge der Finanzströme

eindämmen und wir benötigen vor allem wirksame Umverteilungsmechanismen zum Abbau überschüssigen Kapitals.

Die *zweite Deformation* betrifft die Rücksichtslosigkeit der kapitalistischen Akkumulation gegenüber ihren natürlichen Voraussetzungen: Der Natur und der menschlichen Arbeit. In seiner betriebswirtschaftlich eingeeengten Logik geht das einzelne Kapital mit den eingekauften Ressourcen äußerst sparsam um, aber es betreibt hemmungslosen Raubbau mit allem was es sich kostenlos aneignen kann. Es käme also darauf an, das Kostenbewusstsein und die Nachhaltigkeit, mit der das Kapital seine eigenen Ressourcen pflegt, auf alle Güter auszudehnen, die das Leben auf diesem Globus möglich machen.

Die *dritte Deformation* betrifft die Tendenz des Kapitals, alles zur Ware zu machen, auch wenn das, was da als Ware gehandelt wird, keine Wareneigenschaften hat. Das ist natürlich in erster Linie der Mensch selbst, aber auch alles andere, was die kapitalistische Produktion nicht selber her-

stellen kann. Das ist zum Beispiel die Natur, die menschliche Kultur oder die Fülle der zivilisatorischen Errungenschaften, die nicht als Tauschobjekt, sondern als sinnvolle Einrichtungen gesellschaftlicher Daseinsvorsorge geschaffen wurden.

Diese drei Deformationen sind logische, aber nicht zwingende Erscheinungen der Moderne. Sie entspringen aus menschheitsgeschichtlichen Fortschritten, die durch Vereinseitigung und Verabsolutierung entstehen. Marx hat einmal dazu gesagt, dass im Kapitalismus jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger geht. Also gehen auch die kapitalistischen Prinzipien mit ihrem Gegenteil schwanger, weshalb man sie nicht schlichtweg zurückdrängen, sondern von ihren Vereinseitigungen und Verabsolutierungen befreien muss. Vielleicht lohnt es sich, das zwar alltäglich eingängige, aber irreführende „Zurückdrängen“ und „Überwinden“ durch das ebenso alltägliche, aber theoretisch inhaltsreiche Wort „Aufheben“ zu ersetzen.

II. Ansätze für politikrelevante Wirtschaftskonzepte im alternativen Spektrum

Michael Heine

Wirtschaftspolitische Hegemonie und ökonomische Paradigmen

1. Der Streit der Paradigmen

Bekanntlich gibt es nicht die Volkswirtschaftslehre, sondern unterschiedliche Volkswirtschaftslehren. Sofern die jeweiligen theoretischen Schulen bei zentralen Aspekten der Wissenschaftsdisziplin gemeinsame Auffassungen haben, lassen sie sich jeweiligen Paradigmen zuordnen.

Solche zentralen Aspekte betreffen beispielsweise die Frage, ob Geld neutral ist, ob Krisenprozesse als systemimmanent eingeschätzt werden oder, um ein letztes Beispiel zu nennen, ob die Lohnhöhe über das Beschäftigungs- oder über das Preisniveau entscheidet. Es hat sich die Einteilung in neoklassische, keynesianische und klassische (bzw. marxistische) Paradigmen eingebürgert. Aus hier nicht zu diskutierenden Gründen hat das klassische Paradigma in den letzten Jahren einen gravierenden Bedeutungsverlust erfahren, so dass es zumindest in den aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen keine wesentliche Rolle spielt. Selbstverständlich gibt es auch theoretische Entwürfe, die sich einer paradigmatischen Zuordnung entziehen. Sie gelten als heterodoxe Theorieansätze. Da sie nicht in der Lage sind, ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept anzubieten, spielen auch sie in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen eine mehr oder weniger untergeordnete Rolle.

Im Unterschied zu den Naturwissenschaften, in denen konkurrierende Paradigmen

üblicherweise historisch aufeinander folgen, existieren sie in den Gesellschaftswissenschaften häufig zeitgleich nebeneinander (vgl. Kuhn 1967). Dies spiegelt den Sachverhalt wider, dass Versuche, Paradigmen zu widerlegen, mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind. Zum einen gibt es keinen unmittelbaren empirischen Zugang zur „Realität“. Versuche, sich „Realität“ zu erschließen, sind immer theorievermittelt, selbst dann, wenn dies den einzelnen Akteuren nicht bewusst ist. Diesen Gedanken hat der britische Ökonom John M. Keynes schön auf den Punkt gebracht, als er ausführte, dass "Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, ... gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen" seien (1936, 323). Zum anderen sind Paradigmen empirisch faktisch nicht zu widerlegen. Dem Paradigma zuwider laufende empirische Studien werden beispielsweise mit Hilfe von behaupteten „time-lags“, exogenen Schocks oder unterstellten gegenteiligen Ursache-Wirkung-Zusammenhängen für das eigene Paradigma passgerecht gemacht, so dass sie am „Schutzschild“ des jeweiligen Paradigmas abprallen. Eben aus diesem Grunde können sie auch Jahrzehnte lang in heftiger Feindschaft nebeneinander existieren.

Wie oben angedeutet, kämpfen heutzutage vor allem das neoklassische und das keynesianische Paradigma gegeneinander. Die folgende Tabelle zeigt am Beispiel zentraler Aspekte der Volkswirtschaftslehre die Unterschiede zwischen ihnen auf.

Tabelle 1: Paradigmenvergleich

	Neoklassik (angebotsorientiert)	(Post-) Keynesianismus (nachfrageorientiert)
Geldpolitik	Geld ist neutral. Geldmenge wird exogen durch Zentralbank fixiert. Geldmenge legt Preisniveau fest \Rightarrow regelgebundene Geldpolitik z.B. als Geldmengensteuerung	Geld ist keinesfalls neutral. Geldmenge wird endogen durch Wachstum und Portfolio-Entscheidungen fixiert. \Rightarrow diskretionäre Geldpolitik
Lohnpolitik	Inverser Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung \Rightarrow Reallohn-Abschlüsse unterhalb der Produktivitätsfortschritte; möglichst deutliche Reallohnsenkungen	Lohnpolitik legt als Kostenfaktor das Preisniveau fest. \Rightarrow Um Inflation und Deflation zu vermeiden, müssen Löhne mit Produktivität steigen, plus Zielinflationsrate
Fiskalpolitik	Wirkungslos, da sie nur private Nachfrage verdrängt \Rightarrow Verzicht auf Fiskalpolitik	Notwendig, um Nachfrage zu stabilisieren \Rightarrow Verstetigung der öffentlichen Investitionen. Bei Bedarf: Konjunkturprogramm
Staatsverschuldung	Senkung der Staatsverschuldung und Verzicht auf antizyklische Fiskalpolitik	Staatsverschuldung in der Krise, um Nachfrage zu stabilisieren. Rückzahlung im Boom

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass empirische Befunde irrelevant sind. Wenn sie durch ein Paradigma nur mit größten Mühen und windigen Abstraktionen zu integrieren sind, dann erhöht das nicht gerade seine Reputation. Im Ergebnis werden weniger Menschen sich diesem Paradigma zugehörig fühlen. Ein anderer Faktor, der mitentscheidet, welches Paradigma man für geeignet hält, hängt von der Wahrnehmung wirtschaftshistorischer Erfahrungen ab. Hält man beispielsweise die immer wiederkehrenden Krisen für die Erscheinungsform systemimmanenter Prozessabläufe, dann erscheint einem das keynesianische (oder auch klassische) Paradigma plausibler als das neoklassische. Denn dieses diagnostiziert sie als *exogene* Schocks. Selbstverständlich spiegeln die unterschiedlichen Paradigmen auch unterschiedliche Interessen wider. Zum Beispiel haben Gewerkschaften ein Interesse an stabilen Lohnerhöhungen. Deshalb neigen sie eher zum keynesianischen Paradigma, da hier Lohnerhöhungen im Umfang der Trendproduktivität plus der Zielinflationsrate als funktional angesehen und Lohnsenkungen strikt abgelehnt werden. Schließ-

lich dürften auch unterschiedliche Anforderungen an wissenschaftliches Arbeiten eine Rolle spielen. Beispielsweise kann formal gezeigt werden, dass sich bestimmte, mikroökonomisch abgeleitete Zusammenhänge nicht aggregieren lassen. Bei Karl Marx ist diese Problematik als Transformationsproblem und bei der Neoklassik als „Reswitching“ in die Theoriegeschichte eingegangen (vgl. Heine/Herr 2003, Kapitel 6.4. bzw. 3.3.). Nimmt man solche formalen Widersprüche ernst, verliert das Paradigma zumindest an makroökonomischer Überzeugungskraft.

Nun ist der Streit der Paradigmen nicht als herrschaftsfreier Diskurs ohne praktische Bedeutung miss zu verstehen.¹ Im Gegenteil: Das materielle Lebensniveau und die Zukunftserwartungen der Menschen hängen in hohem Maße davon ab, welches Paradigma hegemonial ist und folglich als Richtschnur für die Arbeitsmarkt- und Be-

¹ Er ist schon deshalb nicht herrschaftsfrei, weil Gegner der Neoklassik zumindest in Deutschland seit Jahren bei Berufungsverfahren einen äußerst schweren Stand haben. Sie werden behandelt wie Ungläubige im Tempel.

schäftigungspolitik, die Lohnentwicklung oder Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme dient.

Ein plakatives Beispiel mag dies verdeutlichen. Die geradezu bedingungslose Orientierung an den lohn- und fiskalpolitischen Empfehlungen der Neoklassik zum Zeitpunkt der Weltwirtschaftskrise hat Millionen von Menschen in Not und Elend gestürzt. Auch wenn die heutige Zeit mit der damaligen nicht zu vergleichen ist, so werden doch durch die derzeitige Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik in Deutschland, die viele Berührungspunkte zur Neoklassik aufweist, Wachstums- und Beschäftigungschancen verspielt und insofern die Lebensentwürfe vieler abhängig Beschäftigter gleichsam ohne Not belastet. Auf diesen Aspekt wird zurück zu kommen sein.

Zumindest in Deutschland hat der Kampf der Paradigmen zu dem vorläufigen Ergebnis geführt, dass das neoklassische ohne Zweifel eine hegemoniale Position einnimmt. Es dominiert in Lehre und Forschung ebenso wie in den Berichterstattungen der Medien, und es liefert die Basis für die wirtschaftspolitische Politikberatung und damit auch für die Ausgestaltung der Politik. Mittlerweile hat es sogar Fuß gefasst in anderen Wissenschaftsdisziplinen wie der Politologie und der Soziologie. Es ist gleichsam allgegenwärtig. Freilich ist damit noch nicht bewiesen, dass es zur Erfassung der ökonomischen Strukturen entwickelter Industriegesellschaften auch angemessen ist.

2. Vier-Länder-Vergleich

Hält man das neoklassische Paradigma zwar für geeignet, den einfachen Warentausch beispielsweise von Schiffsbrüchigen zu modellieren, die, auf einer Insel lebend, dadurch überleben, dass über ihnen täglich Hilfsgüter abgeworfen werden (ökonomisch: vorgegebene Erstaussstattung),² nicht aber für die Analyse einer Geld gesteuerten Produktionswirtschaft, dann stellt sich die Frage, wie dieser Entwurf überwunden, oder doch zumindest

² Dieses Beispiel dient seit Jahren als didaktische Einstiegsstory für die Analyse des neoklassischen mikroökonomischen Gütermarktes.

seiner hegemonialen Position beraubt werden kann. Neben vielen anderen Aspekten scheinen zwei besonders bedeutsam zu sein:

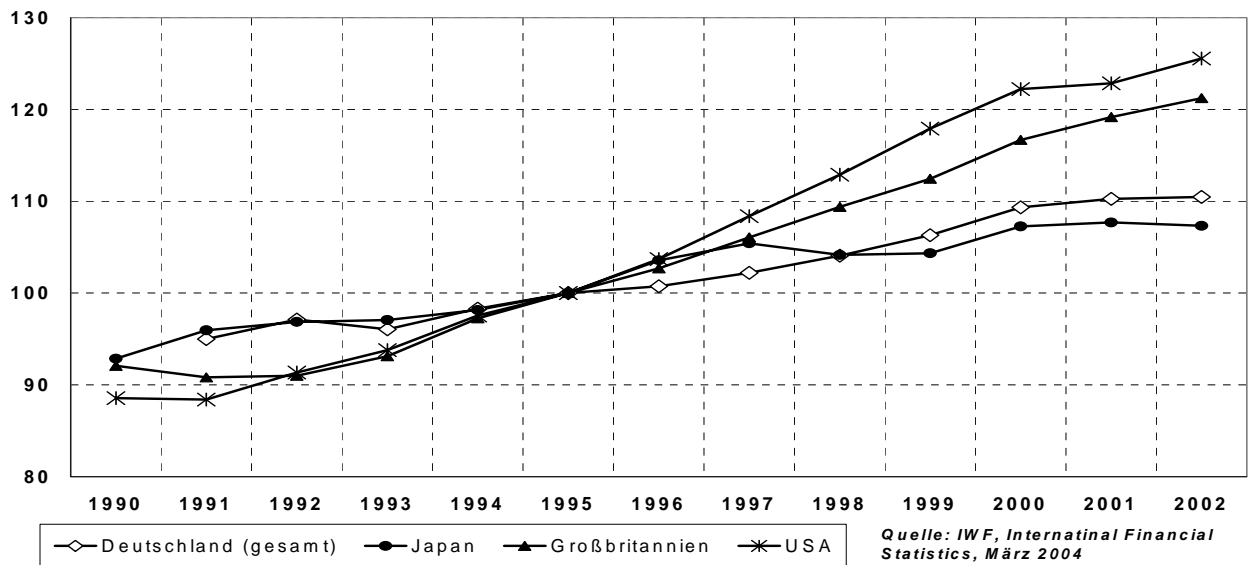
Da die Neoklassik einen in sich geschlossenen und – zumindest mikroökonomisch – konsistenten Entwurf präsentiert, der alle Aspekte ökonomischen Handelns erfasst, gilt es, ihr einen ebenso vollständigen und formal widerspruchsfreien entgegen zu stellen. Dazu, so scheint es, ist gegenwärtig nur der Keynesianismus in der Lage.

Zwar können empirische Studien letztendlich nicht über die Angemessenheit von Theorien entscheiden, aber sie können doch deren Plausibilität und damit gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen.

Wie diese beiden Aspekte konkretisiert werden können, soll im folgenden beispielhaft mit Hilfe eines Vier-Länder-Vergleichs gezeigt werden.³ Bei den ausgesuchten Ländern handelt es sich um Deutschland, Großbritannien, Japan und den USA. Die Auswahl erfolgte nicht willkürlich. Zum einen können nicht große und kleine oder unterentwickelte und hochentwickelte Länder miteinander verglichen werden, da sie verschiedene Problemlagen aufweisen und unterschiedliche Handlungsoptionen besitzen. Zum anderen sollten die Länder unterschiedliche Wachstums- und Beschäftigungserfolge aufweisen, um die Ursachen hierfür identifizieren zu können. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von Anfang der 1990er Jahre bis 2002/03.

³ Die Ergebnisse resultieren aus einem Forschungsprojekt, das der Autor gemeinsam mit Ulrich Fritsche, Hansjörg Herr, Gustav Horn und Cornelia Kaiser im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt hat.

Abb. 1: Index der Wachstumsentwicklung in Deutschland, USA, Großbritannien und



Japan (1995=100)

Die Abbildung 1 zeigt, dass sich die vier Länder im Untersuchungszeitraum höchst unterschiedlich entwickelt haben. Während vor allem Japan, aber auch Deutschland im Durchschnitt sehr niedrige Wachstumsraten ausweisen, konnten die beiden anderen Länder sich wesentlich besser entwickeln. Diese unterschiedlichen Entwicklungen spiegeln sich auch im Wachstum der Beschäftigung wider.

Aus einer neoklassischen Perspektive betrachtet, sollte man annehmen, dass die höheren Wachstumsraten der USA und Großbritanniens Ausdruck lohnpolitischer Zurückhaltung waren, während die beiden anderen Länder Beschäftigungschancen durch eine überzogene Lohnpolitik verspielt haben (vgl. Tabelle 1). Wie die folgende Abbildung zeigt, war dem allerdings nicht so.

Abb. 2: Entwicklung der Beschäftigung (Vollzeitäquivalente 1991 = 100)

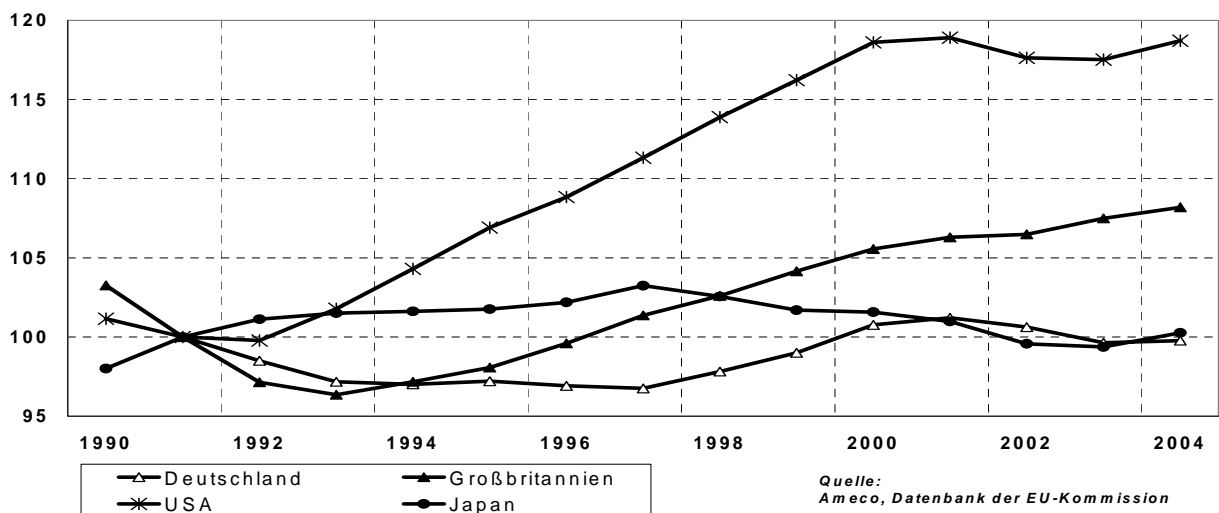
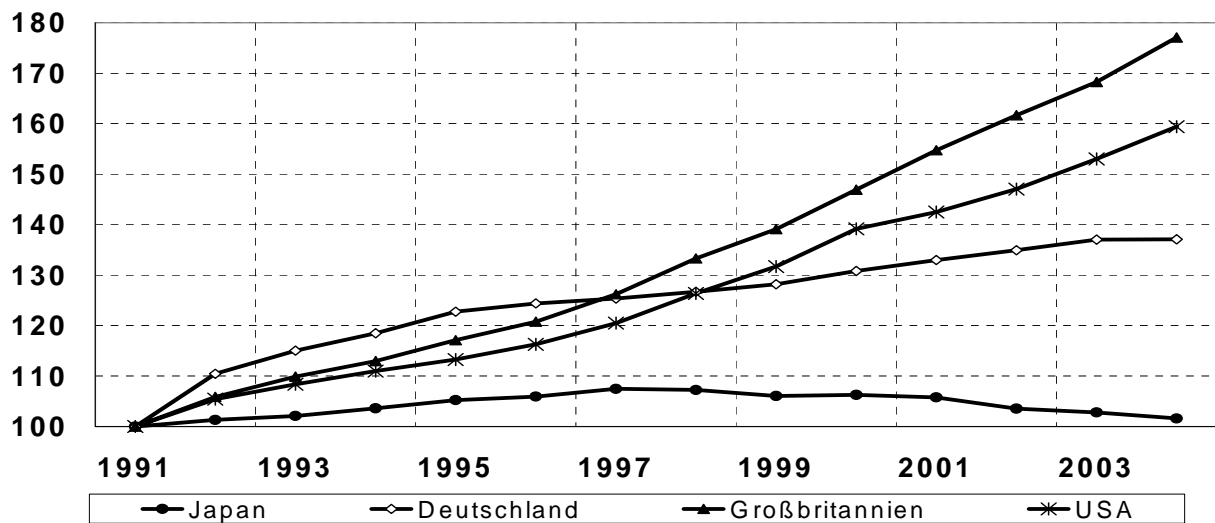


Abb. 3: Entwicklung der nominalen Arbeitnehmerentgelte (1991 = 100)



Funktionale Lohnpolitik

Vorsichtig formuliert passen diese Entwicklungen kaum in die neoklassische Vorstellungswelt, wonach es einen inversen Zusammenhang zwischen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung gibt.

Dieser Zusammenhang wurde von Keynesianern allerdings schon immer bestritten.⁴ Denn hier stellen Löhne einen Kostenfaktor dar, wie Rohstoffe oder Zinsaufwendungen auch, und die Kosten der Produktion müssen über die Preise der angebotenen Güter wieder eingefangen werden. Was ansonsten wie selbstverständlich akzeptiert wird, dass nämlich beispielsweise steigende Ölpreise zu steigenden Benzinpreisen und sinkende Herstellungskosten bei Computern zu fallenden Verkaufspreisen führen, wird in bezug auf den Lohn bestritten. Hier sollen sinkende (steigende) Löhne beziehungsweise Lohnstückkosten⁵ nicht zu sinkenden Preisen, sondern zu steigender Beschäftigung führen.

Der Keynesianismus hingegen geht davon aus, dass Lohnentwicklungen oberhalb

des Produktivitätswachstums zu Preisniveaueuerhöhungen, also zu inflationären Tendenzen in der Form einer Lohn-Preis-Spirale führen. Lohnentwicklungen unterhalb der Entwicklung der Produktivität bewirken Preisniveausenkungen und leiten damit deflationäre Tendenzen ein (vgl. ausführlich Heine/Herr 2003, Kapitel 4.5.). Sollte das stimmen, dann gibt es keinen Zusammenhang mehr zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung.

Die folgende Abbildung 4 zeigt, wie sich Lohnstückkosten und Preisniveau in den vier Ländern entwickelt haben. Interessant sind an diesen Befunden zwei Aspekte. *Zum einen* zeigt vor allem das Beispiel Japans, dass sinkende Lohnstückkosten oder sogar sinkende Nominallohne keinesfalls zu jenen Segnungen führen, die von neoklassischen Autoren ohne Unterlass gepredigt werden. Statt dessen zeigt Japan, dass eine solche Lohnpolitik geradezu in die Deflation und Wachstumskrise führt (vgl. auch Kaiser 2004). Auch Deutschland stand Anfang 2003 aufgrund seiner dysfunktionalen Lohnpolitik am Rande einer Deflation, wie unter anderem auch der IWF zugestehen musste (vgl. IMF 2003).

Werden nun *zum anderen* die Entwicklungen der Lohnstückkosten jetzt in Relation zum Wirtschaftswachstum oder zur Beschäftigungsentwicklung gesetzt, dann zeigt sich, dass gerade jene Länder, die auf eine Politik der Lohnzurückhaltung

⁴ Dies gilt nicht für den sogenannten IS/LM-Keynesianismus, der in Wahrheit auch eine Variante der Neoklassik darstellt.

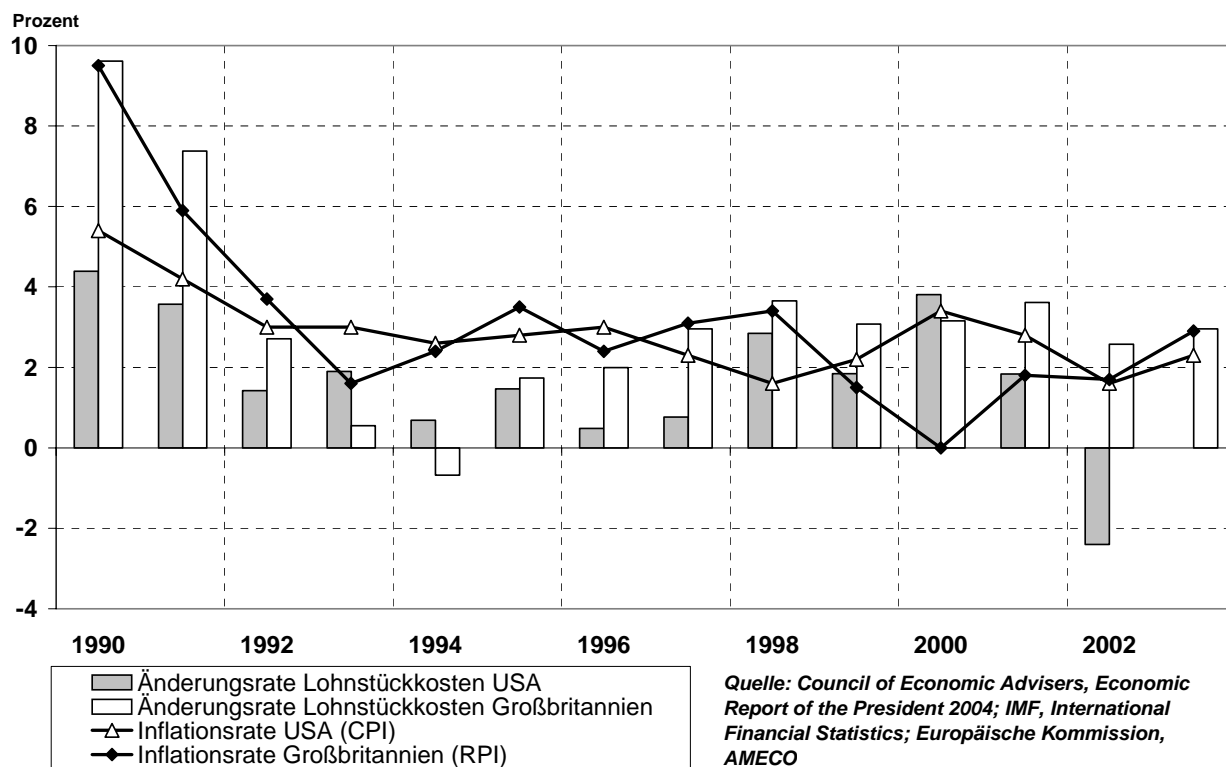
⁵ Lohnstückkosten berücksichtigen die Arbeitsproduktivität und ergeben sich, indem die Stundenlöhne in Relation zur Arbeitsproduktivität gesetzt werden.

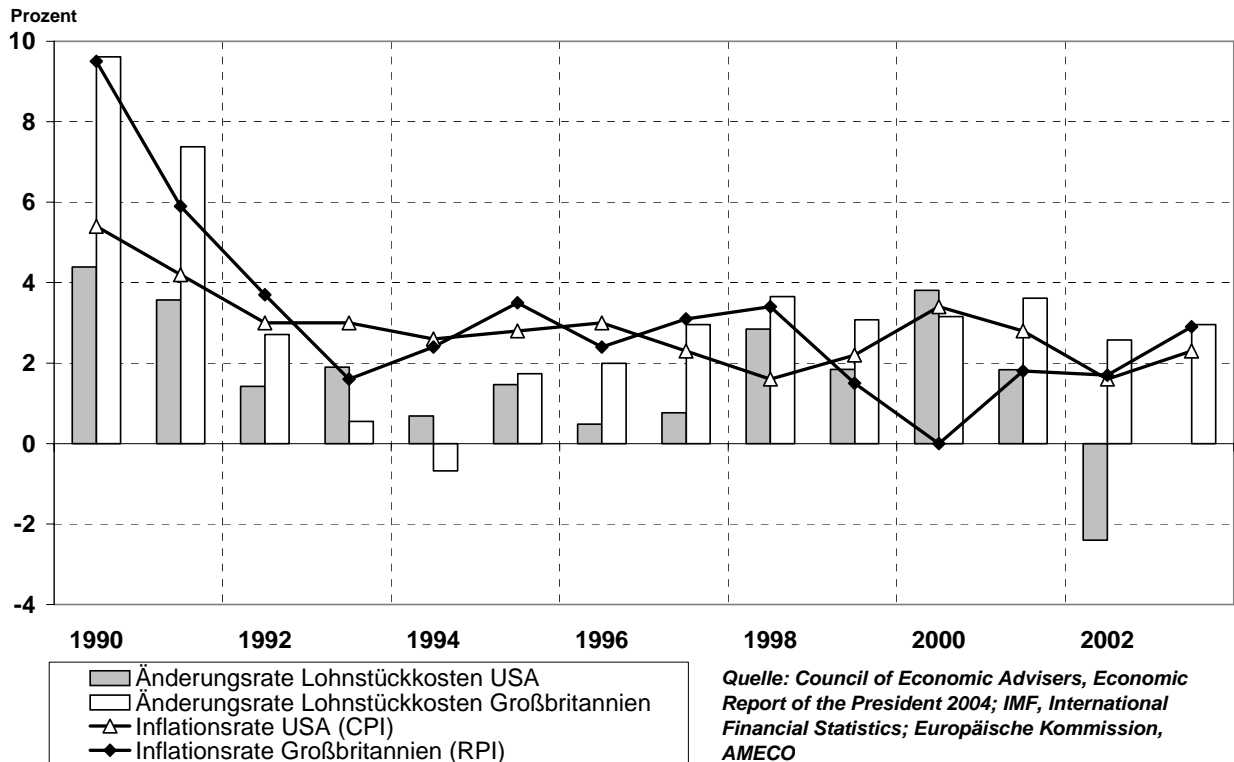
oder gar Lohnsenkung verzichteten, sich positiver entwickelt haben als die anderen.

Wie die Abbildung des weiteren zeigt, setzen sich Veränderungen der Lohnstückkosten nicht exakt, gleichsam 1 zu 1 in Veränderungen des Preisniveaus um. Denn selbstverständlich sind Preisniveauveränderungen in offenen Volkswirtschaften auch aus anderen Gründen möglich. Beispielsweise führen Abwertungen bzw. Aufwertungen zu einem Preisniveauanstieg bzw. einer Senkung der importierten Güter und damit zu einem Inflations- bzw. Deflationsschub. Auch Preisveränderungen relevanter Rohstoffpreise oder die Erhöhung indirekter Steuern haben Effekte auf das Preisniveau. Beispielsweise hätten 1986 und 1987 die Steigerungen der Lohnstückkosten in Deutschland das Preisniveau stärker anheben müssen, aber die damalige gravierende Aufwertung der D-Mark hat diesen Effekt kompensiert. Dessen ungeachtet bleibt – wie die Abbildung zeigt – die Entwicklung der Lohnstückkosten theoretisch wie empirisch für die Preisniveauentwicklung von übergeordneter Bedeutung.

Allerdings sollte sich natürlich eine funktionale Lohnpolitik nicht ausschließlich an der Trendproduktivität orientieren, sondern dafür sorgen, dass auch die Zielinflationsrate der Zentralbank erreicht wird. Denn keine Zentralbank der Welt strebt eine Inflationsrate von Null an (vgl. Bofinger/Reischle/Schächter 1996). Dann nämlich stünde man stets am Rande der Deflation und bereits kleine Preisschocks würden ausreichen, um über den Rand zu rutschen.

Abb. 4: Entwicklung der Lohnstückkosten und des Preisniveaus in Deutschland, USA, Großbritannien und Japan von 1990 bis 2003 Nach Employment in Europe 2004, 10.





Deflationäre Entwicklungen sind für die wirtschaftliche Entwicklung allerdings verhängnisvoll. Sie führen unweigerlich zu Verlusten im Unternehmenssektor, da bei fallenden Umsätzen⁶ ein Teil der Kosten, wie Zinsbelastungen oder Abschreibungen, konstant bleibt. Dies wirkt sich negativ auf die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen aus, so dass aus guten Schuldnern schlechte werden. Dadurch greifen die Krisenprozesse üblicherweise auf die Finanzmärkte über. Erschwerend kommt hinzu, dass in dieser Konstellation die Zentralbank machtlos wird, da selbst ein Refinanzierungszinssatz von Null positive Realzinsen impliziert. Daher gilt, dass eine Lohnpolitik dann funktional ist, wenn die Löhne in etwa im Rahmen der Trendproduktivität plus der Zielinflationsrate steigen. Da es in diesem Fall weder inflationäre noch deflationäre Gefahren gibt, kann die Zentralbank die Vorleistungen der stabilitätsorientierten Lohnpolitik mit niedrigen Zinssätzen belohnen.

⁶ In Deflationen fallen nicht nur die Preise, sondern auch die Verkaufsmengen, da Käufe aufgeschoben werden in der Erwartung, dass „morgen“ alles günstiger sein wird.

Funktionale Geldpolitik

Damit sind wir bei den Funktionalitätsbedingungen der Geldpolitik. Auch hier gibt es keine Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Paradigmen. Wie die obige Tabelle zeigt, geht die Neoklassik davon aus, dass Geld (zumindest längerfristig) neutral ist, also für Investitions- und Konsumentscheidungen letztlich keine Bedeutung hat. Sie kann – wenn überhaupt⁷ – sogenannte Überraschungsinflationen produzieren, um etwa kurzfristig die Beschäftigung zu erhöhen. Da sich spätestens mittelfristig die „natürliche“ Arbeitslosigkeit wieder einstellt, sind Überraschungsinflationen freilich dysfunktional. Daher sollte Geldpolitik regelgebunden betrieben werden (vgl. ausführlich Heine/Herr 2004).

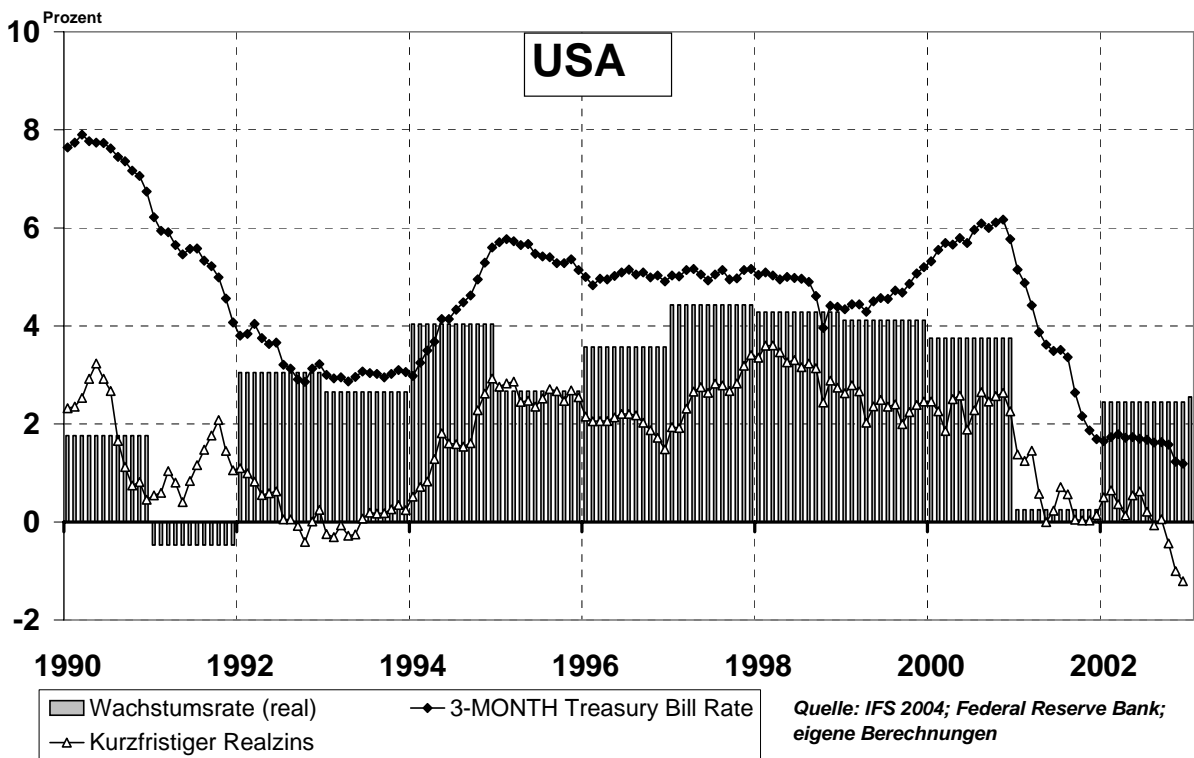
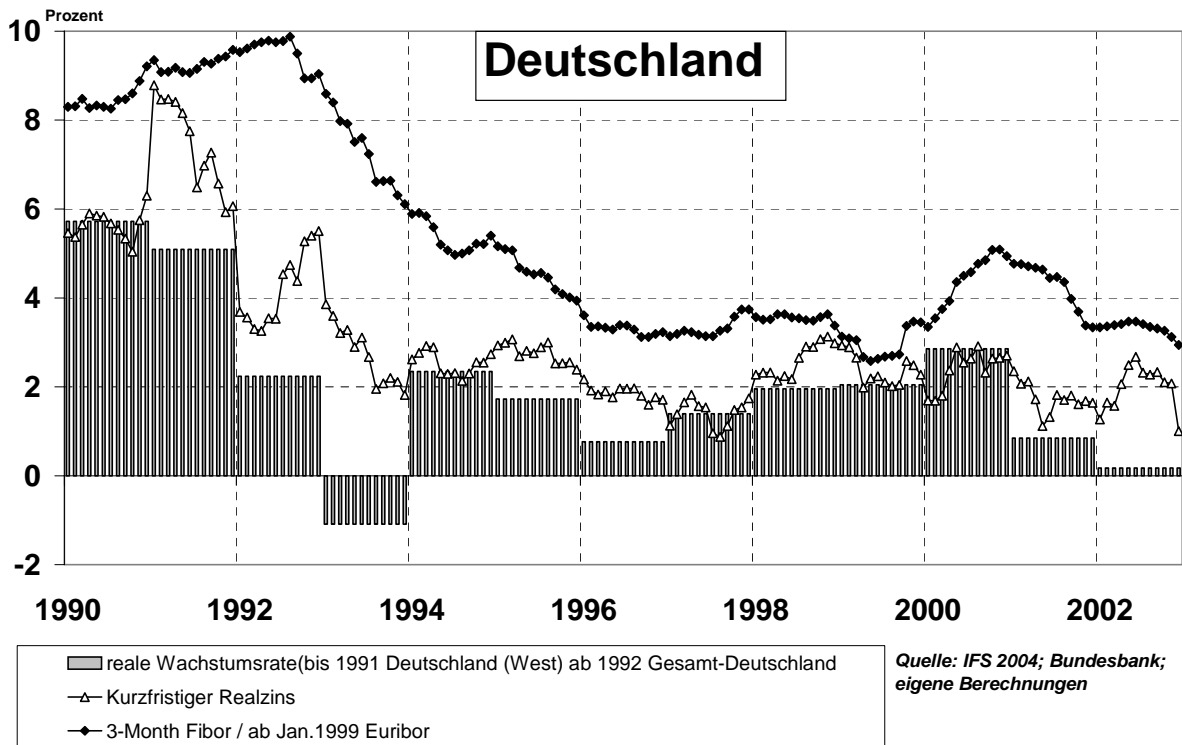
Im vollkommenen Gegensatz zu dieser Geldtheorie verlangen Keynesianer von der Zentralbank gerade keine regelgebundene, sondern eine diskretionäre Geldpoli-

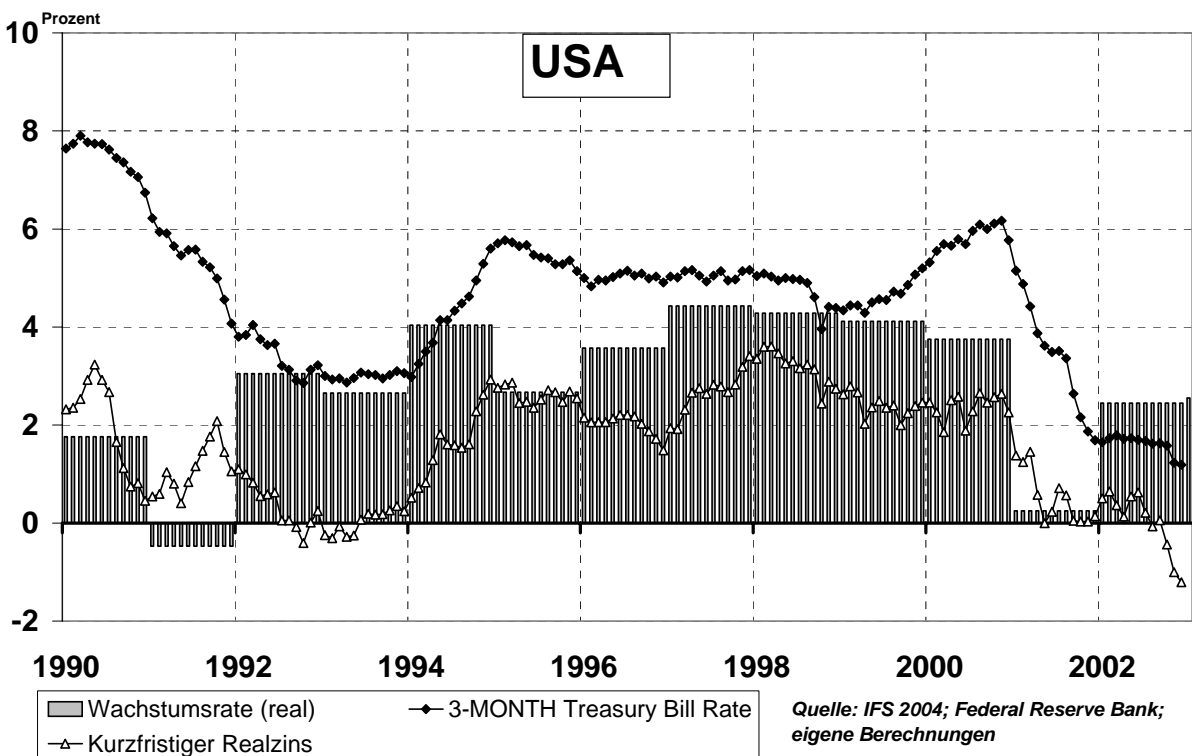
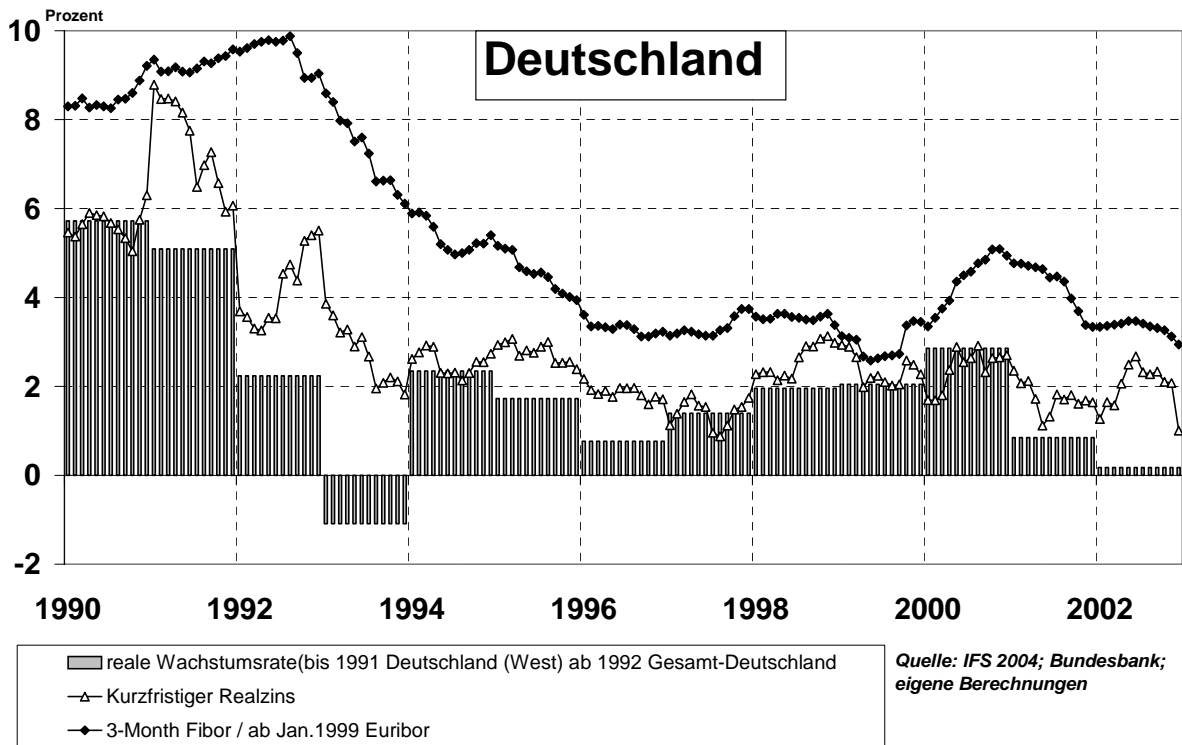
⁷ Die Vertreter der Theorie der „rationalen Erwartungen“, einer besonders rigiden Spielart der Neoklassik, gehen sogar davon aus, dass Geld auch in kurzer Frist neutral ist.

tik, weil Volkswirtschaften permanent durch endogene Krisenprozesse und exogene Schocks beeinträchtigt werden, die

gegebenenfalls geldpolitisch abgedeckt werden sollten.

Abb. 5: BIP-Wachstumsrate und Geldmarktzinssätze von 1990 bis 2003 in Deutschland und den USA





Ähnlich wie bei der Lohnpolitik zeigt auch die praktizierte Geldpolitik deutliche Unterschiede zwischen den ausgewählten Ländern. Um den Rahmen dieses Aufsatzes nicht zu sprengen, sollen die Unterschiede am Beispiel der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank (EZB) einerseits und der US-

amerikanischen (FED) andererseits verdeutlicht werden.

Die Abbildung 5 zeigt, dass die Geldpolitik in Deutschland vor allem Anfang der 1990er Jahre gefordert war. Die Tarifabschlüsse gingen zu dieser Zeit deutlich über die Stabilitätsnorm hinaus und führten zu sprunghaft steigenden Lohnstückkosten. Der Einstieg in eine Lohn-Preis-

Spirale war vollzogen (vgl. Abbildung 4). Also hat die Deutsche Bundesbank die geldpolitischen Zügel schrittweise angezogen. Allerdings schwächte sich bereits im Sommer 1991 die Konjunktur deutlich ab und ab Mitte 1992 kam es dann zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Trotzdem meinte die Deutsche Bundesbank noch im Sommer 1992 den Diskontsatz erhöhen zu müssen. Dies war überzogen und belastete das Wirtschaftswachstum unnötig. Schließlich senkte sie zwar vor allem ab Anfang 1993 ihre Refinanzierungszinssätze, allerdings in kleinen Trippelschritten.

Eine solche Politik ist wenig überzeugend, wenn die Ökonomie bereits in der Rezession steckt. Denn sie erhöht den zeitweiligen Investitions-Attentismus, da potenzielle Investoren zunächst weitere Zinsschritte erwarten und daher ihre Investitionsentscheidungen aufschieben. Zugleich werden sie für ihre abwartende Haltung mit jeder Zinssenkung auch noch belohnt. In solchen Fällen wäre es besser, einen deutlichen Schnitt zu vollziehen, und zu kommunizieren, dass Geld auf absehbare Zeit billiger nicht zu haben sein wird. Zudem entlasten schnelle Zinssatzsenkungen bei Wachstumsschwächen den Cash-Flow von verschuldeten Haushalten und Unternehmen und stabilisieren dadurch die Nachfrage. Schließlich wird der in Krisen typische Fall der Aktien- und Immobilienpreise gebremst, was ebenfalls nachfragestabilisierend wirkt. Bei einer Erhöhung der Zinssätze sind Trippelschritte wiederum vernünftig, um geldpolitische Überreaktionen zu vermeiden und auf „Sicht zu fahren“.

Dieser eher restriktive Bias der Geldpolitik zeigte sich auch bei der EZB. Bekanntlich geriet der Euro kurz nach seiner Einführung unter Abwertungsdruck bei gleichzeitig steigenden Zinssätzen in den USA. Die EZB hat darauf mit einer Anhebung ihrer Refinanzierungszinssätze reagiert. Diese Politik der EZB hat zwar zu einer deutlichen Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem in Deutschland beigetragen, gleichwohl kann nachvollzogen werden, dass ihr die massive Abwertung des Euro nicht gleichgültig bleiben konnte. Ein schwacher Euro und steigende Zinssätze in den USA, die ihren überschäu-

menden Boom abbremsen wollten, ließen der EZB kaum eine andere Wahl, als die Zinssatzdifferenz zu den USA nicht anwachsen zu lassen.

Spätestens im Verlauf des Jahres 2001 hätte die EZB allerdings der Zinssenkungsstrategie der FED gefahrlos folgen können. Vor dem Hintergrund eines nunmehr stabilen Euro gab es keinen erkennbaren Grund, warum die Refinanzierungszinssätze in Euroland höher sein mussten als in den USA. Angesichts der Eurostärke ab 2002 hätte die EZB die Zinsen schneller senken müssen, denn binnenwirtschaftlich gab es keinen Lohndruck und außenwirtschaftlich hätte eine solche Politik für abwertungsbedrohte Länder entlastend gewirkt. Die Preisänderungsrate, die zeitweise über dem ehrgeizigen Inflationsziel der EZB lag, war wesentlich durch eine Erhöhung der Rohstoffpreise bedingt und signalisierte keine inflationären Gefahren.

Die FED hat im Unterschied zur Deutschen Bundesbank beziehungsweise zur EZB eine expansivere Geldpolitik betrieben. Sie hat bei niedriger Inflationsrate und hohem Beschäftigungsstand ab 1992 mehr als zwei Jahre Realzinssätze um Null akzeptiert und so das Wachstum unterstützt. Sie nutzte die Vorleistungen, die vom Arbeitsmarkt in dieser Phase ausgingen, konsequent. Erst ab 1994 zeigten sich Tendenzen zur Inflation, die dann – nach eingehender Beobachtung und Prüfung – mit vorsichtigen Anhebungen der Federal Funds Rate beantwortet wurden.

Nachdem die Inflationsgefahr gedämmt war, wurden die Zinssätze dann wieder schnell gesenkt und trotz hoher Wachstumsraten in der zweiten Hälfte dieser Dekade niedrig gehalten. Erst 1999 wurde die Geldpolitik wieder restriktiver. Als die konjunkturelle Entwicklung schließlich einbrach, wurden die Zinssätze schnell und deutlich gesenkt. Insgesamt verfolgte die FED ab Anfang der 1990er Jahre eine Geldpolitik, die sich an der expansiven Grenze orientierte. Ihre Geldpolitik war im Vergleich zur EZB symmetrisch, da konjunkturelle Schwächen ebenso konsequent bekämpft wurden wie inflationäre Entwicklungen (vgl. Kuzin/Tober 2004).

Vor dem Hintergrund dieser knappen Skizze lässt sich funktionale Geldpolitik so beschreiben, dass die Zentralbanken Stabilitätsvorleistungen der Lohnpolitik konsequent für eine expansive Geldpolitik nutzen und diesen Kurs so lange beibehalten müssen, wie es keine kumulativen Preisniveauehebungen, vor allem keine Lohn-Preis-Spirale, gibt. Bei stetig ansteigenden Inflationsraten sollten die Zinsschritte vorsichtig erfolgen, um ein Übersteuern zu vermeiden.

Allerdings müssen die Realzinsen in diesem Fall steigen. Sobald sich die konjunkturelle Abwärtsbewegung andeutet und die Quelle der inflationären Prozesse verstopft ist, sollten schnelle und deutliche Zinssatzsenkungen durchgeführt werden. Denn wenn die Krise heftig und vielleicht sogar lang anhaltend ausfällt, sind die Möglichkeiten der Zentralbank begrenzt. Bei deflationären Prozessen hat die Zentralbank allemal die expansiv wirkenden Instrumente eingebüßt. Aber auch jenseits dieser Grenze wird es für die Geldpolitik zunehmend schwierig, positive Impulse zu setzen, da das Vertrauen der potenziellen Investoren in die Zukunft mit wachsender Schärfe der Krise typischerweise schwindet.

Funktionale Fiskalpolitik

Während konjunktureller Einbrüche ist auch die Fiskalpolitik gefordert. Allerdings sollte die Fiskalpolitik nicht erst dann antizyklisch ausgerichtet werden, wenn „das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist“.

Bekanntlich kommt es im Kontext krisenhafter Entwicklungen endogen zu Steuermindereinnahmen und partiellen Mehrausgaben, die durch die zusätzlichen Zuschüsse an die Sozialversicherungssysteme etc. anfallen. Daher sind in solchen Phasen (zusätzliche) Budgetdefizite nicht zu vermeiden. Sie sind ein endogenes Resultat von Marktprozessen und sollten nicht durch Ausgabenkürzungen zu begrenzen versucht werden. Geschieht dies doch, dann wird der Wirtschaft zusätzliche Nachfrage entzogen und die Krise verschärft. Das Ziel der Budgetkonsolidierung wird letztlich verfehlt und eine Sparrunde jagt die andere. Dieser Prozess zeigt sich

anschaulich an der haushaltspolitischen Entwicklung Deutschlands seit 2001.

Im Aufschwung sollten bei einer funktionalen Fiskalpolitik die staatlichen Ausgaben vor dem Hintergrund rückläufiger Budgetdefizite oder gar Budgetüberschüsse auch nicht zusätzlich ausgedehnt oder die Steuern gesenkt werden. Hier bietet es sich an, zusätzliche Einnahmen und Minderausgaben für die Haushaltskonsolidierung zu nutzen. Funktionalität bedeutet demnach, dass Regierungen die zyklischen Schwankungen bei den Einnahmen und Ausgaben uneingeschränkt wirken lassen. Zugleich sollten die von der konjunkturellen Entwicklung unabhängigen Ausgaben, also vor allem die öffentlichen Investitionen, verstetigt werden, so dass sie in der Krise nicht abgesenkt und im Aufschwung nicht erhöht werden.

Wie die folgende Grafik zeigt, haben die USA und Großbritannien im Unterschied zu Deutschland eine solche Fiskalpolitik betrieben.

Japans sprunghaft gestiegenen Budgetdefizite spiegeln keine antizyklische Fiskalpolitik wider, sondern sind Ausdruck der Deflation und der damit verbundenen Bankenkrise. Die japanische Fiskalpolitik lässt sich eher mit einer Stop- and Go-Politik beschreiben, die bei kleinsten konjunkturellen Besserungen umgehend restriktiv wurde, um dann mit Fortschreiten der Krise doch wieder zu einer expansiveren Ausrichtung gezwungen zu sein.

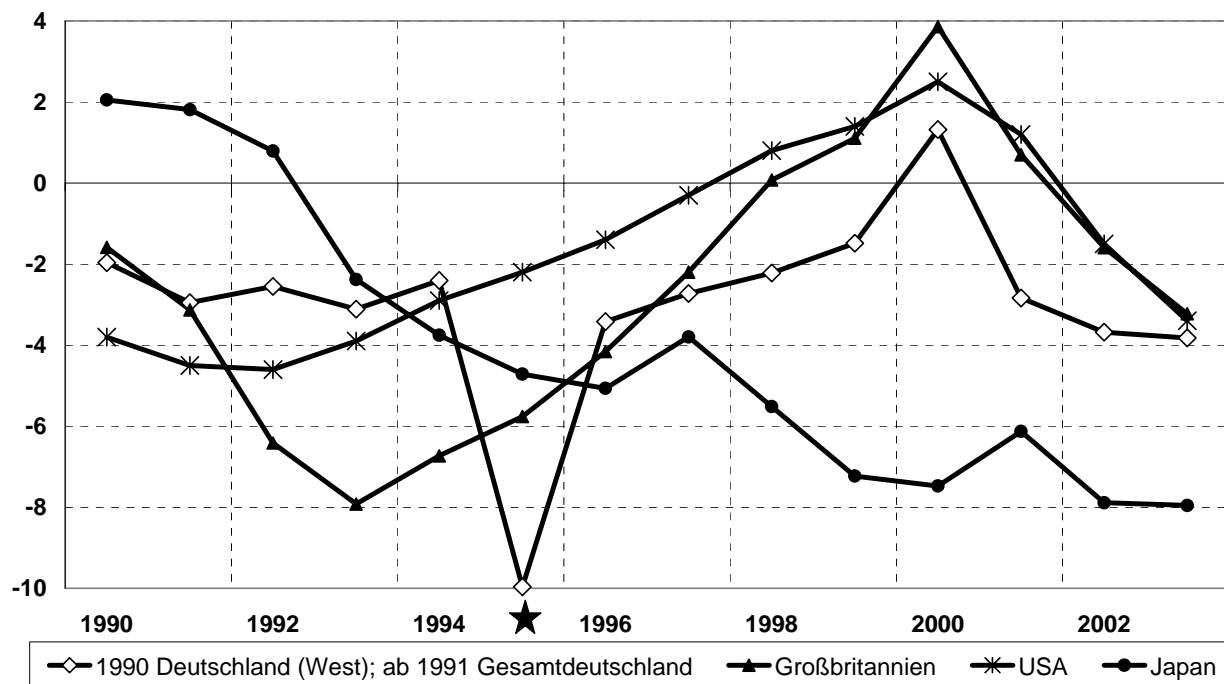
Auch Deutschland hat gegen die Funktionalitätsanforderung von Fiskalpolitik mehrfach verstoßen. Trotz eines starken Wirtschaftsaufschwungs Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre kam es zu einer erheblichen Kreditaufnahme, um die deutsche Vereinigung zu finanzieren. Hier wären Steuererhöhungen ohne Zweifel sinnvoller gewesen. Mit der Krise 1992/93 wechselte dann der Kurs und es kam zu einer restriktiven Fiskalpolitik, nicht zuletzt, um das Maastricht-Kriterium, wonach die jährliche Nettoneuverschuldung nicht mehr als 3 Prozent betragen darf, nicht zu verletzen.

Ab dem Jahre 2000 hat man dann trotz einer mehrjährigen Stagnationsphase versucht, die Nettoneuverschuldung unter 3 Prozent am BIP zu halten, was erwar-

tungsgemäß nicht geklappt hat. Statt dessen haben die hilflosen Sparversuche die

Krise verlängert und die Gefahr der Deflation verschärft.

Abb. 6: Budgetsalden in Deutschland, Großbritannien, Japan und den USA



★ 1995: Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und eines Teils der Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft
 Quelle: Sachverständigenrat; OECD Economic Outlook No. 75 Annex Tables 28.10.2004 Council of Economic Advisers

3. Fazit

Die Ergebnisse sind recht eindeutig. Die Lohnpolitik Deutschlands ab Mitte der 1990er Jahre sowie insbesondere Japans ist den neoklassischen Empfehlungen gefolgt, ohne allerdings die prophezeiten Erfolge zu erzielen. Statt dessen landete Japan in der Deflation und Deutschland an dessen Rand. Die Wachstumsraten lagen im Betrachtungszeitraum deutlich unterhalb jener Länder, die eine Lohnpolitik betrieben haben, die näher an der Stabilitätsnorm lag.

Auch die praktizierte Geldpolitik Deutschlands und Japans war, gemessen an der der USA und Großbritanniens, zu zögerlich und zu asymmetrisch. Die Bank of Japan hat Anfang der 1990er Jahre viel zu lange gezögert, die Zinssätze deutlich zu senken. Als der deflationäre Prozess eingesetzt hatte, waren ihr die Instrumente

zur Stimulierung der Ökonomie aus der Hand geglitten. Auch in Deutschland bzw. in Euroland war die Geldpolitik ab Mitte 1992 und dann wieder ab 2001 zu restriktiv bzw. zu wenig an konjunkturellen Anforderungen orientiert.

Schließlich wurde in Japan und in Deutschland auch eine Fiskalpolitik betrieben, die den Stabilitätsanforderungen nicht genügte.

Unter den Bedingungen hoher und steigender Arbeitslosigkeit wird es für die Lohnpolitik zunehmend schwierig, die Stabilitätsnorm auch einzuhalten. So wird in Deutschland der Flächentarif immer stärker durchlöchert, sei es in der Form betrieblicher „Bündnisse für Arbeit“ oder durch administrierte Lohnsenkungen im öffentlichen Beschäftigungssektor. In diesen Fällen müssen die Geld- und Fiskalpolitik versuchen, erkennbare Fehlentwicklungen zu korrigieren. Als beispielsweise die Lohnabschlüsse in den USA zwischen

1993 und 1996 tendenziell zu niedrig ausfielen, konnte dies durch eine expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpolitik überbrückt werden.⁸ In Deutschland und Japan gab es vergleichbare Versuche nicht. Insofern hat auch die Kooperation der Makrobereiche in diesen Ländern nicht den Anforderungen genügt.

Nach der hier vorgestellten makroökonomischen Analyse ist Deutschland vor allem deshalb in diese katastrophale Beschäftigungsentwicklung geraten, weil sich die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger fast vorbehaltlos am neoklassischen Paradigma orientiert haben. Daher setzt eine Überwindung der Wachstums- und Beschäftigungsschwäche in theoretischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht voraus, dass man sich schnellstens von diesem Paradigma verabschiedet. Will man „Realist“ bleiben, so muss man leider eingestehen, dass zur Zeit allerdings nicht viel auf einen Wechsel hindeutet.

Literatur:

Bofinger, Peter/Reischle, Julian/Schächter, Andrea, 1996: Geldpolitik. Ziele, Institutionen, Strategien und Instrumente, München.

Heine, Michael/Herr, Hansjörg, 2003: Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie. 3. Auflage, München-Wien.

Heine, Michael/Herr, Hansjörg, 2004: Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB, Marburg.

IMF, 2003: Deflation: Determinants, Risks, and Policy Options – Findings of an International Task Force. April, Washington DC.

Kaiser, Cornelia, 2004: Deflation und Arbeitsmarkt in Japan. In: Prokla 134 (34) 1.

Keynes, John Maynard, 1936: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.

Kuhn, Thomas, 1967: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/Main.

Kouzine, Vladimir/Tober, Silke, 2004: Asymmetric Monetary Policy Effects in Germany. DIW Discussion Papers No. 397.

⁸ Hinzu kamen mehrfache Erhöhungen des gesetzlich fixierten Mindestlohnes.

Über konzeptionelle Grundlagen alternativer Wirtschaftspolitik - Thesen

Innerhalb des Spektrums der verschiedenen sozialen Bewegungen ist es heute unstrittig, dass die Enteignungsökonomie des globalen Kapitalismus einer gleichermaßen überzeugenden wie mobilisierenden Gegenperspektive bedarf. Und seit einiger Zeit wird ohne Frage auch auf der Baustelle wirtschaftlicher Alternativen wider Theorie und Politik des Neoliberalismus fleißig gearbeitet – und auf diese Weise der recht weit verbreiteten Ideologie der Alternativlosigkeit zum neoliberalen Projekt konstruktiv begegnet.

Da es nicht *den* Königsweg zu einer alternativen Wirtschaft, nicht *das* einzig und allein inspirierende Konzept für eine alternative Wirtschaftspolitik geben kann und wird, sondern vielmehr *verschiedene* Pfade und Ansätze zur Auswahl stehen und zudem die Suche nach Alternativen auch nicht frei von Gefahren und Ambivalenzen ist (Brand 2004, 109 ff.), bedarf es der diskursiven Verständigung über mögliche Politikmuster, über die zur Verfügung stehenden konzeptionellen Grundlagen von alternativer Wirtschaftspolitik.

Es ist hierbei in Rechnung zu stellen, dass jedwede Alternativen mit emanzipatorischem Gehalt heute nicht ausschließlich in Köpfen oder Zirkeln mehr oder minder kluger linker Ökonominnen und Ökonomen entstehen. Vielmehr werden sie in einem erheblichen Maße aus der politischen Praxis sozialer Bewegungen, aus den ökonomischen und sozialen Kämpfen der von Armut, Enteignung, Ausbeutung und Unterentwicklung betroffenen Menschen geboren. Aus diesem Grund betont etwa auch der mit zahlreichen praktischen Erfahrungen aus Entwicklungsprojekten versehene chilenische Ökonom und Träger des Alternativen Nobelpreises, Manfred Max-Neef, es sei „ein Merkmal der Armen ..., dass sie kolossal kreativ sind“ (2005, 5).

Die nachfolgenden Thesen versuchen nun, einige Aspekte dieser Problematik aufzunehmen.

These 1: Emanzipatorische Kräfte einschließlich der verschiedenen Gruppierungen der Linken werden heute und zukünftig nur dann reale gesellschaftliche Relevanz erlangen und geistig wie politisch hegemoniefähig sein, wenn sie in den essentiellen Fragen von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik plausibel ihre Kompetenz und Gestaltungsfähigkeit nachweisen.

Soll das attraktive globalisierungskritische Leitmotto „Eine andere Welt ist möglich!“ ebenfalls für die Ökonomie Gültigkeit besitzen, etwa im Sinne von „Eine *andere Wirtschaft ist möglich!*“, und soll alternative Wirtschaftspolitik wesentlicher Bestandteil eines umfassenden Projektes gesellschaftlicher Transformation sein – Grundgedanken hat Dieter Klein in seinem hier publizierten Beitrag vorgestellt – dann erwachsen daraus auf jeden Fall zwei Konsequenzen:

Zum einen bedarf es im Kontext der Kämpfe um die weitere Ausrichtung zeitgenössischer Wirtschaftspolitik einer *systematischen Dekonstruktion* der tragenden wirtschaftspolitischen Handlungsmuster des Neoliberalismus, seiner zentralen ökonomischen Leitbilder, Kategorien und Messgrößen.

Zum anderen ist die nachhaltige *Entwicklung von konzeptioneller Gegenmacht* notwendig. Doch dass das „emanzipatorische Lage ist bisher nicht in der Lage, auf die neuen und noch möglichen Entwicklungen (in der Ökonomie - G.K.) mit den entsprechenden Konzepten ... angemessen zu reagieren“ (Wahl 2003, 12). Zweifelsfrei ist allerdings, dass erstens generell „Kämpfe von Bewegungen ... immer auch *Kämpfe um Begriffe*“ sind (Brand 2005, 127) und zweitens es gerade in der Öko-

nomie, in der Wirtschaftspolitik natürlich strategische Begriffe gibt, die es zu „besetzen“ gilt. Mit anderen Worten: den noch dominierenden Denk- und Politikmustern neoliberaler Ökonomie ist substantiell eine *andere Sichtweise* auf die Wirtschaft, ein *anderes Verständnis* von ökonomischer Rationalität und Wirtschaftspolitik, eine *andere Logik* des Wirtschaftens entgegenzustellen. Kurz: Ökonominnen und Ökonomen des linken Spektrums wie der emanzipatorischen Kräfte generell sind nachdrücklich inspiriert, sich engagiert „an der Schaffung eines neuen ökonomischen Paradigmas“ zu beteiligen (Fisher/Ponniiah 2003, 96).

These 2: Mit dem Plädoyer für „Eine andere Wirtschaft ist möglich!“, dem Bekenntnis zu „Die Welt ist keine Ware!“ wird zu Recht in einer emotional ansprechenden Form eine kritische Gegenposition zur neoliberal forcierten globalen Kommodifizierung, d.h. zur Verwandlung der Welt in eine einzige Waren- und Marktgesellschaft formuliert. Doch eine deutliche Formulierung von Kritik und Negation, die Kommunikation über die *Notwendigkeit* wirtschaftlicher Alternativen reicht alleine bei weitem nicht mehr aus. Die geistigen und politischen Aktivisten der Linken sind vielmehr zur substantiellen Arbeit an diesbezüglichen *Inhalten*, an der Verständigung über diese Inhalte auf- und herausgefordert (vgl. auch Steinitz 2005, 10).

Im breiten linken Spektrum sind – wie oben schon angedeutet – in Wirtschaftsfragen Defizite strategischer und gerade auch konzeptioneller Art spürbar (vgl. auch Bischoff 2003, 14 ff.). Dringend notwendig ist eine alternative politische Ökonomie des globalen Kapitalismus. Daher ist Klaus Dräger zuzustimmen, wenn er nüchtern feststellt: „Wie die Konturen der unisono geforderten `anderen Welt` und des `anderen Europa` in Bezug auf eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu zeichnen wären, wie die verschiedenen Teillösungsideen zu einem schlüssigen Ensemble verknüpft werden können, bleibt gegenwärtig eine offene und unbearbeitete Frage“ (2003, 28).

Welche Punkte stehen vor allem auf der Agenda einer solchen alternativen politi-

schen Ökonomie? Erstens geht es um eine systematisch angelegte Analyse sowie Wertung des heutigen Kapitalismus, seiner erkennbaren ökonomischen, sozialen und politischen Hauptprozesse und Kernkonflikte, der historische Tendenzen seiner Akkumulation, der Genesis der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen – das Letzte gerade auch unter dem Aspekt der Rolle von Akteuren gesellschaftlicher Veränderung.

Zweitens geht es aus einer eher langfristigen Perspektive um eine stringente Bestimmung des Übergangs zu einer alternativen ökonomischen Entwicklung sowie des Typs bzw. der Verfassung sowie der Strukturen und Triebkräfte einer alternativen Wirtschaftsordnung. Zugespielt formuliert: Steht eine Variante von Sozialstaats-Kapitalismus, vielleicht eine neue Ordnung des „Dritten Weges“ oder ein mit verschiedenen Beinamen ausgestatteter Sozialismus wie etwa „Markt“-Sozialismus, „Öko“-Sozialismus bzw. „Demokratischer“ Sozialismus oder gar etwas völlig Neues zur Debatte?

Drittens geht es um die Fixierung der ökonomischen Leitidee und Entwicklungslogik, des Rationalitätstyps, der Ziele sowie zentralen Gestaltungsprinzipien von Wirtschaftsalternativen. Stichworte für durchaus recht kontroverse Debatten sind – um hier nur einige Beispiele zu nennen – „Wachstumsökonomie“, „Subsistenzökonomie“, „solidarische Ökonomie“, „Ökonomie des guten Lebens“, „Gerechtigkeitsökonomie“, „Nachhaltigkeitsökonomie“, „Barfußökonomie“ oder „partizipatorische Ökonomie“.

Viertens geht es um die Bestimmung der bevorzugten Steuerungsinstrumente alternativer Wirtschaftspolitik sowie gerade auch der Auswahl der entscheidenden Politikdimensionen: vorzugsweise europäisch, nationalstaatlich, regional oder kommunal. Zur Frage steht dabei gerade auch, ob es vorrangig um eine „Entweder-Oder“-Logik geht bzw. wie tragfähig etwa ein „Sowohl-Als-Auch“-Ansatz ist und worin auch die speziellen Vorzüge und Grenzen des jeweiligen Herangehens und Ansatzes liegen.

Fünftens geht es um die Auswahl jener konzeptionellen Grundlagen, die langfristig

eine realitätstaugliche Zugang zur Bewältigung der anstehenden ökonomischen und sozialen Herausforderungen bieten, also den tragfähigen Rahmen für strategischen Orientierungen in

der Wirtschaftspolitik bilden.

Halten wir in diesem Kontext fest: Es bedarf der inhaltlichen Verständigung auf zwei Ebenen, zum einen auf der konzeptionellen Ebene. Dabei stehen jene zentralen ökonomischen und sozialen Kategorien und Problemlagen im Vordergrund, die im Kampf um eine andere,

gerechtere Ökonomie inhaltlich eine Schlüsselstellung besitzen. Auf dieser eher normativen Ebene werden gewissermaßen die wirtschaftlichen und sozialen Eckpunkte der Alternative fixiert, diesbezüglich tragfähige Wirtschaftskonzepte benannt.

Zum anderen ist da die *politische* Ebene. Hier geht es speziell um die Wege und sogenannten Einstiegsprojekte, um die Handlungsmuster, die praktisch einen Politikwechsel ermöglichen und zu Wirtschaftsalternativen führen. Sam Gindin schrieb hierzu treffend, dass gerade die Frage anzugehen sei, „wie man dorthin gelangen kann“, denn das, was „augenscheinlich fehlt, ist eine alternative *Politik*“ (2004, 9).

Mit anderen Worten: in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Diskurs sind demnach

- a. konzeptionell-strategische Grundlagen alternativen Wirtschaftens zu erarbeiten und
- b. realitätstüchtige Politikangebote zu präsentieren, die zwingend die Interessen und die Imagination der Menschen ansprechen.

These 3: Kontrastierend zur neoliberalen ökonomischen Modellwelt des „homo oeconomicus“ gehen linke Ökonominen und Ökonomen davon aus, dass ökonomische Interessen und Konflikte, das Handeln von Wirtschaftssubjekten und die jeweiligen Politikmuster eine gesellschaftliche Dimension aufweisen, sozial gebunden sind. Im Sinne von Marx` politischer Ökonomie bzw. einer „kontextuellen Ökonomie“ (Bü-

scher 2004, 9 ff.) sind wirtschaftliche Alternativen, die Anlage und Ausrichtung alternativer Wirtschaftspolitik nicht außerhalb eines bestimmten Gesellschaftsverständnisses und Menschenbildes zu denken, zu entwickeln und wirksam zu machen.

Was heißt das in diesem Zusammenhang? Zwei Aspekte verdienen hier unsere besondere Aufmerksamkeit. *Erstens* bedingen die Divergenz der historischen, politischen, sozialen und kulturellen Kontexte von Wirtschaft und Gesellschaft, die Dynamik ökonomischer und sozialer Prozesse und Strukturen sowie natürlich auch die plurale Verfassung der emanzipatorischen Akteure, dass es nicht das *eine* Patentrezept für wirkungsvolle alternative Wirtschaftspolitik gibt. Und *zweitens* rücken die in der Debatte befindlichen, teils auch bereits begangenen Pfade zu einer anderen Wirtschaft sowie die konzeptionellen Ansätze für alternative Wirtschaftspolitik zunächst ein Problem in den Fokus: Es bedarf – wie oben bereits angedeutet – belastbarer Antworten auf die Frage nach dem Typ, dem Wesen, dem Leitbild der künftigen Gesellschaft. Gefragt ist demnach „das Aufspannen eines alternativen normativen Rahmens“ (von Braumühl 2004, 122). Hierzu sind etwa im „Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung“ zahlreiche anregende Überlegungen entwickelt worden, einschließlich von Vorstellungen, was jedem Menschen seinen Wert und seine Würde gibt (Klein 2003). Doch natürlich finden sich spannende, den Diskurs befördernde Gedanken auch in einer Reihe von in jüngerer Zeit veröffentlichter Schriften, so etwa bei Michael Albert (2003), Helen Wainwright (2003), Walden Bello (2002), Ulrich Duchrow/Franz Josef Hinkelammert (2004) Alex Callinicos (2004), Frithjof Bergmann (2004), Pat Devine (2002), Herman Daly (1996) oder Christian Zeller (2004).

Wirtschaftsfragen sind vor allem Fragen von materiellen Interessen und sozialen Werten. Daher besitzen die Art und Weise alternativen Wirtschaftens, eine diesbezügliche Wirtschaftspolitik im hohen Maße normativen Charakter. Sie hängen – wie oben bemerkt – entscheidend von den Aussagen über Ziele und Maßstäbe der anvisierten „anderen Welt“ ab. Wenn nun

der von emanzipatorischen Kräften vertretene Leitgedanke „Die Welt ist keine Ware!“ oder die von Ulrich Duchrow und Franz Josef Hinkelammert explizit begründete Auffassung „Leben ist mehr als Kapital“ (2002, 186) schlüssig sind – und daran gibt es für mich keinen Zweifel –, schließt das unter strategischem Aspekt auch ein, dass sich Fragen von Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und Bedürfnissen, Reichtum und Armut, Geld und Finanzen, Sparen und Investitionen, Sozialstaat und Haushalt nur im Kontext einer grundlegenden Debatte über angestrebte Lebens- und Gesellschaftsformen schlüssig behandeln lassen – etwa im Sinne des Leitmotivs „Anders wirtschaften, anders leben!“ Erst auf derartigen Grundlagen, die einen breiteren Diskurs über alternatives Wirtschaften ermöglichen, können schließlich die im Konsens erarbeiteten Gemeinsamkeiten von Wirtschaftsalternativen auch gesellschaftlich verankert werden.

These 4: *Die vor den Linken stehende Herausforderung, wirklich schlüssige Konzepte ihrer alternativen Wirtschaftspolitik zu entwickeln und zu präsentieren, sie insbesondere in die praktische Gestaltung der Ökonomie einzubringen, liefert einen wichtigen Beitrag dazu „to put a notion of democratic and egalitarian alternatives to today's capitalism back on the political agenda“ (Panitch 1996, 1). Von besonderer Bedeutung ist hierbei, in einer Art Such- und Lernprozess strategische Eckpunkte oder Leitlinien für die Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften sowie der Ökonomie der EU zu fixieren und aus der Perspektive der Wirtschaftspolitik aufzubereiten.*

Was ist unter solchen strategischen Eckpunkten zu verstehen? Nach meinem Verständnis handelt es sich hierbei um gesellschaftliche Standards und Normen, um Ziele und auch Methoden, die

- a. *mit dem Label „Wirtschaftsalternativen“ unmittelbar verbunden und gewissermaßen als unverzichtbar betrachtet werden,*
- b. *einem wirklich breiten gesellschaftlichen Interesse entsprechen bzw. von diesem stabil und langfristig getragen werden,*

- c. *akteursseitig mit dem sukzessiven Zurückdrängen von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, einer immer umfassenderen Ökonomisierung der Gesellschaft, weiterer Marktsteuerung, Privatisierung und Kommodifizierung verbunden sind,*
- d. *auf den Ausbau von Beschäftigung und Binnennachfrage, von Teilhabe- bzw. Beteiligungsrechten, die stärkere Verankerung von Strukturen der Wirtschaftsdemokratie und Prinzipien der Gemeinwohlpflichtigkeit sowie umfassende Einbeziehung von Öffentlichkeit verknüpft werden können.*

These 5: Die politische Realität linker Kräfte ist heute u. a. dadurch gekennzeichnet, dass es in ihrem Spektrum – gemessen an den Herausforderungen der Gegenwart sowie ungeachtet von bereits unternommenen Anstrengungen und erzielten Fortschritten – an einem systematisch und inhaltlich angelegten Verständigungsprozess über Eckpunkte von Wirtschaftsalternativen mangelt. Dies ist gerade deshalb so problematisch, weil über diese Eckpunkte wesentlich der normative Handlungsrahmen für soziale Kräfte und Bewegungen sowie für die Anlage der Strategien ökonomischer und politischer Akteure gesetzt wird.

Zunächst: Es ist unstrittig, dass es ein recht großes Angebot diesbezüglicher Vorschläge gibt. Nur wenige Beispiele sind hier zu nennen. So hatte sich unlängst – als ein erstes Beispiel – die bundesdeutsche Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem Memorandum von 2003 explizit zu folgenden „Eckpunkten“ bekannt:

- „die Zukunft der Arbeit und einen neuen Typ der Vollbeschäftigung,
- die soziale Sicherheit,
- die soziale Gerechtigkeit,
- die ökologische Nachhaltigkeit,
- den Abbau regionaler Disparitäten,
- die Verringerung der Nord-Süd-Ungleichheit,
- die politische und wirtschaftliche Demokratie,

- den Frieden und die globale Sicherheit“ (Arbeitsgruppe 2003, S. 51).

Als zweites Beispiel sei Alex Callinicos angeführt. In seinem „Plädoyer für einen revolutionären Sozialismus“ wie auch in seiner jüngsten Schrift „Ein Anti-Kapitalistisches Manifest“ spricht er von „vier grundlegenden Werten“ für Wirtschaft und Gesellschaft. Diese sind: „Gerechtigkeit, Effizienz, Demokratie und Nachhaltigkeit“ (Callinicos 2004, 22). Er betont zudem, dass die zu entwickelnde alternative soziale Logik vor allem „eine nicht marktgebundene Alternative zum Kapitalismus“ sein müsse (Ebenda, 23). Das dritte Beispiel ist Michael Albert, der in seiner viel gelesenen Arbeit „Parecon“ die fünf Pfeiler einer alternativen Wirtschaftsordnung insbesondere mit den Begriffen „Gerechtigkeit, Solidarität, Vielfalt, Selbstmanagement und ökologische Balance“ (2003, 9) charakterisiert. Schließlich soll als viertes Beispiel Rudolf Hickel dienen. Als einer der Gründungsväter und aktiven Protagonisten der „Memorandum-Gruppe“ beantwortet er die Frage „Was ist linke Wirtschaftspolitik heute?“ wie folgt: Es handelt sich hierbei vor allem um eine „fundierte Reformpolitik für Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit“, in deren „Mittelpunkt die Demokratisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse steht“ (2003a, 58 u. 59).

Unabhängig davon, wie die einzelnen Autoren ihre angebotenen Eckpunkte jeweils inhaltlich definieren, stellen sich folgende Fragen:

- *Kann und soll es überhaupt innerhalb des emanzipatorischen Spektrums einen weitgehend auf Konsens beruhenden Kanon von Eckpunkten für Wirtschaftsalternativen geben oder sollen darüber stets die Akteure „vor Ort“ – was immer darunter zu verstehen ist: die europäische, nationale, regionale oder kommunale Ebene – entscheiden?*
- *Nach welchen Prinzipien könnte und sollte eigentlich die Fixierung dieser Eckpunkte erfolgen?*
- Kann und soll es eine Art von Hierarchie innerhalb dieser Eckpunkte geben und wenn ja,

auf welche Weise und nach welchen Kriterien sind sie zu ermitteln?

- Wie ist es zu deuten, dass in keiner der angeführten Quellen (wie im übrigen auch anderswo) der Versuch unternommen wird, die Eckpunkte ökonomisch operationalisierbar zu machen?
- Können und sollen diese Eckpunkte unmittelbar an „harte“ ökonomische Messgrößen gebunden werden oder werden sie eher „weich“ definiert. Und wenn sie „hart“ untersetzt sein sollen, welche ökonomischen Daten bzw. Messgrößen werden dann als Maßstab ausgewählt?
- Können und sollen diese Eckpunkte mehr anzustrebende gesellschaftliche „Werte“ zum

Ausdruck bringen oder sind sie auf der Ebene von Zielgrößen der Makroökonomie angesiedelt? Oder sollten sie vielleicht wesentlich stärker als eine Kombination von makroökonomischen Größen und Indikatoren sozialökonomischer Entwicklung (Reichtums- und Armutsberichterstattung, nationale wie internationale Indizes wie etwa Wohlfahrts-Index, Human Development Index, Index of Sustainable Economic Welfare) gesehen werden?

These 6: Von grundsätzlicher Bedeutung für den Kampf der Linken um die Entwicklung und Durchsetzung wirtschaftlicher Alternativen sind deren konzeptionelle Grundlagen und Prägungen. Strategisches Gewicht besitzt hierbei die keineswegs bereits überall akzeptierte Erfahrung und Erkenntnis, dass heute nicht mehr ausschließlich eine ökonomische Großtheorie alleine in der Lage ist, allen Anforderungen wirtschaftspolitischer Gestaltung zu entsprechen. Vielmehr ist über ein Mix verschiedener Theoriekonzepte bzw. ökonomischer Ansätze die notwendige praktische Wirksamkeit sowie die politische Belastbarkeit und gestalterische Elastizität herzustellen bzw. zu gewährleisten.

Es ist primär die Komplexität und Dynamik der ökonomischen und sozialen Verhältnisse und Prozesse, die Vielfalt der Aufgaben und Wege, die differenzierte Lage

der unterschiedlichen Wirtschaftssubjekte und sozialen Akteure sowie die Vielfalt gesellschaftlicher Kontexte, die kaum mit nur einem Theoriekonzept abzubilden sind, das zugleich für jede Konstellation und Gruppe adäquate Handlungskonzepte parat hält. Auf diesem Hintergrund halte ich es auch für problematisch, bei der alternativen Ökonomie – wie etwa bei Luise Gubitzer zu finden – von „einem neuen Paradigma“ zu sprechen (1993, 129).

Die substantielle Herausforderung für linke Ökonominnen und Ökonomen besteht doch vor allem darin, im Zuge der konzeptionellen Profilierung von Alternativen

erstens stringent die für ihr Anliegen, ihre Ziele und Strategien passenden oder brauchbaren Bestandteile der einzelnen Konzepte (Theoreme und Methoden) zu bestimmen;

zweitens die für eine wirksame Wirtschaftspolitik notwendige richtige Mixtur herzustellen, wobei die angemessene Dosis der einzelnen Konzepte zu finden ist;

drittens geistig offen zu sein für die Rezeption von Theorieinnovationen, für die Erkenntnisse und Angebote aus unterschiedlichen Theorietraditionen und

viertens praktikable Kriterien zur Auswahl entsprechender ökonomischer Konzepte zu verwenden.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, welches könnten zum Beispiel solche Kriterien sein? Als mögliche Stichworte sind etwa zu nennen:

- empirische Überprüfbarkeit ökonomischer Aussagen,
- die Arbeit mit gesellschaftlichen Kontexten wider die Idealwelt der Modelle,
- Orientierung auf ein menschliches Grundrecht, das umfassende soziale Sicherung und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum gewährleistet,
- Anstöße zur Generierung und Verteilung von Arbeit, die allen Menschen Einkommen für ein selbst bestimmtes Leben ermöglicht,
- Sensibilität für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter,

- Präferenzen für ökonomische Interessen gesellschaftlicher Mehrheiten,
- Beiträge zur Anatomie von Marktversagen sowie der Ursachen ökonomischer und sozialer Disparitäten,
- Problematisierung von Strategien, die auf die radikale Privatisierung öffentlicher Leistungen und der sozialen Daseinsvorsorge setzen,
- Angebote zur Stärkung nachhaltigen Wirtschaftens,
- Inspirationen zur Demokratisierung der Wirtschaft,
- Anregungen zur Überwindung der Konflikte und Unterschiede zwischen den verschiedenen „Welten“.

These 7: Ökonominnen und Ökonomen des emanzipatorischen Lagers steht bei der konzeptionellen Ausrichtung ihrer alternativen Wirtschaftspolitik, bei der Begründung einer alternativen ökonomischen Entwicklungslogik ein recht umfangreiches, sehr heterogenes Angebot theoretischer Konzepte zur Verfügung.

Diese Angebot reicht – um nur wenige zu nennen – von Konzepten der sich auf K. Marx` politische Ökonomie gründenden Wirtschaftstheorie, über die mit der ökonomischen Lehre von J. M. Keynes` verbundenen Ansätze, über Postulate der von R. Boyer, M. Aglietta und A. Lipietz geprägten Regulationsschule, Ausarbeitungen der Unterentwicklungs- und Dependenztheorie bis hin zu gehaltvollen Reflexionen des auf Th. Veblen zurückgehenden Institutionalismus sowie der evolutorischen Ökonomie. Weiterhin kann auf wichtige Produkte aus dem Umfeld der Ecological wie der Gender Economics, aus dem Bereich der Befreiungstheologie und christlichen Soziallehren sowie auf verschiedene Konzepte von Sustainable Development verwiesen werden (vgl. Krause 2002, 783 ff.).

Insofern geht es konzeptionell um erheblich *mehr* als nur „Marx im Herzen und Keynes im Kopf“ zu haben (Hickel 2003a, 64). Attraktive linke Wirtschaftstheorie und alternative Wirtschaftspolitik sind in meinem Verständnis umfassender begründet, sie schöpfen eben nicht nur „aus den bei-

den Strömungen, dem Marxismus und Keynesianismus“ (Ebenda).

These 8: Eine Analyse des „Stoffes“ der verschiedenen konzeptionellen Grundlagen für alternative Wirtschaftspolitik fördert die Erkenntnis zutage, dass es – ungeachtet aller unterschiedlicher Diktionen sowie divergenter Gegenstände – im Kern stets um eine Reihe relativ stabil bleibender ökonomischer Problemlagen und Aspekte geht.

Natürlich schließt sich hier sofort die Frage an, um welche es sich nun handelt? Im Zentrum des Interesses und der Konzeptbildung befinden sich vor allem die allgemeinen Ziele und Triebkräfte jeglichen Wirtschaftens, die Rolle, Generierung und Verteilung von Arbeit in der Gesellschaft, überhaupt die Perspektiven der sogenannten Arbeitsgesellschaft, die vielgestaltige Eigentumsfrage, die Stellung von Markt, Geld und Plan, die Art und Weise wirtschaftlicher wie sozialer Regulation, die historische Rolle der Warenproduktion, das facettenreiche Thema von Verteilung und Gerechtigkeit, die Stellung und Funktion von Klassen, sozialen Gruppen und Geschlechtern in der Wirtschaft, ihre Teilhabe am produzierten gesellschaftlichen Reichtum. Ebenso werden der Umgang mit den Ressourcen der Natur, die Hierarchien in der Wirtschaft bzw. im Arbeitsprozess, die jeweiligen Spezifika und Effekte der Bereitstellung von Gütern und Leistungen über private Arrangements bzw. öffentliche Anbieter, die Rolle des Staates in der Ökonomie sowie Grenzen und beschränkte Relevanz zeitgenössischer Schulökonomie (insbesondere in ihrer neoliberalen Ausprägung) konzeptionell aufgearbeitet.

These 9: Angesichts der zentralen Konfliktlinien des zeitgenössischen Kapitalismus, der damit unmittelbar verbundenen Herausforderungen an eine alternative Wirtschaftspolitik verlangen insbesondere aus der Perspektive der Makroökonomie eine Reihe von Problemstellungen eine produktive konzeptionelle Durchdringung und Aufbereitung.

Einen nachhaltigen Einsatz konzeptioneller Ressourcen aus dem Arsenal des ökonomischen

Wissens bedürfen vor allem die Probleme von Stagnation, Wachstum und Beschäftigung, Arbeit und Einkommen, Nachfrage und Wachstum, Wachstumstyp und Nachhaltigkeit bei der Verwendung von Faktoren bzw. Ressourcen, Gerechtigkeit und Verteilung, Wirtschaft, Demokratie und Teilhabe/Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern, monetäre bzw. finanzielle Stabilität und gleichgewichtige Wirtschaft, öffentliche Daseinsvorsorge und die Arrangements ihrer Sicherung.

Für strategische Projekte und Optionen einer alternativer Wirtschaftspolitik mit mittlerer Reichweite, die insbesondere auf den Problemkreis Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Nachfrage gerichtet sind, erweisen sich gerade verschiedene neuere konzeptionelle Ansätze des Keynesianismus wie etwa „Wachstumskeynesianismus“, „Eurokeynesianismus“, oder „qualitativer Keynesianismus“ als eine diskutabile Grundlage. Karl Georg Zinn hat etwa „Anzeichen für einen erneuten Paradigmenwechsel zugunsten des beschäftigungspolitischen Interventionismus à la Keynes“ ausgemacht (2005, 13). Nicht zufällig ist daher insbesondere auf diesem Gebiet ein engagierter Diskurs zu registrieren, in dem zugleich real existente Probleme und Ambivalenzen einer stark keynesianisch geprägten Wirtschaftspolitik thematisiert werden (vgl. Zinn 2003, 56 ff., Hickel 2003b, 34 ff., Schmidt 1997 u. 2003, 83 ff., Reuter 2000, Stratmann-Mertens 2004, 37 ff., Sauer 2004, 53 ff., George 2001, Huffs Schmid 2003, 72 ff., Schoeller 2003, 141 ff., Deutschmann 2003, 291 ff. u. 2004, 155 ff., Rotte 2004, 3 ff.). Hierbei verdient insbesondere Beachtung, dass zunehmend keynesianische Konzepte nicht nur unter dem Blickwinkel von Wachstums- und Beschäftigungspolitik sowie einer mehr kurzfristig angelegten antizyklischen Steuerung zu sehen sind, sondern dass insbesondere auch der Keynes der „langen Frist“, Stichworte: Stagnation bzw. Sättigung in modernen Volkswirtschaften, Relevanz besitzt.

In den Fragen einer auf Armutsbeseitigung, soziale Gerechtigkeit und vor allem nach-

haltiges Wirtschaften orientierten alternativen Wirtschaftspolitik bieten sich zu einer stärkeren Rezeption Konzepte an, die eine Gleichgewichtsökonomie mit moderatem oder ohne Wachstum thematisieren. In diesem Kontext erlangt der insbesondere von Herman Daly entwickelte Ansatz einer steady-state-economy verstärkte Relevanz (1996).

Bedeutend mehr Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die in jüngerer Zeit verstärkt debattierten und vor allem auch praktizierten Konzepte einer solidarischen Ökonomie. Besonders in Lateinamerika, doch auch in einigen Ländern Europas stehen diese wirtschafts- wie gesellschaftskonzeptionell angelegten Projekte für einen Versuch kollektiver Gegenwehr gegenüber den Praktiken und Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik. Unter Aufnahme von Ideen und Traditionen gemeinschaftlichen sowie genossen-

schaftlichen Wirtschaftens und Lebens werden ökonomische Projekte bzw. wirtschaftliche Aktivitäten in einen sozial und kulturell gewachsenen Zusammenhang gestellt, besonders auf ein lokales bzw. regionales Umfeld orientiert und jenseits von rigider Verwertungsökonomie stark an den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet. Als konzeptionelle Grundlagen einer alternativen Wirtschaftspolitik in Sachen Gerechtigkeit und Verteilung, Demokratisierung der Wirtschaft und Partizipation/Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen zu ökonomischer und sozialer Entwicklung bieten sich zudem Ansätze wie die etwa von Michael Albert nachhaltig in die Debatte eingebrachte „participatory economics“ sowie von Helen Wainwright in ihrem Schrift „Reclaiming the State“ vertretenen Positionen (Albert 2003, Wainwright 2003) an.

Literatur

Albert, Michael, 2003: Parecon. Life after Capitalism, London-New York.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2003: Memorandum 2003. Krise im Schatten des Krieges – Mehr Steuern für mehr Beschäftigung statt Abbruch des Sozialstaates, Köln.

Bello, Walden, 2002: Deglobalization. Ideas for a New World Economy, London-New York.

Bergmann, Frithjof, 2004: Neue Arbeit. Neue Kultur, Freiamt im Schwarzwald.

Bischoff, Joachim, 2003: Entfesselter Kapitalismus. Transformation des europäischen Sozialmodells, Hamburg.

Brand, Ulrich 2005: Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg.

Brand, Ulrich, 2004: Alternativen und Ambivalenzen. Von der Gefahr, Alternativen zu sehr von oben zu denken. In: Adelheid Biesecker et al. (Hrsg.), Alternative

Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun, Hamburg.

Braunmühl von, Carola, 2004: Wie werden alternative politische Ideen praktisch? In: Adelheid Biesecker et al. (Hrsg.), Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun. Hamburg.

Büscher, Martin, 2004: Kontextuelle Ökonomie: Erweiterung von Kategorien des Wirtschaftens für eine andere Wirtschaft. In: Adelheid Biesecker et al. (Hrsg.), Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun, Hamburg.

Callinicos, Alex, 2004: Ein Anti-Kapitalistisches Manifest, Hamburg.

Daly, Herman, 1996: Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development, Boston.

Devine, Pat (Ed.), 2002: Building socialism theoretically. Alternatives to capitalism and the invisible hand. In Science and Society 66.1 (Special Issue).

- Deutschmann, Christoph, 2003: Ende und Wiederkehr des Keynesianismus – Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik. In: Leviathan 3. , S. 291-302.
- Deutschmann, Christoph, 2004: Gibt es eine Alternative zur keynesianischen Finanzpolitik? Eine Antwort auf Ralph Rotte. In Leviathan 2.
- Dräger, Klaus, 2003: Die alternative europäische Linke und die „Wiedergeburt Europas“. In: SoZ. Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis, 5.
- Duchrow, Ulrich/Hinkelammert, Franz Josef, 2003: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Oberursel.
- Fisher, William F./Poniah, Thomas (Eds.), 2003: Another World Is Possible, Novia Scotia-Capetown-London-New York.
- Gindin, Sam, 2004: Antikapitalismus und soziale Gerechtigkeit. In: SoZ. Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis 6, Mai.
- George, Susan, 2001: Clusters of Crisis and a Planetary Contract. Budapest 18. October. <http://www.tni.org/george>.
- Gubitzer, Luise, 1993: Alternative Ökonomie. Ein neues Paradigma in der Ökonomie. In: W. Berger/A. Pellert (Hrsg.), Der verlorene Glanz der Ökonomie. Kritik und Orientierung, Wien.
- Hickel, Rudolf, 2003a: Was ist linke Wirtschaftspolitik heute? Eine fundierte Reformpolitik für Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit. In: Joachim Bischoff/Klaus Steinitz (Hrsg.), Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven, Hamburg.
- Hickel, Rudolf, 2003b: Die keynessche Botschaft. In: Herbert Schui/Holger Paetow (Hrsg.), Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt, Hamburg.
- Huffschmid, Jörg, 2003: Eurokeynesianismus als Alternative zum kontraproduktiven Policy-Mix in der EU. In: Herbert Schui/Holger Paetow (Hrsg.), Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt, Hamburg.
- Klein, Dieter (Hrsg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit, Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 38, Berlin.
- Krause, Günter, 2002: Die Geschichte der ökonomischen Theorien zwischen Mainstream und Alternative. In: UTOPIEKreativ 143, September.
- Max-Neef, Manfred, 2005: “Die Armen sind kolossal kreativ“. Das taz-Gespräch. Drei Alternative Nobelpreisträger: Der Kapitalismus bricht zusammen. In: Die Tageszeitung vom 12./13. März.
- Panitch, Leo, 1996: Preface. In: Leo Panitch (Ed.), Are There Alternatives? Socialist Register.
- Reuter, Norbert, 2000: Ökonomik der „langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen der Industriegesellschaften, Marburg.
- Rotte, Ralph, 2004: Keynesianismus zwischen Kapitalismuskritik und Staatsgläubigkeit - eine Kritik an Christoph Deutschmann. In: Leviathan 1.
- Sauer, Thomas, 2004: Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und Und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen. In: Adelheid Biesecker et al. (Hrsg.), Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun, Hamburg.
- Schmidt, Ingo, 1997: Gewerkschaften und Keynesianismus, Münster 1997.
- Schmidt, Ingo, 2003: Keynesianismus und Wirtschaftspolitik. Über Japan nach Weimar? In: Joachim Bischoff/Klaus Steinitz (Hrsg.), Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven. Hamburg.

- Schoeller, Wolfgang, 2003: Globalisierung und Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. In: Herbert Schui/Holger Paetow (Hrsg.), Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt, Hamburg 2003.
- Steinitz, Klaus, 2005: Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute, Hamburg.
- Stratmann-Mertens, Eckhard, 2004: Entglobalisierung – Abschied vom Wachstum. Kritik der neo-keynesianischen Globalisierung. In: Adelheid Biesecker et al. (Hrsg.), Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun, Hamburg.
- Wahl, Peter, 2003: So viel Wechsel war nie! Plädoyer für eine grundlegende Strategiedebatte im emanzipatorischen Lager. In: Sozialismus 30, Heft 6.
- Wainwright, Helen, 2003: Reclaiming the State, London.
- Zeller, Christian (Hrsg.), 2004: Die globale Enteignungsökonomie, Münster.
- Zinn, Karl Georg, 2003: Welche Zukunft hat das Wirtschaftswachstum? Quantitative und qualitative Aspekte der Nachhaltigkeit. In: Herbert Schui/Holger Paetow (Hrsg.), Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt, Hamburg.
- Zinn, Karl Georg, 2005: Europa im Siechtum. Die Ideologie einer gescheiterten Politik blockiert Alternativen. In: Sozialismus 32, Heft 1.

Paul Samuelson rüttelt an einem Dogma – Die Relevanz für eine alternative Ökonomie

In der Bundesrepublik gilt der Export als Wachstumsmotor. Damit er diese Rolle weiterhin und noch stärker spielen kann, fordern die Chefs der Wirtschaftsverbände, Vertreter der neoliberalen Ökonomenzunft und die schwarz-gelbe Opposition Lohnkostensenkung, Arbeitszeitverlängerung und Reduzierung von Sozialstandards. So soll unter den Globalisierungsbedingungen der Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver werden.

Dass auf diese Weise die stagnierende Binnennachfrage nicht in Gang kommt, Beschäftigung sogar ab- statt aufgebaut wird, ist vor allem den DAX-Unternehmen recht gleichgültig. Sie erzielen ihre Gewinne im Ausland und dort investieren sie auch. Unternehmen fragen nicht, ob boomende Gewinne aus dem internationalen Austausch sich auch sozial und ökologisch wohlstandssteigernd für die Gesellschaft als Ganzes auswirken. Auch der statistisch ausgewiesene „Außenbeitrag“ zum BIP-Zuwachs ist dafür kein brauchbarer Indikator.

Ein Nachdenken über Alternativen zur herrschenden neoliberalen Wirtschaftspolitik muss daher die Prüfung einschließen, inwieweit die vornehmlich an einzelwirtschaftlichen Exportinteressen der „Global Player“ ausgerichteten staatlichen Rahmenbedingungen zu gemeinwohlorientierten Effekten führen oder aber mit ihnen in Konflikt geraten. Nicht alles, was aus Unternehmenssicht an Außenhandelsgeschäften rationell ist, ist das auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive.

Diese Problematik interessiert nicht nur in linken Kreisen, die bereits seit längerem den „Export als Droge“ thematisieren (u.a. Reuter 1996, Afheldt 2003, 129 ff.). Kritik am Globalisierungsfetischismus und an prononciert exportzentrierter Politik kommt selbst von namhaften nichtmarxistischen Ökonomen. So schockte zum Beispiel der 89-jährige US-amerikanische Nobelpreisträger Paul A. Samuelson im Herbst 2004 die neoliberale Gelehrtenwelt mit einer an

einem Dogma rüttelnden These: Es sei eine Illusion anzunehmen, Globalisierung, ungehemmter Freihandel und Verlagerung von Produktionen sowie Dienstleistungen in Entwicklungs- und Schwellenländer – das sogenannte Outsourcing – brächten den Industriestaaten als Hochlohnländer stets Vorteile.

Der wohl bekannteste Wirtschaftswissenschaftler der Welt belegt am Beispiel der USA, dass internationaler Handel unter bestimmten Bedingungen gesamtwirtschaftlich sogar nachteilig sein kann. So bezweifelt er, dass die Verlagerung von Dienstleistungen nach Indien oder der Bezug billiger Güter aus China den US-Amerikanern Vorteile bringt, wenn zugleich die Einkommen geringer qualifizierter Arbeiter durch die ausländische Konkurrenz fallen. Samuelson ist überzeugt, dass man wohl etwa Lebensmittel bei Billigketten billiger einkaufen könne, doch das würde notwendigerweise nicht ausreichen, um die Lohnverluste auszugleichen (2004, 135 ff.).

Der Nobelpreisträger argumentiert, wenn China seine Produktivität in der Herstellung bestimmter technologischer Güter spürbar steigern, könnten die Vereinigten Staaten ihre traditionellen komparativen Vorteile bei der Produktion dieser Güter einbüßen. So verschlechterten sich die internationalen Tauschverhältnisse – die Terms of Trade – zuungunsten der USA. Die Folge ist, dass die Gewinne aus dem internationalen Handel womöglich nicht mehr ausreichen, um die Einkommensverluste mancher US-Amerikaner auszugleichen. Was Samuelson hier zu bedenken gibt, ist nicht nur ein Problem der USA, sondern z. B. auch der entwickelten Länder Europas. Für die Bundesrepublik Deutschland fällt auf, dass der Index der Ausführungspreise zwischen 1995 und 2002 von 100 auf 105,3 anstieg, der Index der Einfuhrpreise im gleichen Zeitraum aber von 100 auf 109,3. Rechnet man die Preise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse

heraus, stieg er immerhin noch auf 108,2. Die Terms of Trade hatten sich also verschlechtert. Bemerkenswert ist auch, dass der Index der Einfuhrpreise für Güter aus Entwicklungs- und Transformationsländern rascher wuchs als für Güter aus EU-Ländern. Das hat nicht nur mit dem Preisanstieg für Rohstoffe zu tun, sondern auch mit einem gewachsenen Anteil von Technologiegütern am Import aus dieser Region.

Anders als manche seiner entsetzten Kritiker kann ich in der These des Grandseigneurs der ökonomischen Wissenschaft kein Plädoyer für Protektionismus oder Autarkie erkennen. Sie ist auch nicht als Panikmache vor einer chinesischen oder indischen „Gefahr“ zu denunzieren. Er macht vielmehr darauf aufmerksam, dass der reiche Norden unter den Bedingungen der Globalisierung die Monopolgewinne verlieren wird, die er früher aus der Herstellung von Hochtechnologie-Gütern für den Süden ziehen konnte. Solche Gewinne auch künftig zu erzielen, ist angesichts von Produktivitätsschüben in Schwellen- und auch Transformationsländern kein Automatismus. Wie aktuell die Voraussagen bereits sind, zeigt folgende Tatsache: China führte 2004 mehr Waren aus als der Nachbar Japan und ist hinter Deutschland und den USA zum weltweit drittgrößten Exporteur aufgestiegen. Vor einem Jahrzehnt noch war das Reich der Mitte eine recht unbedeutende Handelsnation. Auch der Exportweltmeister Deutschland und der „Vize“ USA müssen mit starker Konkurrenz rechnen. In einer prestigeträchtigen Schlüsselindustrie und einer deutschen Hauptexportbranche – der Autoproduktion – will China Deutschland spätestens 2005 überflügeln.

Samuelsons These ist dazu angetan, das bald zweihundert Jahre alte, nach dem englischen Klassiker David Ricardo benannte Theorem von den komparativen Kostenvorteilen (1817/1979) an den Gegebenheiten der Gegenwart zu überprüfen. Nach Ricardo bringt der freie Austausch von Gütern und Dienstleistungen über Grenzen hinweg netto allen beteiligten Ländern stets einen Nutzen, weil sie sich auf die Produktion der Güter spezialisieren können, bei der ihre Produktivität höher als die anderer Länder ist. Sie tauschen

diese gegen Produkte, auf deren Herstellung sie verzichten, weil sie anderweitig günstiger beschafft werden können. Selbst Länder, die über die gesamte Produktpalette produktiver sind als andere, können gewinnen, wenn sie sich auf die Herstellung jener Erzeugnisse spezialisieren, bei denen ihr Produktivitätsabstand gegenüber anderen am größten ist und diese Güter gegen jene tauschen, von deren Erzeugung sie im Interesse von Skaleneffekten absehen.

Warum ist es angezeigt, dieses klassische Theorem zu hinterfragen, das Generationen von Ökonomen wie ein Bibelsatz eingehämmert worden ist (Sarkar 2002)? Die Antwort: Ricardo beschrieb ebenso wie Adam Smith einen historischen Ausschnitt der Weltwirtschaft, die Weltwirtschaft seiner Tage. Doch längst sind kardinale Veränderungen eingetreten.

Erstens unterstellt Ricardo, dass alle Beteiligten gleichberechtigt und freiwillig am Austausch teilnehmen und nur durch fairen Handel Vorteile erzielen wollen. Nicht berücksichtigen konnte er die Möglichkeit und leider auch historische Realität, dass mächtige Staaten wie die USA, vor allem aber transnationale Konzerne, die Märkte wirtschaftlich schwächerer Länder mit ökonomischen, mitunter auch militärischen Mitteln erobern bzw. kontrollieren, um dann die jeweiligen Naturschätze und Humanressourcen plündern zu können. Angesichts der Bedeutung von Nahrungsmittelsicherheit und der Tatsache, dass z.B. Getreidelieferungen als politische Waffe, als Erpressungsmittel eingesetzt werden können, ist ein Mindestmass an Selbstversorgung bei Grundnahrungsmitteln für alle Länder bzw. Integrationsgemeinschaften angezeigt. Die Annahme der Theorie, im Handel spiele Politik keine Rolle, ist längst unzutreffend. Politisch motivierte Embargos, Boykotts, Präferenzen und andere Maßnahmen im internationalen Handel bezeugen das.

Zweitens geht die Theorie von reibungslos funktionierenden Volkswirtschaften aus, in denen sich Preise und Löhne schnell der Marktlage anpassen und in denen es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben kann. Sie unterstellt die Vollausslastung von Arbeitskräftepotentialen, Produktionskapazitäten und Geldressourcen. Diese

Annahmen sind durch die kapitalistische Praxis jedoch nicht gedeckt. Ein konjunkturelles Auf und Ab sowie eine verfestigte Arbeitslosigkeit gehören zum Alltag. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit kann es gesamtwirtschaftlich rational sein, durch entsprechende staatliche Rahmensezung Arbeitsplätze auch in Branchen zu erhalten bzw. zu schaffen, in denen das Land einen komparativen Nachteil hat (z. B. Obst- und Gemüseanbau), so mehr Menschen die Möglichkeit selbst bestimmten Lebens zu geben und die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit – von 1997 bis 2003 jährlich zwischen 70 und 83 Mrd. Euro – zu reduzieren.

Drittens gibt es heute längst keine Garantie mehr, dass die Arbeitslosen der Branchen, die wegen komparativer Nachteile aufgegeben werden, in Bereichen Arbeit finden, die wegen ihres komparativen Vorteils florieren. Das war aber eine Grundannahme Ricardos.

Viertens spielen in dem klassischen Theorem Transportkosten keine Rolle. Mit steigenden Energiepreisen wird es jedoch vom versorgungs- und sicherheitspolitischen sowie vom ökonomischen Standpunkt aus rational, energieintensive lebenswichtige Güter mit Ressourcen des eigenen Landes oder regionaler, auch grenzüberschreitender Wirtschaftsverbände zu produzieren.

Fünftens ging Ricardo von der internationalen Immobilität des Kapitals bei hoher Mobilität der Güter aus. Er sprach von der Schwierigkeit, die das Kapital bei der Suche nach profitableren Investitionsmöglichkeiten hat, sich von einem Land ins andere zu bewegen. In der heutigen Welt aber kann das Kapital ungehindert über die nationalen Grenzen fließen. Arbeitskräfte dürfen oder wollen das in den meisten Fällen nicht. Der freie Fluss von Kapital hat zur Folge, dass Investitionen durch absolute Rentabilität entschieden werden und nicht durch den komparativen Vorteil.

Ich fasse Paul A. Samuelsons Einwurf als eine Warnung vor den Folgen spontanen, vom einzelwirtschaftlichen Nutzen bestimmten Herangehens an die weltweite Arbeitsteilung und den internationalen Austausch auf. Er wirbt für eine gesamtwirtschaftliche Sicht. Die sozialen und öko-

logischen Konsequenzen gewinnmaximierenden unternehmerischen Handelns wie Freisetzung von Arbeitskräften, Druck auf die Löhne mit negativen Effekten für die Binnenkaufkraft, Unterlaufen von sozialen Mindeststandards oder Umweltschäden durch lange Transportwege müssen in die Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Nutzens des internationalen Austauschs eingehen.

Selbst wenn die Terms of Trade positiv sind, können sie von Kosten bzw. Verlusten auf anderen Gebieten überlagert werden – so etwa von Unterstützungsaufwendungen für Arbeitslose und arbeitende Arme, für öffentliche Investitionen in eine vorrangig Außenhandelszwecken dienende Infrastruktur oder für den Umweltschutz wie Kosten für die Beseitigung der Meeresverschmutzung durch Öltanker und Frachtschiffe oder der Luftverschmutzung durch Flugverkehr. Es muss um eine Internalisierung solcher außenhandelsbedingten sozialen und ökologischen Kosten gehen und damit um die Verhinderung eines globalen Wettbewerbs zur Senkung von Arbeits- und Umweltstandards. So wie sich das Bruttoinlandsprodukt insgesamt als Wohlstandsindikator unzureichend eignet, muss auch der statistisch ausgewiesene Außenbeitrag einer genaueren Prüfung unterzogen werden, wenn es um die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effektivität des internationalen Austausches geht.

Man kann Samuelsons jüngste spektakuläre Wortmeldung auch als eine Warnung vor einer Vernachlässigung regionaler Wirtschaftskreisläufe und überhaupt des Binnenmarktes verstehen, für den in Deutschland zum Beispiel immerhin 80 Prozent der Beschäftigten tätig sind. Steuerbegünstigung für einbehaltene Gewinne wäre ein Stimulus für mittelständische Betriebe, Forschung, Entwicklung, Produktion und Ausbildung im Inland auszuweiten, statt in anderen Ländern zu investieren bzw. auf Finanzmärkten zu spekulieren. Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen nicht dem weltweiten Wettbewerb geöffnet werden, gerade um damit Dumpingpraktiken zu Lasten einheimischer Beschäftigter zu vermeiden. Lohnarbeitsintensives Handwerk und Gewerbe könnte vor ausländischer Billigkonkurrenz leichter beste-

hen und die Insolvenzanfälligkeit reduzieren, wenn der Mehrwertsteuersatz auf erbrachte Leistungen abgesenkt würde. Aufhebung der Steuerbefreiung für Kerosin würde etwa Obst und Gemüse aus Eigenanbau konkurrenzfähiger machen gegenüber dem aus entferntesten Ländern eingeflogenen Angebot. Generell sind Subventionen für den Güterfernverkehr kontraproduktiv. Sie machen Ferne zu Lasten regionalen Wirtschaftens künstlich nah. Öffentlich geförderte Unternehmen müssten zur Rückzahlung der Mittel verpflichtet werden, wenn sie ihre Produktion ins Ausland verlagern. Solche wie die genannten Maßnahmen wären für das Gemeinwesen von Nutzen.

Der US-amerikanische Ökonom legt aber auch den Finger darauf, dass die Industrieländer nicht mehr wie in der Vergangenheit von der technologischen Rückständigkeit der Länder der dritten Welt und des Ostens profitieren können. Auch lassen sich Vorteile aus dem internationalen Handel künftig nicht einfach via Lohnkonkurrenz oder Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und dergleichen sichern. Die Industrieländer müssen in Schul- und Berufsausbildung, in Forschung und Entwicklung, in Wissenschaft, Kultur und soziale Infrastruktur investieren, um beim Export aus technologischem Vorsprung und Innovationen einen ökonomischen Vorteil zu ziehen. Gerade auf diesem Gebiet aber ist Deutschland – wie die jüngsten Pisa-Studien nachdrücklich belegten – in den vergangenen Jahren zurückgefallen.

Die Maximierung gesamtwirtschaftlicher Effekte des internationalen Austausches lässt sich in der Marktwirtschaft nicht dek-

retieren, Rüstungsgüter ausgenommen nicht mit Export- oder

Importverboten herbeiführen. Aber ohnmächtig muss die Politik sich dennoch nicht geben. Ob Afheldts Idee einer „Aufteilung des Weltmarktes in großregionale Märkte“, um „für die unterschiedlichen Volkswirtschaften dieser Erde genau passende Regeln aufzustellen“ (2003, 189/190), ein brauchbarer Weg wäre, muss weiter debattiert werden. Er spielt auch bei Attac-Anhängern eine Rolle (Attac-Memorandum 2004, 23). Es geht nicht um Wiederbelebung von Protektionismus, nicht um Abkopplung von internationalen Märkten oder Autarkiestreben. Es geht vielmehr darum, das einzelwirtschaftliche Streben nach höchstmöglicher Kapitalverwertung mittels internationalem Austausch dort zu begrenzen, wo es zu gesamtwirtschaftlichen Einbußen kommt. „Freihandel ist als eine Form friedlichen, gleichberechtigten Austausches zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter Wirtschaft, frei von staatlicher und gesellschaftlicher Verantwortung für die Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Märkte brauchen national und international einen demokratisch fundierten Rahmen, der lenkt und erhält“ (Ebenda, 10/11). Die Fähigkeit zur Erhöhung des heimischen Lebensstandards hat nur bedingt etwas mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Selbst für eine offene Volkswirtschaft wie Deutschland haben inländische Bestimmungsfaktoren eine größere Bedeutung als Exporterfolge.

Literatur:

- Attac Memorandum 2004: Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung. Positionen in Attac Deutschland. Dritter Entwurf, September.
- Afheldt, Horst, 2003: Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft, München.
- Reuter, Norbert, 1996: Die Fixierung auf den Export verurteilt zum Sozialabbau. In: Die Zeit vom 08.11., S. 30.
- Ricardo, David, 1817: On the Principles of Political Economy and Taxation, London. (Deutsche Ausgabe: Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung. Herausgegeben von Gerhard Bondi, Berlin 1979.)
- Samuelson, Paul A., 2004: Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 18:3, Summer.
- Sakar, Saral, 2002: Warum der Keynesianismus scheiterte – Kann er wiederbelebt werden? Vortragsmanuskript, geschrieben im April, Köln.

III. Alternative Wirtschaftspolitik und zentrale strategische Projekte

Harald Wolf

Alternative Wirtschaftspolitik als praktische Politik

Rahmenkoordinaten lokaler und regionaler Wirtschaftspolitik

Mit dem Thema „Alternative Wirtschaftspolitik als praktische Politik“ kommen ich von der globalen auf die lokale und regionale Ebene, und das am Beispiel Berlin. Dabei sind die lokalen und regionalen Handlungsspielräume begrenzt von nationalstaatlichen und EU-weiten Rahmenbedingungen. Auf der EU-Ebene sind es vor allem das Wettbewerbsrecht, die Vergaberichtlinie, die Beihilfe-Richtlinie und die Förderpolitik, die wirtschaftspolitisches Handeln auf der lokalen und regionalen Ebene beachten muss. Wenn die sehr umstrittene, massiv kritisierte und nun von der EU erst einmal zurückgezogene Dienstleistungs-Richtlinie, die sogenannte Bolkestein-Richtlinie, kommt, würde auch sie die lokale und regionale Wirtschaftspolitik stark beeinflussen.

Die öffentliche Förderung von Unternehmen zum Beispiel zur Arbeitsplatzhaltung unterliegt strengen Regeln der EU. Mit den EU-Dienstleistungs-Richtlinien (siehe das Beispiel der „Bolkestein-Richtlinie“) beginnt ein EU-weiter Umbau der öffentlichen Unternehmen und damit der Art und Weise, wie eine für alle Mitglieder der Gesellschaft verfügbare öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet werden kann.

Auf der nationalstaatlichen Ebene ist es vor allem die Steuerpolitik, die enge Grenzen setzt: die Bundesländer haben kaum Möglichkeiten, über eigene Gesetzgebung und Maßnahmen die staatlichen Einnahmen zu erhöhen. Über die Steuerpolitik

wird ganz überwiegend auf Bundesebene entschieden.

Die wirtschaftliche Ausgangssituation Berlins nach der deutschen Vereinigung

Mit der deutschen Vereinigung wurden in Berlin zwei hochsubventionierte Städte und Wirtschaftsräume zusammengefügt.

In Westberlin sind spätestens nach dem Bau der Mauer im Jahre 1961 die Zentren großer Industrieunternehmen wie etwa Siemens abgewandert. Übrig blieben verlängerte Werkbänke, die mit öffentlichen Mitteln stark subventioniert wurden. Der öffentliche Dienst, damals wichtigster Arbeitgeber, ist als Beschäftigungsmaßnahme künstlich aufgebläht worden. Das ging nur mit der Hilfe von Bundesmitteln. Außerdem flossen hohe Summen öffentlicher Gelder in den Wohnungsbau, der eine zentrale Säule der Wirtschaft Westberlins darstellte.

Auch Ostberlin ist als Hauptstadt der DDR hoch subventioniert worden.

Nach der Vereinigung ist das ganze Subventionssystem zusammengebrochen: Die Berlin-Subventionen sind von Anfang bis Mitte der 90er Jahre massiv heruntergefahren worden. Im Westteil der Stadt führte das dazu, dass die industrielle Produktion noch mal stark zurückging. In Ostberlin haben die Industrieunternehmen mit der Währungsunion und der damit verbundenen Aufwertung der Mark ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren. Dazu kam, dass die Treuhandanstalt eine Strategie fuhr, die DDR-Unternehmen gezielt zu-

gunsten westdeutscher Betriebe zu verdrängen. Das Resultat war eine weitgehende Deindustrialisierung Ostberlins.

Berlin hat in den 90er Jahren etwa 50 Prozent der industriellen Arbeitsplätze verloren. Das Bruttoinlandsprodukt und die Zahl der Erwerbstätigen ist seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich abgesunken. Heute ist fast jeder Fünfte arbeitslos.

Die Große Koalition in Berlin setzte nach der Vereinigung auf rasches Wachstum und einen schnellen Wandel der Stadt zur Dienstleistungs-Metropole mit mehr als fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und spekulierte dabei vor allem auf exogene Faktoren. Das hat vor allem die Entwicklung von spekulativem Immobilienkapital angeheizt, sehr begünstigt von günstigen Abschreibungsbedingungen der Bundesregierung für den Aufbau Ost.

Die hohen Erwartungen und der gleichzeitige Abbau von Subventionen für Berlin passten jedoch nicht zusammen. Die Folgen sind bekannt:

- Das Land Berlin hat sich in den 90er Jahren exponentiell wachsend verschuldet. Berlin hat jetzt rund 60 Mrd. Euro Schulden bei einem Haushaltsvolumen von rund 20 Mrd. Euro.
- Die Orientierung und Forcierung der spekulativen Entwicklung über Immobilienkapital findet seinen sicht- und fassbaren Ausdruck in der Berliner Bankgesellschaft. Sie ist in den 90er Jahren aus dem Zusammenschluss mehrerer landeseigener Banken hervorgegangen.

Die Bankgesellschaft Berlin verlegte sich vor allem auf das Geschäft mit Immobilienfonds. Da diese mit hohen Garantien für die Anleger versehen waren, sammelte sie vor allem spekulatives Kapital.

- Mit dem Zusammenbruch dieser Spekulationsblase kam es im Jahre 2001 zur größten Bankenkrise in der Geschichte der Bundesrepublik.
- Eine der Folgen war die Abwahl der Großen Koalition, Neuwahlen und die erste Bildung eines rot-roten Senats aus SPD und PDS in Berlin. Dessen Ziel ist es nun, eine neue Wirtschafts-

und Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln und das heißt vor allem auch: Abschied von der Subventionswirtschaft.

Ende für die Wohnungsbauanschluss-Förderung

Eine der zwar öffentlich umstrittensten, aber wirksamsten Maßnahmen war, dass die rot-rote Landesregierung im Jahre 2003 einen ganz spezifischen Kanal der Subvention der Immobilienwirtschaft geschlossen hat, durch den Milliardenbeträge an öffentlichen Mitteln in Immobilienfonds geflossen sind.

Unter der Flagge „Sozialer Wohnungsbau“ hat das Land Berlin über mehrere Jahrzehnte Immobilienunternehmen, Investoren und Spekulanten hoch subventioniert, indem das Land auf die Mietzahlungen der Mieterinnen und Mieter noch einmal monatlich acht bis 15 Euro pro Quadratmeter drauflegte. Die Nutznießer dieses Systems sind also nicht etwa die Mieterinnen und Mieter, sondern vor allem diverse Akteure des Berliner Baufilzes und Fondszeichnerinnen und Fondszeichner, die in den vergangenen Jahren damit Spitzenrenditen und Steuerabschreibungen realisieren konnten. Aus diesem System ist Berlin auf Betreiben der PDS und Teilen der SPD nun ausgestiegen.

Reduzierung der Ausgaben, Haushaltskonsolidierung, Einschnitte in den traditionellen wirtschaftspolitischen Filz, Neugestaltung staatlicher Tätigkeit bei einer deutlich veränderten Lage am Wohnungsmarkt und ein sozialer Ausgleich für die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen wurden miteinander verbunden und damit einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltsentlastung geleistet. Mittlerweile konnten auch bei der Sanierung der Berliner Bankgesellschaft erste Fortschritte erzielt werden.

Mittelstandsförderung

Zu diesem Komplex gehört insbesondere, dass die Investitionsbank Berlin (IBB) – nach der Verständigung der EU-Kommission mit der Bundesrepublik – aus der Berliner Bankgesellschaft herausgelöst wurde. Das hatte zum Ziel, eine *echte* Förderbank zu bilden, die gezielt kleine und mittlere Unternehmen unterstützt.

Diese sind nämlich prägend für die Berliner Wirtschaft. Doch leiden sie häufig unter Kapitalmangel und werden von der Mehrzahl der Geschäftsbanken nicht ausreichend finanziert, weil sie ihre Gewinnmargen in diesem Sektor für zu gering halten. In diese Lücke wird die IBB einspringen.

Für den oben geschilderten Zweck wurde die IBB mit wirksamen Instrumenten ausgestattet. Dazu zählen u.a.:

- der Venture Capital Fonds. Ziel des VC Fonds Berlin ist die Beteiligung an jungen Berliner Technologieunternehmen mit Wachstumspotenzial, die in den Schwerpunkt- und Schlüsseltechnologiefeldern Berlins tätig sind,
- die Liquiditäts- und Konsolidierungsfonds für kleine und mittlere Unternehmen,
- Mikrokredite.

Zur Zeit denken wir in der Landeregierung auch darüber nach, einen Betriebsrätefonds einzurichten. Der soll es Betriebsräten ermöglichen, ihr Unternehmen unabhängig von der Unternehmensführung untersuchen zu lassen, um sowohl drohende wirtschaftliche Probleme als auch Entwicklungspotentiale frühzeitig zu erkennen.

Angesichts der historisch bedingten Strukturschwäche der Berliner Wirtschaft, vor allem der Industrie, müssen wir uns aus wirtschaftspolitischer Optik an jenen Sektoren orientieren, die eng mit Wissenschaft und Forschung zusammenhängen. Dazu gehört insbesondere, wissensbasierte Industrien gezielt zu fördern, um aus dem in Berlin konzentrierten hohen Wissenschaftspotential wirklich spürbaren Nutzen zu ziehen für neue Produktionen und Beschäftigung.

Ausbau der Gesundheitswirtschaft

Bei dem Versuch, auf diesen Feldern Wachstum und Beschäftigung zu gerieren, ist zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Leitprinzip dabei ist, eine gute und sozial gerechte Versorgung der Patientinnen und Patienten zu organisieren.

Mit den „Vivantes“-Kliniken, die über 5000 Krankenhausbetten, 1800 Pflegeplätzen und 12.000 Beschäftigten verfügen, haben wir das größte Krankenhausunternehmen Deutschlands. Das Universitäts-Klinikum Charité mit 3500 Betten und 15.000 Beschäftigten erbringt weltweit anerkannte Spitzenleistungen in Forschung und Lehre. Diese beiden Unternehmen gilt es zu profilieren und weiter zu entwickeln. Die Charité hat das Potenzial zur umfassenden Systemkompetenz für die Gesundheitswirtschaft der Region. Eine komplementäre Entwicklung beider Unternehmen im Sinne einer Konzernstrategie gewährleistet optimalen Nutzen für Berlin.

Besonders zukunftssträftig ist die disziplin- und sektorenübergreifende Zusammenarbeit, zum Beispiel die Zusammenführung von Biotechnologie und Informatik zur Bioinformatik, die Zusammenführung von Medizin, Telekommunikation und Informatik zur Telemedizin, die Nutzung betriebswirtschaftlicher Kompetenzen für Gesundheitsmanagement und Prozessoptimierungen und die produktive Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Versorgung, zum Beispiel durch entsprechende Technologie-Parks.

Damit hat das Land Berlin gute Voraussetzungen, ein attraktiver Gesundheitsstandort zu werden, denn die Nachfrage nach Gesundheitsversorgung und Leistungen im sogenannten Wellness-Sektor weitesten Sinne nimmt zu – dies gerade auch, weil die Gesellschaft aus demographischer Perspektive älter wird.

Entwicklung der Region

Ein weiteres wichtiges Thema ist für die Berliner Wirtschaftspolitik die Wiederentdeckung der Region. Berlin war aufgrund der historischen Entwicklung sowie der europäischen Teilung von der Region isoliert. Diese Teilung hat früher existente und funktionierende Wirtschaftsräume und Wirtschaftsachsen zerschnitten. Sie sind bedeutungslos geworden. Jetzt versuchen wir in der Landesregierung darauf zu orientieren, möglichst enge und stabile wirtschaftliche Verflechtungsstrukturen in der Region von Berlin und Brandenburg zu entwickeln. Doch dabei bleiben wir nicht stehen. Begünstigt durch die EU-Ost-

Erweiterung begreifen wir die Region östlich der Oder als einen Wirtschaftsraum und wollen grenzübergreifende Kooperationen entwickeln.

Leistungsfähige öffentliche Unternehmen

In Berlin existiert traditionell eine große Anzahl öffentlicher Unternehmen. Diese Unternehmen sind von ihren Strukturen wie von ihrer Effizienz her noch immer von Subventionswirtschaft geprägt. Zielsetzung ist es, diese Unternehmen leistungsfähig und effizient zu machen, damit sie auch unter den Bedingungen europäischer Wettbewerbsliberalisierung existenzfähig sind und sich gegen private Unternehmen behaupten können. Deshalb wird auch daran gearbeitet, dass diese öffentlichen Unternehmen transparent sind in ihren Kostenstrukturen und ihren Leistungen. Dazu gehört im öffentlichen Interesse eine effektive und auch für das Parlament nachvollziehbare Beteiligungskontrolle.

Streitpunkt Tarifvertrag

Eine Herausforderung stellte die Diskussion über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst dar. Die rot-rote Landesregierung war und ist in der Situation, die Personalkosten im Öffentlichen Dienst reduzieren zu müssen. Deshalb wurde der Vorschlag gemacht, solidarisch umzuteilen. Das bedeutet, beim Flächentarifvertrag wurde geblieben und sozial gestaffelt nach den Tarifklassen wurden Bestandteile von Einkommen und Arbeitszeit miteinander getauscht. Das ist – vom Standpunkt wirtschaftspolitischer Alternativen betrachtet – eine völlig andere Strategie als die jetzt in der Bundesrepublik dominierende. Denn zur Zeit verlangen die meisten Arbeitgeber, private wie öffentliche, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden.

Die von einem Ansatz keynesianischer Wirtschaftspolitik aus formulierte Kritik, mit dem Berliner Tarifvertrag verbundenen Einnahmeverluste der Beschäftigten seien keine Maßnahme zur Nachfragestärkung, ist berechtigt. Aber auch keynesianische Ausgabenpolitik muss sich an den Ressourcen, die der Staat hat, orientieren.

Und im übrigen ist keynesianische Politik nicht einfach isoliert in einer Stadt, quasi als gallisches Dorf möglich, weil die Nachfrageeffekte, die man auslöst, zum großen Teil außerhalb der Region wirksam werden. Im gesamten europäischen Umfeld dominiert doch zweifellos angebotsorientierte und nicht nachfrageorientierte Politik. Würde die Landesregierung isoliert einen eigenen Weg gehen, führte das dazu, dass die Effekte letztendlich verpuffen und man immer schneller in die Verschuldung kommt, ohne jedoch eine Perspektive aufzeigen zu können, wie diese Verschuldung abzutragen ist. Keynesianische Politik ist sinnvoll in einer konzertierten Aktion bzw. konzertierten Strategie, bei der sich alle staatlichen Ebenen auf eine nachfrageorientierte Politik verständigen. Sinnvoller Weise muss das auch auf europäischer Ebene stattfinden, um nachhaltige Effekte erzielen zu können. Nichts desto trotz wurde beispielsweise auch klar beschlossen, dass die öffentlichen Investitionen zu steigern sind, wenn auch auf niedrigem Niveau, weil das auch Aufträge für die regionale Wirtschaft bedeutet. Das wirkt zweifellos beschäftigungs- und nachfragefördernd.

Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik

In der Arbeitsmarktpolitik ist der SPD/PDS-Senat gezwungen, das Hartz IV-Gesetz – das wir als PDS immer abgelehnt haben – umzusetzen. Dabei werden jedoch die wenigen Spielräume, die existieren, zugunsten der Betroffenen ausgenutzt. So werden bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, den sogenannten Ein-Euro-Jobs, mit Landesmitteln finanzierte zusätzliche Qualifizierungsmodule angeboten. Damit soll erreicht werden, dass zumindest ein Teil der Betroffenen nicht einfach beschäftigt, sondern so weit qualifiziert werden, dass sie Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Aber wir bleiben nicht bei der Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung stehen, vielmehr gilt es darüber hinauszugehen, um mehr Beschäftigung zu schaffen. So ist zum Beispiel bekannt, dass über 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen in Berlin keine berufsqualifizierenden Abschlüsse haben. Zu ihrer Unterstützung

lassen wir deshalb ein landesfinanziertes Programm weiter laufen.

Grundsätzlich haben wir in der Bundesrepublik das Problem, dass der Bereich einfacher Geschäfts- und Dienstleistungen bzw. einfacher Handwerksleistungen auf dem regulären Arbeitsmarkt für die Beschäftigten wenig attraktiv ist. Deshalb findet viel zu viel Aktivität im informellen Sektor und in der Schwarzarbeit statt – zu Niedrigstlöhnen, ohne soziale Absicherung und zu Lasten regulärer Beschäftigungsverhältnisse. Wenn die Schwarzarbeit effektiv bekämpft werden und den betroffenen Menschen eine sozial einigermaßen abgesicherte Perspektive regulärer Beschäftigung geboten werden soll, müssen gerade gering Qualifizierte netto ein Plus in ihrer Einkommenstütze haben. Dazu schlage ich als zuständiger Senator vor, diese regulären Jobs attraktiver zu machen, indem man die Sozialabgaben aus Steuermitteln finanziert.

Stellen wir einmal eine Modellrechnung an: Ein ungelernter Arbeiter verdient rund 1000 Euro brutto - das sind etwa 800 Euro netto. Dieser Miniverdienst kostet das Unternehmen einschließlich der Sozialbeiträge aber insgesamt rund 1200 Euro. Wenn wir einfache Tätigkeiten von den Sozialbeiträgen freistellen und stattdessen aus Steuermitteln bezahlen, würde die Tätigkeit für 1000 Euro von 400 Euro Sozialbeiträgen entlastet. Damit wäre Spielraum gegeben - zur Erhöhung des Nettoeinkommens für die Beschäftigten und zur Senkung der Arbeitskosten für die Unternehmen. Damit wird reguläre Beschäftigung auch für Unternehmen attraktiv gegenüber Schwarzarbeit. Derlei Modelle gibt es in skandinavischen Ländern schon – und zwar mit Erfolg. In der Bundesrepublik ist solch ein radikaler Schritt auch zu wagen. Das erhöht sowohl den Grad regulärer sozialversicherter Beschäftigung wie eben auch die Nachfrage. Dazu müssen wir klären, welche Ansprüche die auf diese Weise Beschäftigten an die Sozialversicherungssysteme geltend machen können – ob ihnen individuelle Ansprüche erwach-

sen nach der Summe, die der Staat für sie in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt hat, ob hier vielleicht das von der PDS vorgeschlagene Grundsicherungskonzept greift oder ob es andere Möglichkeiten gibt.

Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

Lange Zeit stand die PDS alleine auf weiter Flur, wenn sie einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) forderte. Dabei gibt es in diesem Land schon lange öffentlich geförderte Beschäftigung in Form von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) und jetzt die sogenannten Ein-Euro-Jobs. Sie sollten von der Idee her immer den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt öffnen. Tatsächlich ist das nur wenigen gelungen.

Dabei gibt es einen immens großen Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit etwa im Bereich der Kinder- und Altenarbeit, in der Kultur- und Gemeinwesenarbeit, im Umweltbereich oder in der Sozialarbeit. Die wird aber nicht angeboten, weil es keine ausreichend kaufkräftige Nachfrage gibt, weil sich kein Profit erwirtschaften lässt. Finanziert wird hierzulande also Arbeitslosigkeit statt gesellschaftlich notwendige Arbeit über öffentlich geförderte Beschäftigung. Diese absurde Situation muss umgedreht werden.

Ein erster Schritt dazu wäre zum Beispiel, jene Mittel, die den einzelnen Langzeitarbeitslosen über Arbeitslosengeld II, Kosten für das Wohnen, Zusatzjobs zustehen, zu kapitalisieren und damit reguläre sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse entsprechend dem obigen Vorschlag zu schaffen. Das kostet die öffentliche Hand nicht mehr, doch für die Betroffenen schafft es gesellschaftlich und damit auch individuell sinnvolle Arbeit. Erhöht wird auf diesem Wege die eigene Wertschätzung und gestärkt der gesellschaftliche Zusammenhalt, das Miteinander, das derzeit so stark erodiert.

Wider die neoliberale „Modernisierung“ des Arbeitsmarktes – Über strategische Einstiegspunkte für alternative Wirtschaftspolitik

Am Beispiel der neoliberalen Politik zur Modernisierung des Arbeitsmarktes, in Deutschland verkürzt auf die sogenannten Hartz-Gesetze, will ich strategische Einstiegspunkte für eine alternative Wirtschaftspolitik aufzeigen.

Die seit mehr als zwei Jahrzehnten anhaltende Massenarbeitslosigkeit markiert zweifellos die unbestreitbar größte Niederlage der neoliberalen Ökonomie. Zwar hat es im Kapitalismus immer wieder Phasen mit massenhafter Arbeitsplatzvernichtung und großen Beschäftigungsproblemen gegeben, aber was heute auf dem Arbeitsmarkt passiert, ist eine Dauerkrise. Und schlimmer noch: Wachstumsraten in Größenordnungen, die eine Wiederherstellung der Vollbeschäftigung möglich machen würden, sind ökonomisch nicht mehr vorstellbar und ökologisch nicht mehr wünschbar.

In Deutschland fehlen zum Beispiel mehr als sieben Millionen Arbeitsplätze und selbst auf dem Scheitel eines wirtschaftlichen Aufschwungs, sinkt diese Zahl nicht unter sechs Millionen. Kein Vertreter der neoliberalen Angebotstheorie und kein Arbeitsmarktpolitiker der herrschenden Parteien wagt noch Beschäftigungsprognosen, die mindestens eine Halbierung des Arbeitsplatzdefizits in Aussicht stellen. Und selbst die vorhergesagten Beschäftigungseffekte der neoliberalen Strategie erschöpfen sich in der Ausweitung von Niedriglohnsektoren und Unterbeschäftigung. Die Arbeitslosen werden in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt, doch die Massenarbeitslosigkeit bleibt. Deshalb ist die Beantwortung der Beschäftigungsfrage die *wichtigste, aber auch schwerste* Herausforderung einer alternativen, sozialistischen Ökonomie.

Linke Ökonomen und Wirtschaftspolitiker dürfen sich nicht der Illusion hingeben, eine neue Form der Vollbeschäftigung sei ohne grundlegende Veränderungen der makroökonomischen Instrumente und ohne Revision der gesellschaftlichen Vertei-

lungsverhältnisse möglich. Weder die Marktmechanismen, noch eine marktkonforme Nachfragepolitik werden in der Lage sein, die erforderliche Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Nachfragepolitik kann eine wichtige, aber keine ausschlaggebende Rolle bei der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung spielen.

Das eigentliche Problem liegt meines Erachtens nicht bei den fehlerhaften Rezepten der neoliberalen Angebotspolitik, sondern in einem menscheitsgeschichtlichen Bruch des gesellschaftlichen Arbeitsregimes, der am ehesten mit solchen Brüchen wie dem Übergang von der Agrarwirtschaft zur Industrie verglichen werden kann.

Die neue Situation besteht also nicht darin, dass unseren Gesellschaften die Arbeit ausgeht, wie einige Theoretiker meinen. Vielmehr erleben wir eine Dominanzverschiebung, bei der die Abnahme der produzierenden Tätigkeiten von einem wachsenden Bedarf an notwendiger Reproduktionsarbeit begleitet wird. Dass dieser wachsende Bedarf an Arbeiten für die öffentliche Daseinsvorsorge, für Bildung, Kultur und Wissenschaft immer weniger gedeckt wird und die Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens kaum noch gewährleistet werden kann, muss nicht besonders betont werden. Die Produktionsvitalität des modernen Kapitalismus steht fraglos in einem scharfen Widerspruch zu seiner Unfähigkeit, die Produktionsbedingungen selbst zu reproduzieren.

Diesen Widerspruch hat die PDS in ihrer programmatischen und politischen Praxis bereits vor mehr als zehn Jahren thematisiert und dabei zugleich auch Vorschläge für einen Umbau des Beschäftigungssystems ausgearbeitet. Natürlich gehören dazu ebenfalls unterschiedliche Strategien zur Arbeitszeitverkürzung. Aber es geht uns nicht allein um eine bessere Verteilung der *vorhandenen* Arbeit, sondern vor allem um die *Entwicklung neuer Beschäf-*

tigungsfelder, die einfach zur Behebung der gesellschaftlichen und ökologischen Reproduktionskrise unverzichtbar sind.

Solche Beschäftigungsfelder gehören selbstverständlicher in erster Linie zum staatlichen Aufgabenbereich, aber sie erschöpfen sich nicht in der Ausweitung staatlicher Beschäftigungsverhältnisse. Obwohl – das muss an dieser Stelle betont werden – der Abbau staatlicher Beschäftigung in Deutschland etwa zwei Millionen Arbeitsplätze gekostet hat. Vor allem durch die Privatisierung und die Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen. Doch nicht alles, wofür der Staat Verantwortung trägt, muss der Staat auch selber tun. Das Konzept der PDS konzentriert sich viel mehr auf die nachhaltige Förderung der gesellschaftlichen Selbstorganisation und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, wie wir diesen Bereich nennen, soll ein neues Segment des Beschäftigungssystems werden und die Reproduktionsfähigkeit der sozialen, kulturellen und ökologischen Ressourcen verbessern, ohne jedoch automatisch den Staatssektor zu erweitern.

Doch bevor ich mehr dazu ausführe, muss etwas zur Entwicklung der deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesagt werden, wie sie sich mit dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit in der Mitte der 70er Jahre vollzog. In der Bundesrepublik gibt es bereits seit Jahrzehnten einen so genannten Zweiten Arbeitsmarkt, dessen Nachfrageseite durch öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im sogenannten Dritten Sektor gebildet wird. Hier wurden in zeitlich befristeten Projekte soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben wahrgenommen, die eigentlich in den öffentlichen Aufgabenbereich gehören, von diesem aber nicht mehr finanziert werden können und deshalb aus Mitteln der Arbeitsverwaltung gespeist wurden.

Dieser „Dritte Sektor“ war allerdings von Anfang an mit zahlreichen Problemen und diversen Lebenslügen behaftet. So wurde er zum Beispiel mit dem Mythos einer Brückenfunktion zum ersten Arbeitsmarkt geboren. Die befristete Beschäftigung in einer sogenannten ABM, d.h. einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, sollte die Chancen zum Übergang in den ersten

Arbeitsmarkt erhöhen. Doch diese Brücke führte ins Leere, weil die ausgeübten Tätigkeiten fast ausschließlich im öffentlichen Sektor angesiedelt waren, der durch die ABM der Arbeitsverwaltung Pflichtaufgaben ausfüllte, für die es keine Haushaltsmittel gab. So wurden Sozialarbeiter, Pädagogen, Wissenschaftler aller Disziplinen und sogar Handwerker oder Ingenieure mit Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge betraut, für die es weder reguläre Stellen noch Geld gab.

Ein weiterer Mythos bestand denn auch darin zu behaupten, dass es sich hier um *zusätzliche* Aufgaben handelte, die ausschließlich der personellen Qualifizierung zu dienen hatten, obwohl es eigentlich um öffentliche Regelaufgaben ging. Als sich im Laufe der Jahre herausstellte, dass die Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch die Arbeitsverwaltung ein Fass ohne Boden war, wurde die Mittelvergabe immer stärker eingeschränkt, die Bezahlung verringert und der Bewilligungszeitraum verkürzt. Folglich nahm die Arbeitslosigkeit dieser Beschäftigtengruppe eben so zu, wie die Defizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge ausufernten. Doch es gab auch andere, durchaus vorhersehbare Probleme. Die Kurzatmigkeit der Förderung führte zu Vergeudung und Missbrauch, so dass die ABM in heftige Kritik gerieten und schließlich nach und nach abgebaut wurden. Vordergründig, weil sie beim Abbau der Massenarbeitslosigkeit scheiterten, doch hauptsächlich aus Finanzierungsgründen.

Inzwischen gehört diese Phase der Beschäftigungspolitik längst der Vergangenheit an.

Die gegenwärtigen Strategien zur Modernisierung des Arbeitsmarktes konzentrieren sich ausschließlich auf Maßnahmen der Angebotspolitik. Die Arbeit wird verbilligt und die Arbeitslosen werden unter Druck gesetzt, um so Voraussetzungen ihrer Beschäftigung in der Privatwirtschaft zu schaffen. Es muss hier nicht betont werden, dass sich hinter dieser Strategie ein *Programm zur allgemeinen Lohnsenkung* verbirgt, das obendrein nicht aufgehen kann, weil die Beschäftigung nicht über den Preis der Arbeit, sondern über die Nachfrage auf den Gütermärkten reguliert wird. Die gegenwärtige Strategie der

rot-grünen Bundesregierung ist also nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch ökonomisch falsch.

Das einmal dahingestellt, werden wir heute gleichzeitig Zeugen einer geradezu perversen Rückbesinnung auf die wachsende Notwendigkeit, mehr Arbeit für gemeinnützige Zwecke aufzuwenden. Die Bundesregierung hat mit ihrem Vierten Gesetz zur Modernisierung des Arbeitsmarktes die Einführung sogenannter Ein-Euro-Jobs beschlossen. Danach können Arbeitslose neben ihrer Grundsicherung und der Übernahme der Wohnkosten gezwungen werden, bis zu 30 Stunden in der Woche für einen Euro pro Stunde reguläre Arbeit auszuüben.

Hierbei nimmt die Verpflichtung zu gemeinnützigen Arbeiten einen ganz zentralen Stellenwert ein. Die Bundesregierung rechnet mit bis zu 600.000 Stellen in diesem Bereich und sowohl bei den Gebietskörperschaften, als auch bei den Wohlfahrtsverbänden entwickeln sich beachtliche Phantasien, wie dieses große und überaus billige Arbeitsangebot eingesetzt werden kann. Und das ist natürlich auch eine entscheidende Frage für die politischen Entscheidungsträger, die vor Ort mit diesen Bundesgesetzen umgehen müssen. Wobei die alten Mythen der staatlichen Beschäftigungspolitik neu belebt werden und wiederum die Illusion einer Brücke zum ersten Arbeitsmarkt verbreitet wird – obwohl jeder weiß, dass es die Nachfrage nach regulär bezahlter Arbeit in diesem Bereich schon gar nicht gibt. Es ist auch wieder von zusätzlichen Aufgaben die Rede, von Aufgaben, die es eigentlich gar nicht gibt, und die angeblich neu erfunden werden, um Langzeitarbeitslose wieder an den regulären Arbeitsalltag zu gewöhnen – nicht dass es diesen Bedarf nicht gäbe. Die Arbeitslosenzahlen gerade bei unter 25-jährigen ohne Schul- oder Berufsabschluss unterstreichen diese Notwendigkeit. Tatsächlich sind es *keine* zusätzlichen Aufgaben, die hier zur Diskussion stehen, sondern unverzichtbare gemeinnützige Dienstleistungen für eine Gesellschaft, die um so mehr Dienstleistungen benötigt, je aufwendiger sich die gesellschaftliche Reproduktion gestaltet. Es geht um Aufgaben im Bildungsbereich, bei sozialen Dienstleistungen und sogar um Si-

cherheitsaufgaben im öffentlichen Personennahverkehr.

Natürlich ist diese Strategie unsozial, ökonomisch kontraproduktiv und kann sogar zur Vernichtung regulärer Arbeitsplätze beitragen, aber bei dieser Kritik darf man nicht stehen bleiben. Gerade *sozialistische* Politik hat die Aufgabe, jene Momente aufzufinden, die über die kapitalistischen Prinzipien hinausreichen und Ansatzpunkte für eine alternative Entwicklung bilden. Konkret heißt das für das aktuelle Handeln von verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der PDS, dass die gemeinnützige Zwangsarbeit der Ein-Euro-Jobs als objektive Tatsache für die Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus unseres Beschäftigungssystems betrachtet werden muss.

So widersinnig es zunächst auch erscheinen mag, aber die Mobilisierung eines großen Teils der Beschäftigungslosen für gemeinnützige Arbeit ist deshalb ein unbestreitbarer Fortschritt, weil dem das Eingeständnis zugrunde liegt, dass zusätzliche Reproduktionsarbeit wirklich unverzichtbar ist. Und damit sind die tatsächlichen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung benannt. Auch wenn dieser Fortschritt unter den gegenwärtigen Konzepten rot-grüner Politik mit Verarmung, Lohndumping und auch Stellenabbau einhergeht, so muss diese Entwicklung als ein strategischer Einstiegspunkt für linke Alternativen genutzt werden.

Wir sind dabei heute in der spannenden Lage, dass sich unser Konzept des Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) nicht in der Praxis bewähren muss, sondern vielmehr die Praxis unserem Konzept recht gibt.

Worauf aber käme es wirklich an? *Erstens* käme es wohl darauf an, einen zentralen *gesellschaftlichen Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben* zu schaffen, der laufende Mittel für die Ausweitung eines gemeinnützigen Sektors schafft. Dabei wird das nicht ohne gesellschaftliche Mehrheiten für einen neuen Verteilungskompromiss zu schaffen sein. Deshalb ist der beabsichtigte Umbau des Arbeitssystems auch keine bloße Beschäftigungspolitik, sondern muss tief in den gesellschaftlichen Verteilungsmechanismus eingreifen. *Zweitens* sprechen wir

nicht von ungefähr von einem öffentlichen Sektor und nicht nur von neuen Arbeitsmöglichkeiten. Notwendig wird also ein *neues Verständnis* für öffentliche Aufgaben, für die Entwicklung neuer Berufsfelder und schließlich für eine neue Aufgabenteilung zwischen Marktregulierung,

staatlicher Tätigkeit und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Denn schließlich geht es um nicht weniger, als die Bewältigung eines menscheitsgeschichtlichen Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie die heutige Menschheit ihre Reproduktionskrise bewältigt.

Alternative solutions to labour flexibility and instability

1. Introduction

In Italy, the process of making the labour market flexible started in 1984 and is not completed yet. It reached its peak when the so-called White Book of Minister Maroni was presented, wherein the basic principle was stated, on which the White Book and the entire flexibilizing process underway during the recent 15 years are based, i.e. the free market dominance. The labour market is like any other market, where equilibrium is assured by a free meeting of demand and supply. However, in order for this to become true, the maximum flexibility in labour demand and supply should exist, in order to permit such wage levels to be reached as are capable of ensuring full employment (flexibility of wages).

The rationale of this approach lies in its methodological individualism, i.e. a set of postulates describing economic exchanges as actions occurring between individuals only, not on a collective or aggregate basis. Economic individualism is a necessary and sufficient condition capable of ensuring that a general economic equilibrium and maximum economic welfare are reached. Hence, the labour market must be regulated according to the *contractual individualism* principle.

To achieve this, it is first of all necessary to fill the *cultural deficit*, of an ideological nature, which still afflicts most workers, who do not realize that labour and capital are factors equally important which together form the production process. In fact, a preliminary condition so that the labour demand and offer process is carried out on an individual basis, as any other trading activity between economic agents, is that workers and enterprises/entrepreneurs act within scopes which are totally equal, with no prior discrimination. Therefore, regardless of the juridical and contractual form regulating an equal labour exchange, it must be

carried out under the free market's rules. By doing so, the scope of the target legal system becomes that of private and commercial law. Labour and public law become either unnecessary or should not be considered¹.

2. Changes in labour quality and new contradictions

With Maroni's White Book and the relevant enacting law decrees, the entire deregulation process of our labour market is completed: a process which gained the more or less unanimous consent of all the governments in charge from the early 80s onwards, regardless of their political overtones.

This process is also the result of changes in the manufacturing structure and in the type of labour performance, which are hereby summarized in short:

1. The traditional difference between manual and intellectual jobs tends to lose its meaning when faced with the increasingly unavoidable need for the professional training necessary to carry out given functions (using for example Cad-Cam systems), and with the communication of standardisation procedures introduced by computer sciences, which increasingly tend to Taylorise our intellectual labour. As far as manual labour is concerned, one of the "flexible automation" effects, as a result of the manufacturing restructuring processes, was that of interrupting the repetitiveness of workers' actions typical of the traditional mechanical assembly lines, by incorporating several functions and jobs in just one action (increased exploitation). In fact, the possibility for machines which operate individually to communicate between them (through the information

¹ More details on this subject can be found in Fumagalli (2001).

system's language) makes it possible to carry out almost simultaneously operations which until recent times were carried out in a sequential manner: in particular, to perform activities, which are now totally carried out by machines (with significant reductions in physical effort), the activities of quality control and computerized adjustment of machines to the pieces being processed are added which, as they vary continuously, require a continuous change-over in operating machines.

This mix of manual, control and engineering activities involve necessarily the availability of specific skills, or knowledge, of the technologies employed. A permanent and continuous special training process is unavoidable, which must be as fast as the technologic progress. Nowadays, machine subordination is made not only through physical labour but also through brain capacity. In such a context, the development of professional skills does not require an autonomous cultural background. Individual knowledge is increasingly dissociated from the need to have any specific knowledge.

From an intellectual labour standpoint, the impact of information technologies has been even stronger. The main distinction between manual activities, subject to physical efforts or repetitiveness of working actions, and intellectual activities, based on brain activity and personal judgment of single and differentiated definitions, substantially used to lie in the impossibility to measure and add value in terms of units of product/time (labour productivity), because the result of work done was dependent on the educational and cultural level and individual expertise. Now, the introduction of linguistic technologies makes it possible to measure intellectual performance in terms of numbers. If in the past an intellectual activity was considered as such, on its completion, the codification of languages and their phrasing from one hand, and the standardization of intangible production processes within pre-established and computerized procedures from the other, make it now pos-

sible to measure intellectual performance step by step, at any moment. In more recent years the standardization of communication procedures by means of information systems resulted in a sort of Taylorization of intellectual labour. Obviously, this is not applicable to intellectual activities in general: it is more often present where the skill and knowledge level is more common and can be coded, i.e. where the "relative" knowledge specialisation degree (or that "knowledge" which cannot be coded and is the prerogative of a select few in an almost exclusive manner, also called silent knowledge) is lower. In general, however, a significant emptying of intellectual activity is underway, to the benefit of its mechanization which empties its content and debases not only results but also its *raison d'être*. Therefore, "culture" counts increasingly less in intellectual activities, to the benefit of specific training.²

2. In parallel, a diffusion of new labour constraints can be seen. Menial jobs (cleaning, care of persons or things), far from being archaic forms of labour, gain a new modernity and necessity without which the cognitive and unstable job performance could not take place.³
3. Work tends to become increasingly cognitive and relational: brains, heart and life experience become productive factors equally (if not more) important than arms and body. Immaterial components are growing exactly like the success of a product depends increasingly on symbolic and immaterial factors associated with it (at least in the

² Regarding the educational level in Italy, its dynamics and impoverishment trend, reference is made to the

article by Daniele Checchi in *Il Manifesto*, March 1, 2003.

³ In particular, the diffusion of menial jobs is associated with the feminization process of labour market. The reproduction activity is increasingly carried out by immigrant women who took the place of the Italian women who entered all together in the new labour market (Morini 2001).

Western hemisphere of the world). This is because work has changed in a structural way during the latest two decades, as a result of the diffusion of the new production, organizational and social pattern adopted in the capitalist Northern area of the world and which we call “of the flexible accumulation” (better) or “post-Fordist” (worse):

- The creation of wealth is no longer based only and exclusively on tangible production, on the contrary, it is increasingly based on immaterial factors, or intangible “goods”, therefore hardly measurable and quantifiable, which are the direct result of using the relational, emotional and cerebral capacities of human beings. Entire lives are subdued to production: from formal subsumption of Taylorism to actual subsumption of flexible accumulation. From economy to bio-economy.
- The creation of wealth is no longer based on a homogeneous and standardized pattern of labour organization, regardless of which type of goods is produced. The production activity is carried out in different organizational ways, characterized by a net-structure thanks to the development of linguistic communication and transportation technologies. Therefore, there occurs a disruption of the traditional unilateral hierarchical form within factories, replaced by hierarchical structures which are implemented in the territory through sub-supply production pipes characterized by cooperation (not often) and/or leadership (more often);
- Labour changes in both quantity and quality. As regards job conditions (the quantitative aspect), an increase in working hours and often a backlog of work can be seen, as well as the fading away of the border line separating working hours from free time, a higher individualisation of labour relationships. Furthermore, labour is increasingly assuming the characteristics of in-

tangibility: relational, communication and brain activities are more and more co-existing and important. These activities require training, skills and focus: the separation between mind and arms, typical of the Taylorist performance, reduces to such an extent as to develop a mixture of routines and intense active participation in the production cycle. To the traditional subdivision of labour by jobs, the division of knowledge and skills is added, thus increasing the subjection level of workers to the timing of production processes. This subjection is no longer imposed in a disciplinary way by direct orders, in most cases it is introjected and developed through forms of social conditioning and control. The resulting contractual individualism represents the juridical institutional frame within which the individual emulation and competition process tends to become the guideline of working behaviour.

The two aspects, quality and quantity, are complementary: individualization of labour relations is also the result of language in the broadest sense (communication, relations, knowledge, capacity) as an essential component of job performance and such language is individual per se.

In this way, there occurs a metamorphosis in the capital-labour ratio which turns the labour subjectivity into action. And this needs to be understood in order to create new room for unrest. However, on this subject there is a great gap. For example, the need by those who manage the accumulation process for controlling the provision of labour forces no longer by means of Foucault-style disciplinary measures, but rather by means of instillation of social forms of control like self-repression, self-condemnation and self-control or the creation of positive and virtuous imaginations (imagination which control minds like drugs) is increasingly important. If to the control of the “brain” productive factor one adds the control of territory (“safety”), then the labour force tends to become increasingly malleable and subduable.

Apparently, such change towards a higher individuality (subjectivity) of the labour performance encourages also the individualization of labour relationships: from *savoir faire* to *laissez faire*. And this was certainly true during the pre-Fordism stage of artisan manufacturing and labourers by trade of late 1800 and the first decade of 1900, when production was essentially tangible, based on the division of manual labour and when the productive cooperation did not exist at all.⁴

Nowadays, the communication and language technologies grow more and more productive to the extent they are capable of creating production and communication networks, and network systems, or to the extent they create social cooperation. But the cooperation created is in most cases a sweated cooperation or a cooperation based on hierarchical leadership. Only those who own exclusive knowledge (hence a small minority) are able to develop equal-language cooperation, therefore they have a contractual power capable of managing individual bargaining. On the contrary, the great majority of labourers, at different levels and different degrees of intensity, are subjected to the individualization of labour relationships and the resulting uncertainty, even during a social valorisation process.

Therefore, the contradiction in flexible accumulation lies within the couple: *socialized production- individual bargaining* which makes reference, as far as labour organization is concerned, to another contradiction: *horizontal cooperation of production – hierarchical verticalization of decisions and leadership* (Tiddi 2002). It is within these two poles that the labour mass takes form, an inhomogeneous mass, but belonging to a class, having in common the condition of being more or less directly subjected to the hierarchical leadership or the self control instilled by social control.

And this is the sense of direction taken by the most recent trends in local labour markets of the most intangible production

⁴ To the extent that the production cooperation was diametrically opposed and alternative to capitalist production.

intensive areas, where the para- subordinate and/or self-employer labour contracts are turned into subordinate innominate contracts, for the purpose of better controlling, under an explicit direct command, the performance of cognitive labour.⁵

The issue regarding social reorganization passes through the awareness of these contradictory factors, which becomes more difficult as human brains activities, or the life itself, are inexorably integrated into the production context. And it also passes through recognition, research for and analysis of the different labour segments that give life to the flexible exploitation relationship. Paradoxically, but not so much, at a time when the economic leadership structure is globalizing, the traditional and Fordistic division between First and Third World exists no longer, for the simple reason that throughout the length and breadth of the world, from North to South, at different intensities and according to methods still to be investigated, those two realities, those two worlds are simultaneously omnipresent, and so is the resulting burden of unrest.

The possibility for the labour world to regain a strong contractual power lies in the ability to unveil these processes, encourage a new awareness, engage in radical thought and action which today is not so common.

3. Considerations of a political nature

The crisis of the Fordist-Taylorist-Keynesian pattern encouraged the labour market to break-up and fragment. Today identifying a single pattern of labour organizations – the pattern of the integrated factory – and a single type of worker, the employees with open-end contracts is no longer possible. At the same time, a mix of production methods can be seen. It is not by chance that today all forms of exploita-

⁵ For example, in the metropolitan area of Milan, within the service industry for production, there is an increasing diffusion of transformation of the continuative and coordinated and self-employer labour relationships

into subordinate innominate labour contracts (term or part-time contracts).

tion are modern: from the slavish and semi-slavish relationships to top consulting, passing through the artisan and the wage labour and the hetero-managed self-employment.

As a result, a partial obsolescence is seen of the traditional figure of wage labourers with open-end contracts, replaced by forms of labour increasingly uncertain. This phenomenon, set off at an international level by the increase in number of wage labourers in the Southern hemisphere, can be seen from both the labour fragmentation side and the change in quality of labour performance, regardless of the contractual forms adopted. These are evidently the two sides of the same coin.

Therefore, the labour market fragmentation process resulted not only in the crisis of trade union representation together with its bargaining power, but first and foremost it led to the individualization of labour relationships, to the dominance of individual bargaining over the collective one and therefore to the capitulation of labour before capital, with all the detrimental effects on labour, wage, freedom conditions etc.

In general, it seems that today the main figures emerging in the labour market, beside the traditional employees with open-end contracts, are three: *self employed*, who include both the labourers with open-end contracts and the atypical ones, who have by now in common the income and labour liability to blackmail. The *"bio-political"- cognitive artisan* who operates in a formally independent way or para-subordinate. And last but not least the *migrant workers*, who carry out labour activities of a chiefly menial and/or manual nature.

The first category includes the so-called "atypical" subordinate labour, that is those labour relationships characterized by wage and bargaining uncertainty, exposed to the blackmail associated with the search for labour continuity, to the unequal individual bargaining, with neither protection nor security, "alone" before employers' arrogance, as though they were self-employers. From part-time, to temporary and seasonal workers, to the para-subordinate labourers, approximately 50% of the European junior labour force (with

peaks approaching 70-75% in the Mediterranean countries, Spain with Italy on top), enters the labour market with these conditions.

The second category refers to any jobs which are substantially subordinate and autonomous, strongly characterized by cognitive-relational activities, where the use of language-mental-experiential knowledge recalls individual capacities which the artisans of last century's early years had to possess in order to carry out their "trade". The difference is that today knowledge depends on and is closely associated with the life of subjects, to their "bios" and no longer to manual skills only. And labour at call or for given projects, the new entry of contractual typologies, seems to be tailored for this kind of activity on the basis of labour performance: "disposable".

Talking of "independent wage-earning population" or "bio-politic cognitive artisan labourers" might seem an oxymoron, a contradiction in terms, if analysed on the basis of the Taylorist-Fordist pattern. And so is also the "labouring poor" term, meaning those who even labouring full-time and/or in a discontinuous way, do not succeed in achieving a higher income than the poverty threshold. But today such oxymoron is normal: labour hetero-management, high prescriptive nature of tasks not always regulated but in any case subjected to forms of self control, are no longer relating to formally subordinate labour only, but actually cover almost all labour performance, also those which some time ago could rely on a higher decisional autonomy.

The third figure, that of the migrating labourer, is characterized, beside the high level of subalternity and exploitation of labour, by having the citizenship rights dependent on the labouring condition: the restoration of social conditions existing before the French revolution!

In conclusion, we are facing a plurality of very different labour performances, as different are the subjectivities implemented therein, which however have in common a level of exploitation more widespread than twenty years ago, because spread no longer over labouring time only, but over all the time, over the life of individuals

themselves and over the use of all human abilities and not just some of them. We can define this accumulation of subjectivity which has only its own labouring capacity as *proletarian population*, to indicate something which is not homogeneous (as evoked by the term population) but rather a group of subjects who are not yet a *class*.

To resist the adrift status of this mass of people's substantial conditions it is necessary to realize the contradictions generated by each of these figures. The struggle aimed at extending Article 18 must inevitably combine with the struggle to achieve a stable income, regardless of the labour performed, as the fight for citizenship rights (against the Bossi-Fini law) must combine with the fight for assurance of primary services: home, education and public transport. Therefore, the fight for extending the labour market protection measures is welcome, provided that it comes together with a more generalized fight for citizenship rights and stable incomes. Only then the proletarian mass of people may become a successful political subject.

4. The issue of representation

The same does not apply to the matter of representing organizations, which immediately recalls the terms: self-representation – hetero-representation, whereas self-representation means the autonomous ability of organization components to organize by means of a net labour structure which is made possible by virtual communication and, through the latter, is able to develop political and ideological initiative. This is the symmetrical and antagonistic reaction to the post-Fordist structural changes in the accumulation process, which renders the modular structure and production networks and pipes (more generic than cooperatives) the bearing skeleton of flexible organization of the production itself. In other words, the network structure becomes already per se an organizational form which gives shape to self-representation.

Hetero-representation means, on the contrary, the establishment and acceptance of intermediate forms of organization (the parties) which make themselves the inter-

preters of political demands from organization and translate them into the more or less institutional scopes where they are present.

In my opinion the main error in the discussion underway regarding the Radical Left is that it takes for granted the hetero-representation option. In other words, the dominance of political parties over the forms of organization is sanctioned once again. In a twentieth-century environment, when organizations were substantially defined in vertical and hierarchical ways (discipline, fidelity to the party, centralism of democracy, etc.) or they would not be defined at all (anarchy), such dominance could be justified. But in the present horizontal informational political creative activism permitted by the net labour, new organizational ways based on the concept of positive autonomy and self-representation are possible. On the other hand, this is the main new method which made it possible the explosion of Seattle and the organizational pluralism, that is more and more masses of people and less and less population.

5. Initial Conclusions

The task of those who try to understand the transformations underway from both an objective and subjective standpoint, therefore *our* task (in our capacity as activist researchers), is to promote the transformation of the present *proletarian mass of people into a class*, hence a political subject able to subvert the present system.

For this purpose, in my opinion some basic tools are necessary:

- Information elements, that is the ability to investigate not only the physical labour conditions but also the subjectivities in place (the ways of thinking, the target models, life experiences, imagination and desires, etc.). The larger the space and time which the investigation must refer to, the more difficult it is. If during the sixties for the then labour situation it was sufficient to monitor some large factories (Fiat, Porto Marghera, Saint Gobain, etc.) and working time, today it would be appropriate to monitor larger areas as well as private life time. It is not easy. If

then we think – as it is mandatory to do – at an international level, in terms of international subdivision of labour and knowledge, then there are no longer boundaries other than those imposed by earth limits.

- Therefore, in order to start and continue the investigation into labour already ongoing, it is increasingly necessary that the various European systems share knowledge and information on local labour markets evolution;
- Check and discuss the new forms of labour representation against the failure and crisis of traditional trade union associations, either the most inclined to reach an agreement as well as those self-organized and of class, often unable to get out of a sterile, however important, corporative representation;
- Detect the subjective and objective grounds capable of promoting a class re-establishment process, suitable to both what has been left of the Fordist labouring class and the new migrating and cognitive one. The diversity of subjectivities into play does not permit yet to propose a single platform for all the above-mentioned labour market segments. The feeling is that bringing into question the labour conditions in a direct way (through class consciousness in the individual working realities) for the moment being is not sufficient, although important. A more broad consideration is necessary covering also issues which apparently seem to be disconnected from the labour activities, however strictly connected to individuals' lives. In times when the difference between life time and working hours tends to fade away, where exploitation becomes widespread and everlasting, the subverting and struggling capacity must increasingly tend to safeguard our freedom of movement, thought and autonomy. In other words, it must enable one to control its own life and working hours, and to be no longer subject to the blackmail of income need and uncertainty. Fight against labour subordination and in favour of the improvement of its conditions, the ex-

tension and protection of guarantees is presently inescapably connected with that for the right to income disconnected from labour, no excuse about that.

Speaking between the teeth, the proletarian mass of people will recover its class consciousness if it is able to increase the individual bargaining power by developing forms of monetary counter-power, thanks to which it can increasingly escape the subjection of both paid and self hetero-managed employment. The fight for a guaranteed, unconditioned income for life presently seems to be the tool, not the only one available but the most suitable, to start this battle.

6. Discussion on flexicurity

Definition of Flexicurity.

Flexicurity means to us the possibility to be flexible without having to experience any uncertainty. In other words, it means that the “rights to chose a working activity” prevails over the simple “right to work”, whatever it might be.

With the term *flexicurity*, of an anglo-managerial origin, and already the subject of law-making activity in the Netherlands, a social self-protection target is included, intended to unmask the twenty-year neo-liberalist propaganda to the benefit of the concept of *flexibility*, a semantic mislead which actually disguises an increasingly generalized *uncertainty* widespread all over Europe. If one looks at a more cyclical level of the analysis, *flexicurity* intends to be the answer of the radical pre-cognitive population to the social safety valves, a sort of non-rights charity proposed by cisl, treu, margherita and right wing ds. The social safety valves are weak stopgap measures aimed at keeping under control the pernicious consequences of the uncertainty blown up after the Treu package, which has prompted the substitution of standard contracts by unnamed and temporary ones, continued by Law 30 (Biagi). The effects of the Treu package was that of extending the possibility of temporary job in a quantitative manner, while the recent measures seem only to care about consolidating the profits which businesses obtain from uncertainty and

ensuring the worst possible to those just entered or about to enter the labour market.

More specifically and empirically, simple and above all immediately feasible – real problems require real answers – , the *flexicurity* proposal may be explained, in its minimal version, in the following four steps:

i. Guarantee of continuative income (direct income)

The footstall of the flexicurity proposal is to guarantee to everybody a continuity of income flow regardless of labour conditions and performance and regardless of the type of labour contract, that is in an unconditional way. The income level that must be ensured is:

- 60% of average per capita income, as calculated by Istat, on a regional basis;
- paid on an individual basis (and not on a family basis);
- paid on the basis of the residence principle (regardless of citizenship and origin), with a minimum residence time requirement of at least (for example 6 months);

For this purpose, on a national level by regional implementation decrees, a *Temporary Social Fund* is established. Such a fund, the funding of which will be discussed below, ensures:

- a) continuity of income, by establishing a generalized *Sustainable Flexibility Allowance* paid to whoever has lost his job due to termination of contract, dismissal, termination of temporary job, termination of para-subordinate projects and in any case whoever is faced with the termination of the income flow associated with a labour activity of any kind, subordinate or independent.
- b) also, an *Universal Access to Maternity Allowance* is paid, aimed at ensuring the right to a mindful maternity,

- c) also, a Special Allowance for middle-aged jobless expelled from the “guaranteed” labour and consisting of a monetary portion in addition to any income from mobility or continuity and of a portion of permanent training carried out at universities and public centres like associations and social institution at the discretion of the jobless.

Payments by the Temporary Social Fund replace the present initiatives aimed at aiding mobility and unemployment wage subsidies.

ii. Access to primary services and social solidarity (indirect income)

The establishment of a *Municipal Fund for Social Services* is proposed, aimed at providing a service package for the purpose of:

- a) Granting jobless temporary labourers free access to media, transport, culture, training, in terms of both access to areas and facilities and free or discounted rates. In particular, a rent allowance covering the rental portion exceeding 30% of income.
- b) Establishing *demogrants*, that is non-refundable contributions granted to formal and

informal groups and associations of young people and having a social solidarity, environmental protection and cultural innovation nature.

iii. Minimum hourly wage

Establishing of a Minimum Municipal Wage is proposed of at least 10 euro gross per hour with strong increases for additional hours and overtime, strong limitation on working during holidays in the commerce industry, in view of a *Minimum European Wage* representing the threshold below which the social European standard are not allowed to fall. Such *Municipal Minimum Wage* is applicable to all labour performances not stipulated by contract and all temporary agreements, which do not provide for a precise and continuative monthly salary/wage. Let's make some examples: jobbing, stage, co.co.co. for project, temporary, temporary trainee, and seasonal labourers are paid on a

hourly basis an amount which cannot be lower than 10 euro gross per hour, regardless of the job performed. It may obviously be higher. Whoever is party to a continuative contract, full or part time, is paid a monthly salary (not hourly) subject to agreement based on the existing trade union agreements.

iv. Dramatic reduction in type of contracts

Presently there are more than 30 types of contracts and the Law Biagi adds others. Since ten years a jungle of rules and regulations issued by experts in labour law, continuously circumvented and/or characterized by an internal globing-up process (such as, for example, labour training contracts, which were in vogue in the 80s and are actually tending to disappear with the consent of the temporary job, which in turn is limited by other, more profitable types of contracts), created a real labour apartheid which has annihilated the collective representation of labour force in the best interest of companies as much ravenous and antisocial as strategically incompetent. The divide et impera principle of neo-liberalism is strongly based on dual labour markets, of an American origin and Asiatic (those guaranteed for life of Toyotism vs. the periferic and temporary labour force of related industries). But not even in these countries there exists the plethora of incomprehensible labour contracts and wage packets that we have in Italy.

For this purpose, we propose a minimum drastic reduction: 5 basic types of employment contracts:

<i>Time regime</i>		
<i>Part-Time</i>	Part and fixed time	Part and unlimited time
<i>Full-Time</i>	Full and fixed time	Full and unlimited time
<i>Period of contract</i>	<i>Fixed</i>	<i>Unlimited</i>

These types of contracts can comprise most of the labour relations without having recourse to stages, jobs on call, outsourcing, apprenticeship, participations, odd jobs and thousands of other devilries invented for making us work with our heads down for few euros which will be paid who knows when and how. To escape strange tricks, only two fixed-time agreements are possible for the same company in a time frame of two years, after which the unlimited-time employment comes into effect, regulated by the Statute of Workers.

Those who do not want to clock in and have specific technical and/or cultural skills (therefore other than those required to be a pony express or a tomato picker) the only possible contract is the *professional services and consulting agreement* (I would not use the term "contract at project", because this expression is unfortunately over-emphasized in Law 30), providing for periods of no less than 6 months and a welfare system which must be accessible even without having ever laboured as employee – presently at least ten years of employment are necessary to be entitled to a poor para-subordinate pension; actually, co.co.co.'s are paying for the pensions of those who are presently retiring, and not certainly for their own, which they are not going to receive. In any case, self and/or professional employment subject to VAT is applicable only if there are more than two customers and/or a given amount is invoiced.

References:

- Fumagalli, Andrea, 2001: Flessibilita e gerarchie nel mercato del lavoro: il potere dell' economia sul diritto. In: Rivista giuridica del Lavoro, LII. No.3.
- Morini, C., 2001: La serva serve. DeriveApprodi. Collana Map, Roma.
- Tiddi, A., 2002: Precari. Lavoro e non lavoro nel post-fordismo. Series Map.DeriveApprodi, Roma.

Herausforderung Steuersenkungspolitik

Einleitung

Die Steuer- und Abgabepolitik wird in den nächsten Jahren vermutlich das zentrale Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Sozialstaat in Deutschland. Mehr noch als in der Gesundheits- und Rentenpolitik gibt es einen breiten gesellschaftlichen Konsens: Die Steuern und Abgaben in Deutschland sind zu hoch. Dieser Konsens reicht von allen im Bundestag in Fraktionsstärke vertretenen Parteien, über praktisch alle Massenmedien bis hin zu den Stammtischen.

Nach der Bundestagswahl 2002 sah es zunächst so aus, als könnte auf die große Steuerreform 2000 eine weitere Großreform im Bereich der Einkommensteuern folgen. Umfassende Konzepte wurden von verschiedensten Seiten vorgelegt, etwa von CDU, FDP und PDS, Bundesfinanzministerium (Planungsarbeiten), Sachverständigenrat, dem Ex-Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof, Gewerkschaften und Attac. Zwischenzeitlich war es um diese Reformen etwas ruhiger geworden. Doch der vorgezogene Bundestagswahlkampf bescherte dem Thema eine Renaissance. Und im Falle eines Wahlsieges von CDU und FDP könnte eine neue Regierung mit Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat recht weitgehende Veränderungen durchsetzen. Vorarbeiten dazu laufen bereits. So hat etwa die Stiftung Marktwirtschaft im Rahmen ihres unter Leitung von Joachim Lang stehenden Projektes „Steuergesetzbuch“ liberale Finanzwissenschaftlerinnen und Finanzwissenschaftler zusammengebracht. Der politischen Lenkungsgruppe des Projekts gehören neben dem Rheinland-Pfälzischen Finanzminister Mittler (SPD), Hermann-Otto Solms und Friedrich Merz an. Solms (FDP) und Merz (CDU) sind die beiden zentralen Architekten der jeweiligen Steuerreformkonzepte von FDP und CDU. Mit dem bayrischen Finanzminister Kurt Faltlhauser ist auch der wichtigste Kopf der CSU-Finanzpolitik eingebunden.

Das Ziel des Projektes ist offensichtlich die wesentlichen Unterschiede in den verschiedenen neoliberalen Steuerreformkonzepten zu beseitigen und somit die Grundlage für eine umfassende Steuerreform nach einem etwaigen Wahlsieg von CDU und FDP zu legen. Im Projektkonzept wird zwar der politisch breite und von Partialinteressen freie Rahmen des Projekts hervorgehoben, dem entspricht aber weder die Stiftung Marktwirtschaft als Projektträger noch die ausgewählten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Auf progressiver Seite ist von einer umfassenden Vorbereitungsarbeit auf die kommende Debatte wenig zu sehen. Dieser Artikel will dafür einige zentrale Überlegungen anstellen.

Skizze der zentralen Mängel unseres Steuer- und Abgabensystems

Grundlage für alle weiteren Überlegungen ist eine kritische Analyse des Reformbedarfs unseres Steuer- und Abgabensystems. Dabei ist es notwendig, das Gesamtsystem in den Blick zu nehmen und einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Deutschlands öffentliche Finanzen zeichnen sich im internationalen Vergleich durch relativ niedrige Steuereinnahmen und eine hohe Belastung des Faktors Arbeit mit Sozialabgaben aus. Nimmt man die Belastung mit Steuern und Abgaben¹ zusammen, so findet sich Deutschland im Mittelfeld der Industrieländer wieder. Die gezahlten Steuern waren zwischen 1970 und 2000 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt erstaunlich konstant. Etwa 23 % der Wirtschaftsleistung wurden in Form von Steuern erfasst. Lediglich durch die rot-grüne Steuerreform sank die Steu-

¹ Steuern und Abgaben unterscheiden sich dadurch, dass Abgaben immer zweckgebunden sind (etwa Beiträge zur Rentenversicherung), während Steuern in den allgemeinen Staatshaushalt fließen.

erlast erheblich auf mittlerweile nur noch gut 20%. Dagegen wuchsen die Sozialabgaben. In den 70er Jahren lag dies an Leistungsverbesserungen (z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Anfang der 90er Jahre wurden erhebliche Kosten der Wiedervereinigung in die Sozialkassen geschoben. So kam es zweimal zu einer deutlichen Erhöhung der Sozialabgabenquote.

Im Bereich von Einkommensteuern und Konsumsteuern zeichnet sich das deutsche Steuerrecht durch eine erschreckende Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit aus. Entsprechend groß ist die Zahl der Steuerprozesse und die Fachliteratur. Mit all dem sind hohe Kosten für Steuerverwaltung, Steuerberatung und Prozesse verbunden. Richtig ist, dass keine gerechte Steuer ganz einfach sein kann. Trotzdem ist das Potential zu einer Steuervereinfachung enorm. Dies ist auch vom Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit sinnvoll, weil ein komplexes Steuerwesen insbesondere den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern mit den besten Steuerberaterinnen und Steuerberatern nutzt.

Außerdem erzielt das deutsche Steuerwesen mit hohen Steuersätzen und komplizierten Regeln erstaunlich niedrige Einnahmen. Während die Steuersätze bei den Einkommensteuern der Unternehmen zu den höchsten der Welt zählen, liegen die gezahlten Unternehmenssteuern am unteren Ende. Ein Teil der Unternehmenssteuern ist als Gewerbesteuer an die Kommunen zu entrichten. Diese Steuer wurde von den Erträgen her ausgedünnt, ist schwankungsanfällig und sichert in dieser Form keine stabile Finanzierung der kommunalen Aufgaben. Bei der Einkommensteuer von Privatpersonen können sich Gutverdienende ebenfalls mit Hilfe von einer großen Zahl von Steuerschlupflöchern arm rechnen. Insbesondere Kapitaleinkünfte werden in vielfältiger Hinsicht begünstigt.

Zu vielen Sonderregeln kommt ein erhebliches Vollzugsdefizit hinzu. Steuerhinterziehung ist weit verbreitet und führt nach Schätzungen des Schleswig-Holsteinischen Finanzministeriums zu jährlichen Steuerausfällen von 80 Mrd. €. So schützt etwa das deutsche Bankgeheimnis die Bezieherinnen und Bezieher von Kapital-

einkünften vor der Kontrolle des Fiskus, wobei dieser Schutz für Steuerhinterzieher zum 01. April 2005 deutlich schwächer geworden ist. Strafrechtlich wird Steuerhinterziehung trotz des enormen gesellschaftlichen Schadens selten ernsthaft bestraft.

Das steuerliche Vollzugsdefizit wird durch die Wirren des deutschen Föderalismus noch verstärkt. Die Länder tragen die Kosten der Finanzverwaltung, obwohl ihnen nur ein Teil der Steuereinnahmen zusteht. Erzielen ihre Finanzämter Mehreinnahmen, so gehen ihnen diese durch den Länderfinanzausgleich fast vollständig wieder verloren. Somit wird es attraktiv eine lasche Finanzverwaltung als Mittel im innerdeutschen Standortwettbewerb einzusetzen.

Zunehmend nutzen Unternehmen und Privatpersonen die Möglichkeiten der Steuerverlagerung ins Ausland bzw. illegaler Steuerflucht. Immer mehr Unternehmen bringen ihr Kapital ins Ausland und geben sich selbst mit dem gleichen Kapital wieder ein Darlehen, um so ihren Gewinn per Zinszahlung ins Ausland zu verlagern. Die Verrechnungspreise zwischen Unternehmenstöchtern werden zur Steuerersparnis manipuliert. Der Europäische Gerichtshof erweitert durch seine Urteile die Möglichkeiten international verflochtener Unternehmen zur Steuervermeidung ständig. Und Privatpersonen haben nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums zwischen 450 und 550 Mrd. € alleine in die Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein gebracht, um sich fälligen Einkommensteuern auf Zinsen und Dividenden zu entziehen. Die Staaten reagieren hierauf vor allem mit einem intensiven Steuerwettbewerb nach unten. Auch bei privaten Kapitaleinkünften kam es zu zahlreichen Vergünstigungen. Deutsche Steuersätze auf Kapitaleinkünfte sind im internationalen Vergleich hoch und stehen unter Globalisierungsdruck.

Bei Konsumsteuern hat Deutschland in Europa vergleichsweise niedrige Umsatzsteuern. Während der Kohl-Regierung und im Zuge der ökologischen Steuerreform wurden allerdings die Steuern auf Energie deutlich erhöht. Dabei wurde auf eine soziale Ausgestaltung verzichtet und so die soziale Schieflage im Steuersystem weiter verschärft. Während es eine immer wieder

aufkommende Diskussion zur Erhöhung der Umsatzsteuer gibt, wurde die eigentlich langfristig angelegte Erhöhung der Steuern auf Energie seit 2004 ausgesetzt. Die Umsatzsteuer und viele andere Konsumsteuern sind besonders unsozial, weil Personen mit niedrigeren Einkommen einen größeren Teil ihres Einkommens konsumieren.

Für höhere Steuern auf Energie und andere Formen des Naturverbrauchs spricht hingegen, dass die Industrieländer ihren Verbrauch an Energie und nicht nachwachsenden Rohstoffen massiv einschränken müssen. Um dieses Ziel zu erreichen sind Steuern ein effektives Instrument. Die notwendigen Einschnitte sind zudem so tief (minus 80% - 90% bis 2050), dass nur bei guter Begründung auf wirksame Instrumente verzichtet werden kann. Anders als eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer belasten höhere Umweltsteuern gezielt umweltschädliches Verhalten.

Außerdem werden im Rahmen des Steuerrechts unzählige umweltschädliche Subventionen gewährt. Dazu gehören etwa die Förderung umweltschädlicher Einfamilienhausbauten auf der grünen Wiese durch die Eigenheimzulage, die freie Verwendbarkeit der steuerlichen Rückstellungen für den Rückbau der AKWs, die Steuerbefreiung für Schiffs- und Flugtreibstoffe, die Umsatzsteuerbefreiung für den internationalen Flugverkehr,

Steuerprivilegien für Kohle und Erdgas sowie Steuerbefreiung von Atombrennstoffen.

Trotz anderer Versprechen vor der Bundestagswahl 1998 hat Rot-Grün auf die Erhebung der Vermögensteuer verzichtet, nachdem schon unter der Kohl-Regierung das Bundesverfassungsgericht Änderungen am geltenden Vermögensteuergesetz eingefordert hatte. Auch die Erbschaftsteuer ist in Deutschland im internationalen Vergleich niedrig. Die Erbschaftsteuer erbringt mit etwa 3 Mrd. € nur einen geringen Teil der etwa 200 Mrd. € jährlich vererbten Vermögens. Auch insgesamt ist die steuerliche Belastung von Vermögen in Deutschland im Vergleich zu den meisten anderen Industrieländern gering.

Betrachtet man dies alles zusammen, so kommt man zum Ergebnis, dass Arbeitseinkünfte heute höher mit Steuern und Abgaben belastet werden als Kapitaleinkünfte (Jarass/Obermaier 2002). Im internationalen Vergleich liegt die Steuern- und Abgabenbelastung auf Arbeitseinkünfte im Spitzenfeld¹². Die Lohnsteuer und die Sozialabgaben müssen einen immer größeren Teil der öffentlichen Ausgaben finanzieren. Zudem sind hohe Vermögen und Naturverbrauch unzureichend besteuert.

Zentrale Ziele

Aus dieser skizzenhaften Darstellung der zentralen Mängel des deutschen Steuersystems folgen aus Sicht einer sozialökologischen Umbauperspektive folgende Ziele:

- Die Belastung vor allem niedriger Arbeitseinkünfte mit Sozialabgaben ist zurückzuführen. *Zum einen* durch Einbeziehung der Kapitaleinkünfte (Bürgerversicherung) und *zum anderen* eine stärkere Progression, wie etwa einem steuerfinanzierten Grundfreibetrag oder die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei Deckelung der Leistungen nach oben (Mindestleistungen für alle, Maximalleistungen für Gutverdienende).
- Die Ausnahmen und Sonderregelungen im Bereich der Einkommensteuern sind massiv zusammenzustreichen. Damit würden besonders Kapitaleinkünfte besser als heute erfasst. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Minijobs sind regulär zu veranlagern. Für hohe Einkünfte sollte eine Mindestbesteuerung festgelegt werden.
- Die Gewerbesteuer ist durch eine kommunale Betriebsteuer zu ersetzen, die nicht mehr durch Gewinnverlagerung ins Ausland vermieden werden kann und jede kommunale Wertschöpfung einbezieht.
- Vermögens- und Erbschaftsteuer sind zu reformieren, um die Steu-

¹² www.oecd.org/ctp/taxdatabase.

erbelastung zumindest auf das international übliche Maß zu bringen.

- Die ökologische Steuerreform sollte fortentwickelt werden. Die steuerliche Belastung umweltschädlichen Verhaltens sollte weiter gesteigert werden. Ein Teil der Einnahmen sollte weiterhin zur steuerlich Finanzierung der enormen versicherungsfremden Leistungen (DIW 2005) in den Sozialversicherungssystemen dienen. Dabei ist auf einen fairen sozialen Ausgleich zu achten.
- Umweltschädliche (Steuer-)Subventionen sind konsequent abzubauen.
- Das bestehende Vollzugsdefizit im Steuerrecht muss konsequent angegangen werden. Steuerhinterziehung in erheblichem Umfang muss ernsthaft bestraft werden.
- Insbesondere im Rahmen einer Föderalismusreform müssen wirksame Anreize geschaffen werden, Steuergesetze wirklich anzuwenden, etwa durch Übernahme der Steuerverwaltung in die Zuständigkeit des Bundes.
- Zur Bekämpfung der internationalen Steuerflucht und Steuervermeidung müssen die nationalen Spielräume voll ausgeschöpft werden und die internationale Kooperation im Bereich der Steuerpolitik zu einem Schwerpunkt deutscher Außenpolitik werden.
- Damit dies nicht zu internationalen Ausweichreaktionen führt, muss der Kampf gegen Steuerhinterziehung in den Steueroasen und im Inland massiv verschärft werden. Vor allem muss das steuerliche Bankgeheimnis gelockert werden (Giegold 2003).

Die auf die Einkommensteuer bezogenen Vorschläge sind auch in dem von ver.di, IG Metall und Attac (2004) vorgelegtem Konzept der Solidarischen Einfachsteuer erläutert.

Geringe Akzeptanz des Steuersystems

Ein solches Bild auf unser Steuersystem wird allerdings von vielen Bürgerinnen und Bürgern spontan nicht geteilt. Die „Bild“-Kampagne „Steuern runter – macht Deutschland munter!“ bringt auf den Punkt, was die meisten Menschen glauben. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist für ein umfangreiches öffentliches Sozial- und Bildungssystem, aber keiner will es bezahlen.

Die Unbeliebtheit des Zahlens von Steuern und Abgaben wird durch viele Ungerechtigkeiten und Kompliziertheiten des deutschen Steuer- und Abgabensystem verstärkt. Gerade die hohe Belastung der Arbeitseinkünfte im Vergleich zu den niedrigeren Steuern auf Kapitaleinkünfte trägt zur Steuermüdigkeit bei. Geringe Strafen bei großer Steuer- und Wirtschaftskriminalität und die gerade zu Ende gegangene großzügige Amnestie für Steuerflüchtlinge untergraben die Steuermoral. Das gleiche gilt für die Tatsache, dass nicht entschieden gegen die immer wieder beklagten Ineffizienzen, bis hin zur Korruption, im öffentlichen Bereich vorgegangen wird.

Neoliberale Pläne

Zentrales Ziel der neoliberalen Gegenreform innerhalb der Finanzpolitik ist es, den öffentlichen Sektor tiefgreifend zu beschneiden. Das gilt gerade für den Teil des öffentlich finanzierten Sektors, der keinen direkten ökonomischen Nutzen hat wie etwa viele der Sozialleistungen. Gemäßigtere Neoliberale erkennen dagegen den Wert öffentlicher Investitionen in Bildung, Forschung oder Infrastruktur durchaus an. Ihr Ziel ist es, den Staat zu einer Art Agentur für Wirtschaftsförderung umzubauen und seiner sozialen Dimension zu berauben. Öffentlich finanziertes Handeln wird von ihnen zuvorderst am ökonomischen Nutzen gemessen. Auch der ökologischen Regulierung stehen viele Neoliberale skeptisch gegenüber, ihr Argument: Man müsse sich zunächst um die krankende Wirtschaft kümmern.

Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Beweis, dass hohe Steuern und Abgaben schlecht für den Wirtschaftsstandort sind. Im Gegenteil: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Staatsquote auf der einen

und wirtschaftlichem Erfolg auf der anderen Seite. Länder wie Schweden, Frankreich oder Dänemark zeigen, dass hohe Belastung mit Steuern und Abgaben schon mit höherer Beschäftigung als in Deutschland vereinbar ist. Hinzu kommt, dass hier die Steuern und Abgaben im internationalen Vergleich lediglich im Mittelfeld liegen. Trotzdem wird in öffentlichen Diskussion immer wieder behauptet, ein kleinerer öffentlicher Sektor sei für die Wirtschaft förderlich.

Unser Steuersystem ist ineffizient, kompliziert und ungerecht, aber die real gezahlten Steuern niedrig. Beim Versuch, den öffentlichen Sektor zu stützen, haben die Neoliberalen gelernt, dass es schwierig ist Leistungskürzungen des Sozialstaates direkt durchzusetzen. Daher setzen sie als ersten Schritt auf eine Senkung von Steuern und Abgaben. Diese sind in der Öffentlichkeit ungleich beliebter und verursachen Haushaltslöcher. Diese Haushaltslöcher erscheinen dann in den jeweiligen Sozial-, Bundes-, Länder- oder Kommunalkassen als Sachzwang, der dann die Durchsetzung von Leistungskürzungen ungleich einfacher macht.

Obwohl neoliberale Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker Staatsverschuldung häufig grundsätzlich ablehnen, nehmen sie zugunsten von Steuersenkungen sogar deren Steigerung in Kauf, um das zentrale Ziel der Ausgabenkürzung besser verfolgen zu können. Diese Strategie wird in vielen europäischen Ländern von neoliberaler Seite angewendet. Besonders gut kann man die Methode in den USA studieren. Zunächst hat die Bush-Administration durch Steuersenkungen das Haushaltsdefizit des Staates auf Rekordhöhen getrieben, unterstützt durch den Dauerbeschuss von neoliberalen Interessensgruppen. In der Folge werden weitere Einschränkungen öffentlichen Handelns um so besser durchsetzbar, freilich nicht in allen Bereichen gleichermaßen. Fast die Hälfte aller Kongressmitglieder hat gar eine Selbstverpflichtung unterzeichnet, niemals für Steuererhöhungen zu stimmen.

Ein weiteres unschätzbare politisches Pfund für den neoliberalen Umbau ist der internationale Steuerwettbewerb. Trotz wachsender Ungleichheit wird so die Begünstigung von Kapitaleinkommen vermö-

gender Privatpersonen und großer Unternehmen quasi als Sachzwang gerechtfertigt. Auf diese Weise soll durchsetzbar werden, die Steuersätze für Gutverdienende (Kirchhof-, Merz/CDU- und FDP-Modell) oder zumindest für Kapitaleinkünfte wie Zinsen, Dividenden und Unternehmensgewinne (Finanzminister Eichels Pläne für eine duale Einkommensbesteuerung) noch weiter abzusenken.

Die offensichtliche Alternative, stattdessen entschieden nationale und internationale Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung zu unternehmen, wird dagegen nicht oder nur völlig unzureichend verfolgt. Entlarvend ist in diesem Zusammenhang die in den Medien und von CDU, FDP, Bund der Steuerzahler u.a. gefahrene Kampagne für den vollständigen Erhalt des Bankgeheimnisses, das eigentlich ein Steuerhinterziehungsgeheimnis ist. Ein Privileg für Vermögende, das sich international fast nur Steueroasen-Länder leisten. Die von Rot-Grün vorgenommenen vorsichtigen Einschränkungen des Bankgeheimnisses werden hartnäckig bekämpft. Ziel ist offensichtlich die „Sozialfreiwilligkeit“ des Eigentums.

Ähnlich strategische Bedeutung wie das Bankgeheimnis hat die von neoliberalen Politikerinnen und Politikern bevorzugte Variante zur Reform der Gewerbesteuer. Sie soll zugunsten eines kommunalen Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer schlicht abgeschafft werden. Damit würde der innerdeutsche Steuerwettbewerb auf die private Einkommenssteuer ausgeweitet. Dahinter steht natürlich die Hoffnung, dass auf diese Weise der Druck zur Steuersenkung noch weiter zunimmt, als es wegen der Globalisierung ohnehin schon der Fall ist.

Die Unterstützung für Sozialabbau wird dabei um so größer, desto ungerechter die Finanzierung des öffentlichen Sektors empfunden wird. Insofern untergräbt die Begünstigung Gutverdienender und von Kapitaleinkommen durch Sonderregeln, geduldete Steuerhinterziehung, schamlose Steuerverkürzung durch Konzerne, Steueramnestieregelungen die Steuermoral großer Teile der Bevölkerung. Daraus ergibt sich aus Vergünstigungen für Kapitaleinkommen, die mit internationaler Mobilität drohen können, ein nicht zu unter-

schätzender politischer Druck auf die Besteuerung der Arbeitseinkünfte.

Rot-Grüne Steuer- und Abgabenpolitik

Die beiden wichtigsten rot-grünen Reformen waren fraglos die ökologische Steuerreform und die große Steuerreform 2000.

Die ökologische Steuerreform wurde gleich zu Beginn der ersten rot-grünen Legislaturperiode beschlossen. Steuern auf Energieverbrauch wurden zwischen 1999 und 2003 regelmäßig erhöht. Die Mehreinnahmen von im Jahre 2003 18,6 Mrd. € jährlich wurden in die Rentenversicherung gesteckt und der Beitragssatz um 0,8% gesenkt werden. Zusätzlich wurde eine Beitragssatzerhöhung (v.a. aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit) um weitere 0,9% vermieden werden. Auf diese Weise konnte ein Teil der versicherungsfremden Leistungen, die bisher von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern aufgebracht werden mussten, durch einen höheren steuerfinanzierten Bundeszuschuss bezahlt werden.

Im Jahre 2004 wurde die systematische Erhöhung der Energiesteuern aufgegeben. Ökologisch wurden erhebliche Fortschritte erzielt. So nahm der Kraftstoffverbrauch seit dem Jahr 2000 kontinuierlich ab: 2000: -2,8%, 2001: -1,0%, 2002: -2,3%, 2003: -3,5%. Die Absenkung der Lohnnebenkosten ist erfreulich, wenn sie auch geringer als angestrebt ausgefallen ist.

Allerdings war die Ökosteuer für die Umweltbewegung in vielfacher Hinsicht ein Pyrrhus-Sieg. Die Mehrheit der Bevölkerung stand der Ökosteuer stets skeptisch gegenüber. Oppositionsparteien und Medien – allen voran die „Bild“-Zeitung – schürten die Skepsis mit immer neuen Kampagnen. Die Konzeption der Ökosteuer machte das besonders einfach:

- Während die Kosten der Ökosteuer für alle Bürgerinnen und Bürger durch jährliche Steuererhöhungen sichtbar waren, waren die Verringerungen der Rentenversicherungsbeiträge verhältnismäßig unsichtbar.
- Durch den z.T. gleichzeitigen Anstieg der Ölpreise fiel die wahrgenommene Steuererhöhungen stärker

aus, als sie wirklich waren. Durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit wurden die grundsätzlich positiven Arbeitsplatzeffekte der Ökosteuer unsichtbar und die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge fiel schwächer aus als erwartet.

- Viele Bürgerinnen und Bürger haben nur begrenzte Möglichkeiten zur Energie- und damit Ökosteuerersparnis, wenn attraktive Angebote etwa im öffentlichen Verkehr nicht existieren, verbrauchsarme Autos nicht zu attraktiven Preisen angeboten werden oder Energiesparmaßnahmen am Gebäude nicht im Bereich der Kontrolle von Mieterinnen und Mieter liegen. Ökologischer Gesetze, die diese Missstände hätten ändern können, wurden nicht beschlossen.
- Von der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge profitierten bei weitem nicht alle Haushalte. Studierende, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger und Rentnerinnen und Rentner zahlen keine Rentenversicherungsbeiträge. Somit hat die rot-grüne Ökosteuer eine soziale Schieflage.
- Netto wurden die *privaten Haushalte* durch die Ökosteuerreform um jährlich 1.500 Mio. € *belastet*, die *Industrie* dagegen um 972 Mio. € *entlastet*. Die Ökosteuer war also nicht aufkommensneutral, sondern verteilte von Privatpersonen zur Industrie um, was diese freilich nicht hinderte fortgesetzt gegen die Ökosteuer Sturm zu laufen.

Gerade auch durch diese Probleme wurde die Ökosteuer zu einer Kommunikationsniederlage. Selten war eine Maßnahme des Umweltschutzes unbeliebter als die Ökosteuer. Nach der Studie des Umweltbundesamtes „Umweltbewusstsein 2004“ lehnten im Jahre 2002 etwa 52% der Befragten die Ökosteuer ab. 2004 waren es schon 58%. Dabei geben 73% der Befragten an, sie hielten die Ökosteuer für sozial ungerecht. Kein Wunder also, dass es außerhalb der Umweltbewegung schwer geworden ist für die Idee der Öko-

steuer noch Bündnispartnerinnen und Bündnispartner zu finden. Die Gewerkschaften haben sich mit Ausnahme der IG BAU aus dem einst gemeinsamen Projekt verabschiedet. Selbst bei den Grünen will keine echte Begeisterung mehr aufkommen.

Die Grundidee der ökologischen Steuerreform bleibt trotzdem richtig und notwendig. Allerdings muss die Umweltbewegung das Modell generalüberholen, wenn es eine Zukunft haben soll. Insbesondere darf ein neuer Anlauf nicht einfach höhere Belastungen mit sich bringen, sondern muss für die Bürgerinnen und Bürger sichtbare Vorteile mit sich bringen: Etwa Geld auf dem Konto (Ökobonus) und umfangreiche ökologische Angebote (energiesparende Produkte zu bezahlbaren Preisen, öffentliche Dienstleistungen, usw.).

Während die Bilanz der ökologischen Steuerreform somit gemischt ausfällt, waren die große Steuerreform 2000 und einige weitere steuerpolitische Maßnahmen der rot-grünen Regierung aus progressiver Sicht ein Desaster. Zunächst wollte die Bundesregierung eine aufkommensneutrale Steuerreform durchführen. Die Einkommens- und Körperschaftsteuersätze sollten sinken und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Auf diese Weise sollten Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte vermieden werden. Im Zuge der Verhandlungen in Bundesrat und Bundestag kam es jedoch zu einer immer größeren Nettoentlastung. Dazu trug nicht nur die Opposition, sondern auch die rot-grüne Seite bei. Zusammen mit der schwachen Konjunktur kam es zu hohen Einnahmeausfällen bei den Kommunen, Ländern und beim Bund. Somit wurde der Druck zu weiteren Leistungseinschränkungen und Privatisierungen auf allen Ebenen massiv erhöht. Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Starke Senkung der Steuerbelastung für die Kapitalgesellschaften (darunter fast alle deutschen Konzerne), u.a. die Senkung der Körperschaftsteuer auf 25% und die komplette Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen. Eine ausreichende Gegenfinanzierung durch Schließung von Steuerschlupflöchern wurde nicht vorgenommen.

- Senkung des Spitzensteuersatzes (von 53% auf 42%) in der Einkommensteuer bei wiederum unzureichender Gegenfinanzierung (d.h. Entlastung aller Gutverdienenden) sowie Steuersenkung bei niedrigen Einkommen (Erhöhung des Grundfreibetrages und Senkung des Eingangssteuersatzes). Leider wurden die Steuern von Gutverdienenden weitaus stärker gesenkt als von Menschen mit geringen Verdiensten, obwohl Einkommensteuersenkungen ohnehin schon deshalb eine soziale Schieflage haben, weil viele sozial Benachteiligte gar keine Einkommenssteuer zahlen.
- Die Förderung von Kindern wurde im Rahmen des Steuersystems weiterentwickelt. Heute können deutlich höhere Ausgaben für Betreuung und Ausbildung steuerlich geltend gemacht werden. Damit werden Kinder aus gutverdienenden Elternhäusern höher gefördert als aus ärmeren Familien, weil ja die Steuersätze der Einkommensteuer mit steigendem Verdienst zunehmen.
- Auch die verstärkte steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat eine soziale Schieflage, weil sich in der Regel nur Bezieher zumindest mittlerer Einkommen private Altersvorsorge leisten können. Diejenigen, die aufgrund niedriger Einkommen Schwierigkeiten haben ausreichende Ansprüche in der öffentlichen Rentenversicherung zu erwerben, sind eben auch kaum in der Lage sich durch private Vorsorge abzusichern.

In der Summe wirkten sich die vorgenommenen Maßnahmen ökonomisch fatal aus. Die Steuersenkungen führten zu Einnahmeausfällen des Staates und der Kommunen, die ihren Sparkurs weiter verschärfen mussten. Insbesondere die öffentlichen Investitionen wurden zurückgefahren, was die konjunkturell dämpfende Wirkung des Sparkurses noch verstärkte. Die Bürgerinnen und Bürger nutzten die geringeren Steuerzahlungen, um mehr zu sparen. Dies war bei den besonders begünstigten Bezieherinnen und Bezieher hohen Einkommen vorher zu sehen. Die Steuerersparnisse der Beschäftigten mit kleinen und mittleren Einkommen flossen auch

nicht in höhere Nachfrage. Schlechte Lohnabschlüsse sowie ein Klima der Angst vor Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ließen keine gute Laune aufkommen. Somit kam die Steuerreform konjunkturell zur Unzeit und verstärkte eine Krisenstimmung noch zusätzlich.

Fraglos ist diese Bilanz nicht nur von Rot-Grün zu verantworten, sondern auch der Notwendigkeit geschuldet, sich im Bundesrat in allen steuerpolitischen Fragen mit CDU/FDP zu müssen. Trotzdem trifft die Regierungsparteien auch bei näherem Hinsehen eine wesentliche Mitschuld an dieser aus progressiver Sicht miserablen Bilanz. Mittelfristig ist jedoch etwas anderes noch schlimmer: Statt den öffentlichen Sektor offensiv zu verteidigen, singt Rot-Grün bis heute das Lied der Steuersenkung.² Doch progressive Politik muss angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und ökologischer Zerstörung heute mehr denn je bedeuten, die Ergebnisse des Marktes *nicht als naturgegeben* hinzunehmen. Dafür braucht es jedoch finanzielle Ressourcen. Diese hat Rot-Grün deutlich beschnitten und stellt dies auch noch als großartige Errungenschaft dar.

Sicher muss auch progressive Politik eine Antwort auf die Frage finden, wie ein großer öffentlicher Sektor und starker sozialer Ausgleich mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft verbindbar ist. In Skandinavien kann man besichtigen, dass dies kein grundsätzlicher Widerspruch ist. Rot-Grün hat sich jedoch für ein anderes Leitbild entschieden: Senkung einer ohnehin niedrigen Steuerquote und Zurückdrängung des Öffentlichen. Das ist sowohl ökonomisch als auch arbeitsmarktpolitisch falsch. Statt öffentliche Güter wie Bildung, Forschung, Infrastruktur und eine natürliche Umwelt kaputt zu sparen, wären sie als

² Als Kostprobe für unzählige Äußerungen rot-grüner Politik hier ein Auszug aus der Broschüre des Bundesfinanzministeriums „Unsere Steuerpolitik“ (Januar 2005): „Die Steuerreform 2000, deren letzte Stufe zum 1. Januar 2005 in Kraft tritt, verbessert die Angebotsbedingungen für Unternehmen und stärkt zugleich die Nachfrage. Als wesentlicher Teil des größten Steuersenkungsprogramms in der Geschichte Deutschlands trägt sie zu einer Gesamtentlastung von 59 Mrd. Euro bei.“

Quelle gesellschaftlichen Reichtums auszubauen.

Arbeitsmarktpolitisch stellt sich die Frage, in welchen Sektoren man die Arbeit der Zukunft sieht. Hier verfolgt die neoliberale Strategie das Ziel vor allem im privaten Dienstleistungsbereich durch Steuer- und Abgabensenkungen Arbeitsplätze zu erschließen. Aus progressiver Sicht spricht jedoch viel dafür, dass die größten unerledigten und gesellschaftlich sinnvollen Aufgaben nicht im vor allem privat finanzierbaren Bereich liegen. Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuungseinrichtungen, unerträgliche Arbeitsbedingungen und Zweiklassenbehandlung in Krankenhäusern, verrottetes Kanalisationssystem, unmenschliche Altenpflege und verschandelte Landschaften sind die Arbeitsplätze der Zukunft. Wer sie erschließen will, darf jedoch dem öffentlichen Sektor nicht die wichtigen Einnahmequellen rauben.

Fragen von Attac Österreich (www.attac.at/steuer.html)

Finden Sie es gerecht, dass Multimilliardäre auf ihre Zinseinkommen nur halb so viel Steuern zahlen (12,5%) wie Herr und Frau ÖsterreicherIn auf ihr Sparbuch (25%)?

Finden Sie es gerecht, dass Vermögen und Gewinne - obwohl sie überproportional wachsen - immer weniger Steuern leisten und dafür die Steuerlast auf dem Faktor Arbeit immer stärker ansteigt und öffentliche Leistungen gestrichen werden?"

Finden Sie es gerecht, dass freie Kapitalverkehrsautobahnen in Steueroasen gebaut werden, auf denen große Vermögen in Ruhe ausreisen und sich von der Besteuerung verabschieden dürfen?

Finden Sie es gerecht, dass die Allgemeinheit einen gewaltigen Beitrag zu Wirtschaftswachstum und zum Wachstum von Gewinnen und Vermögen beiträgt, dass aber umgekehrt Gewinne und Vermögen immer weniger für das Wohlergehen der Allgemeinheit beitragen und deshalb Postämter, Schulen und bald auch Krankenhäuser geschlossen werden müssen, dass Schnitt um Schnitt das soziale Sicherheitsnetz löchriger macht, weil in den öffentlichen Kassen kein Geld mehr ist?

Im April 2005 ist keine klare Linie rot-grüner Steuerpolitik zu erkennen. *Einerseits* betonen inzwischen praktisch alle rot-grünen Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker, dass es keine weiteren Steuerausfälle mehr geben darf. *Andererseits* wird beim Job-Gipfel zwischen Regierung und Opposition die weitere Senkung des Körperschaftsteuersatzes zum greifbarsten Ergebnis. Der von Hans Eichel vorgelegte Vorschlag zur Gegenfinanzierung der Steuerausfälle ist aber unrealistisch. Neuerliche Steuerausfälle wären die Folge. Gleichzeitig arbeitet der Finanzminister an Plänen zur Dualisierung des Steuersystems, also der Absenkung der Steuern auf Kapitaleinkünfte im Vergleich zu den Einkommen auf Arbeit. Solche Pläne wurden sowohl von der grünen Partei als auch der SPD-Bundestagsfraktion bisher immer abgelehnt. Währenddessen wettet der SPD-Chef Müntefering gegen die „Kälte des Kapitalismus“. Eine steuerpolitische Linie ist bei Regierung und Koalitionsparteien weniger denn je zu erkennen.

Progressive Steuerpolitik durchsetzungsfähig machen

Aus dieser steuerpolitischen Ausgangslage ergeben sich eine Reihe von strategischen

Überlegungen für die Weiterarbeit im Bereich progressiver Steuer- und Abgabepolitik.

Die zentrale Herausforderung liegt vor allem in einer überzeugenden Antwort auf den Niedrigsteuereinkurs der Neoliberalen.

Diese Herausforderung besteht nicht nur in Deutschland, sondern in praktisch allen Wohlfahrtsstaaten. Überall versuchen neoliberale Interessengruppen an der Einnahmeseite den Hebel zum Abbau des Sozialstaates anzusetzen. Die Neoliberalen können hier an der verbreiteten Staatsskepsis in der Öffentlichkeit anknüpfen. Paradoxerweise stehen gerade Bezieherinnen und Bezieher kleiner Einkommen allem Staatlichen besonders skeptisch gegenüber, obwohl sie von den öffentlich finanzierten Leistungen und Ein-

richtungen profitieren.³ Im Bereich der Steuern kommt es zu einer ebenso paradoxen innerlichen Solidarisierung von Klein- und Kleinstbetrügnern mit Personen und Firmen, die Steuerhinterziehung mit krimineller Energie in großem Ausmaß betreiben. Diese seltsame Koalition ist derzeit bei der Diskussion um das Bankgeheimnis zu besichtigen.

Gewerkschaften, Sozialverbänden, progressiven Teilen der Kirchen und Attac ist es nicht gelungen, eine Stimmung *gegen* die unsoziale Steuerpolitik unter Rot-Grün zu erzeugen, obwohl ökonomisch viel auf dem Spiel stand. Genauso wenig konnten die Umweltverbände verhindern, dass sich eine breite Anti-Ökosteuer-Stimmung in der Bevölkerung verankert hat, obwohl es um ein Flaggship der Öko-Lobby ging..

Das Mantra „Steuersenkungen sind gut für alle“ kann wohl nur durch eine langfristig angelegte Kommunikationskampagne durchbrochen werden. Eine solche Kampagne kann nur erfolgreich sein, wenn sie Steuerpolitik nicht als ein technisches Thema mit steuerfachlichen Details und sperrigem Vokabular darstellt. Notwendig ist vielmehr, einige Kernbotschaften zu vermitteln wie etwa :

- Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache Schultern.
- Einkünfte aus Arbeit und Kapital sollen gleichhoch mit Steuern und Abgaben belastet werden. Die Bevorzugung der Kapitaleinkünfte gehört abgeschafft.
- Steuerschlupflöcher schließen – im Inland und im Ausland
- Vermögen muss angemessen besteuert werden.
- Wer viel zur Umweltzerstörung beiträgt, soll auch höhere Steuern bezahlen.

³ Das erscheint freilich weniger paradox, wenn man bedenkt, welche Alltagserfahrung viele sozial Benachteiligte mit dem Staat machen, der ihnen v.a. als gängelnde Sozialbehörde oder gar mit seinem Justizsystem entgegentritt. Trotz aller Kompliziertheit des Steuerrechts ist es vermutlich schwerer Sozialhilfe oder Hartz IV zu erhalten als eine Einkommenssteuer-Rückzahlung.

- Steuern und Abgaben sind kein Übel, sondern Zeichen einer zivilisierten Gesellschaft.

Diese Kernaussagen eignen sich so jedoch nicht für politische Kampagnen. Vielmehr müssen sie mit konfrontativen und zuspitzenden Aufhängern unter die Bevölkerung gebracht werden. Ein gutes Beispiel war die von Attac geführte Kampagne gegen die Steuertricks von Vodafone in der Folge der Mannesmann-Übernahme. Eine Reihe solcher Aktionen kann die öffentliche Meinung nachhaltig beeinflussen. Um auch mit begrenzten Ressourcen Erfolg zu haben, muss man auf eine konfrontative Strategie setzen.

Geeignet sind dazu nicht unbedingt die Themen, wo das Problem am größten ist, sondern wo die Gegnerinnen und Gegner am klarsten erkennbar sind. Im Steuerbereich sind dies insbesondere die Profiteure von Steuergeschenken, -vermeidung und -hinterziehung. So wurde deutlich sichtbar, wie unbeliebt Konzerne und Vermögende sind, die sich trotz hoher Gewinne und Einkommen um das Steuerzahlen drücken. Über konkrete Beispiele ist es möglich von einer technisch-ökonomischen Diskussion über Steuerschlupflöcher zu einem Skandalisierungs- und Aufdeckungsdiskurs zu kommen, der die Absurditäten und Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems deutlich machen.

Warum kein Wettbewerb mit der Suche nach dem „Steuervampir des Monats“? Warum kein Ranking von Unternehmen nach ihrer Steuermoral? Warum kein Ranking von Banken nach ihrer Präsenz in Steueroasen? Warum keine Kampagne „Ich zahle mehr Steuern als Daimler!“? Mit einer solchen Kampagne hat etwa die US-Bürgerinitiative „Citizen for Tax Justice“ in den 80er Jahren den konservativen Präsidenten Reagan zur Einführung einer Mindestbesteuerung für Konzerne gebracht. Unternehmen mit wertvollen Markennamen reagieren empfindlich auf breit vorgelegte öffentliche Kritik.

Sicher kann man nicht erwarten, dass sie aufgrund des Drucks von Bürgerinnen und Bürgern allein brav Steuern bezahlen. Allerdings können gezielte Kampagnen das öffentliche Interesse wecken und so auch zu schärferen Gesetzen beitragen.

Solchen „Naming- und Shaming“-Kampagnen steht in Deutschland leider im Wege, dass die notwendigen Steuerdaten kaum zur Verfügung stehen. Nur schwer ist mit unangreifbarer Korrektheit zu sagen, wer wie wenig Steuern bezahlt hat. Deshalb würden die Möglichkeiten von progressiven Steuerkampagnen deutlich verbessert, wenn die Veröffentlichungspflichten von Unternehmen über ihre Steuerzahlungen erweitert würde. In anderen Ländern – etwa den USA und skandinavischen Ländern – ist das gängige Praxis.

Zudem müssen wir die Verliererinnen und Verlierer sichtbar machen: Wie viel Schulen können saniert, wie viele Kindergartenplätze eingerichtet werden und wie viele Naturschutzgebiete gepflegt werden, wenn Steuerschlupflöcher geschlossen werden? Die krassen Zahlen der Steuerungerechtigkeiten müssen unter das Volk!

Solche Kampagnen können jedoch langfristig nur Erfolg zeigen, wenn sie mit grundlegender Aufklärung über Steuerfragen verbunden sind. Verfügen die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht einmal über steuerliches Grundwissen, wird es uns kaum gelingen, mehr demokratische Kontrolle und Einfluss der Bürgerinnen und Bürger in der Steuerpolitik zu erreichen. Die Kampagnen sind der Hebel, ökonomische Aufklärung das Ziel.

Zunehmende Ungleichheit skandalisieren

Eine wesentliche Achillesferse der neoliberalen Konzeption liegt in den ungleichen Verteilungsergebnissen und der steigenden ökonomischen Unsicherheit. Sie sind prägender Bestandteil der neoliberalen Konzeption und daher innerhalb des neoliberalen Ansatzes unvermeidlich.

Die große Mehrheit der Bevölkerung hat auf dem Hintergrund von über Jahrhunderte geprägten Gerechtigkeitsgefühlen fundamental andere Auffassungen als die neoliberalen Strateginnen und Strategen. Ungleichheit halten die meisten Menschen nur in relativ engen Grenzen für legitim. Im Jahre 2003 besaßen die oberen 50% der Haushalte 96,3% des (Netto-) Vermögens in Deutschland, die unteren 50% mussten sich mit 3,8% zufrieden geben (2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bun-

desregierung 2005). Die (Einkommens-)Armutquote ist zwischen 1998 und 2003 von 12,1% auf 13,5% angestiegen. Das ist sicher jenseits dessen, was die meisten Menschen für erträglich halten. Die Vermögensunterschiede sind auch im Vergleich zu ungleichen Einkommen besonders schlecht legitimiert, weil von ihnen keinerlei Leistungsanreiz ausgeht.

Bundesregierung wie Opposition blieben bisher jegliche glaubwürdige Antwort schuldig, wie sie diese enormen Unterschiede der Vermögensverteilung verändern wollen. Kein Wunder, denn dazu müsste man das Gegenteil von dem tun, was die Regierung und Opposition in den letzten Jahren gemeinsam gemacht haben. Nur mit höheren Steuern auf Vermögen und Erbschaften und einer konsequenten Förderung von Benachteiligten kann die ungleiche Vermögensverteilung korrigiert werden. Es erscheint unwahrscheinlich, dass der Anspruch auf faire Verteilung des Reichtums in den europäischen Ländern verstummen wird. Damit wird auch der Ruf nach einer Steuerpolitik hörbar bleiben, die den Anspruch hat, die ungerechte Vermögensverteilung zwischen Arm und Reich korrigiert. Steuerpolitische Positionen alternativen Zuschnitts werden damit immer wieder willkommene Unterstützung erfahren.

Unsere Aufgabe besteht allerdings darin, das laufende „Umerziehungsprogramm“ zur Akzeptanz von Ungleichheit zum Scheitern zu bringen. Es gilt die Verteilungsergebnisse des deregulierten Marktes in Misskredit zu bringen. Die zunehmende Armut muss sichtbar werden, wie der ausufernde Reichtum auch. Wir sollten die unmoralische Seite der Forderungen der politischen und ökonomischen Eliten brandmarken, die längst in einer sicheren, anderen Welt leben als ihre Opfer. Das gilt auch für Politikerinnen und Politiker sowie die meisten Verantwortlichen in Medien, Interessensverbänden und Wirtschaftsforschungsinstituten. Ihre Politik wird dadurch angreifbar, dass sie eine Verarmungspolitik anderen zumuten,

sich selbst jedoch davon ausnehmen. Sie erscheinen damit als korrupte Profiteure.⁴

Angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung steigen die staatlichen Aufgaben. Vor allem schlechter qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen unter massiver Konkurrenz aus den Billiglohnländern, während gut Qualifizierte sogar höhere Löhne und Arbeitgeber in den Gewinnerbranchen höhere Gewinne herausholen können. Während erstere in zunehmend prekären und unsicheren ökonomischen Verhältnissen leben, stehen den Bezieherinnen und Beziehern von Kapitaleinkünfte größere Besitztümer, Freiheiten und Sicherheiten zur Verfügung denn je. International ist daher eine Politik notwendig, die den Entwicklungsländern ein schnelles Aufholen ermöglicht.

Innerhalb der Industrieländer ist es dagegen nur fair, wenn der Staat für einen Ausgleich zwischen Verliererinnen und Verlierern bzw. Gewinnerinnen und Gewinnern der Globalisierung sorgt. Dazu gehört zum einen Absicherung für die Arbeitnehmenden und Arbeitnehmer, die durch Arbeitslosigkeit Einkommensausfälle haben. Zum anderen braucht es ungleich höhere Investitionen in Bildung und Innovation, um möglichst vielen einen Zugang zu den ökonomischen Vorteilen der Globalisierung zu ermöglichen. Für beides sind öffentliche, steuerfinanzierte Ausgaben notwendig. Diese stehen aber unter dem derzeitigen Steuersystem unter Globalisierungsstress. Globalisierung schränkt also auch gleichzeitig die Möglichkeiten des Staates ein, Verliererinnen und Verlierer zu entschädigen.

Internationale Sachzwänge einschränken

Ein wesentlicher Grund, warum höhere Steuern auf Kapitaleinkommen und Vermögen schwer

durchsetzbar sind, liegt in der zunehmenden Ausweichreaktion des Kapitals in sogenannte Niedrigsteuerländer. Internatio-

⁴ So spart etwa der Bundeskanzler seit 2005 jährlich durch seine Steuerreform etwa 17.110 € an Steuern und ein Mitglied des Bundestages (verheiratet, zwei Kinder) 6.210 €!

nale Steuerflucht und Steuervermeidung sind dabei nichts anderes als die Verweigerung des Kapitals sich an der Finanzierung des sozialen Ausgleichs zu beteiligen. Internationale Steuerumgehung ist zum Hebel für die Hinnahme sozialer Ungleichheit geworden. Sie stellt den historischen Klassenkompromiss in den Wohlfahrtsstaaten fundamental in Frage.

Diesen Problemen dürfen progressive Alternativkonzepte nicht ausweichen, wenn sie glaubwürdig sein sollen. Die Möglichkeiten internationaler Steuerkoordination und Steuerharmonisierung müssen konsequent ausgeschöpft werden. Leider konnten dabei innerhalb von OECD und EU kaum Fortschritte erzielt werden. Beschlüsse zogen sich unerträglich lange hin und die erreichten Kompromisse waren zur Lösung der Probleme weitgehend unwirksam (Giegold 2004). Daher sollte Deutschland ergänzend zu den multilateralen Verhandlung auf Maßnahmen setzen, die nur mit Staaten abgestimmt werden, die ebenfalls zum Handeln gegen internationales Steuerdumping entschlossen sind. So könnte ohne Rücksichtnahme auf klassische Steueroasen entschieden vorgegangen werden. Natürlich bleibt dabei das Ziel erhalten, letztlich konsequente Maßnahmen innerhalb von EU, OECD und UNO zu vereinbaren. Nur wenn steuerliche Fragen einen zentralen Stellenwert in der Außenpolitik bekommen, kann ein sozial gerechtes Steuersystem auch unter den Bedingungen der Globalisierung entwickelt werden.

Außerdem muss der immer noch erhebliche nationale Handlungsspielraum zur Bekämpfung von Steuerflucht und internationaler Steuervermeidung genutzt werden. Eine wichtige Aufgabe für die Kritikerinnen und Kritiker des internationalen Steuerwettlaufs nach unten, liegt daher darin, ein detailliert ausgearbeitetes Konzept zur Bekämpfung von Steuerflucht und internationaler Steuervermeidung vorzulegen und dafür Unterstützerinnen und Unterstützer zu suchen. Nur wenn es gelingt den internationalen Druck auf ein umverteilendes Steuersystem entscheidend zu mildern, können wir der dominanten steuerpolitischen Logik etwas Überzeugendes entgensetzen.

Solange dieser Druck unvermindert fortbesteht, wird sich die letztlich die folgende Position durchsetzen: Entweder Kapitaleinkünfte werden sehr deutlich niedriger besteuert als Arbeitseinkünfte – Dualisierung des Steuersystems oder großzügige Ausnahmen für Kapitaleinkünfte – oder der Anspruch auf Umverteilung innerhalb Einkommensteuer wird aufgegeben mit radikal niedrigem Spitzensteuersatz weitgehend aufgegeben (Flat Tax, Kirchhof-Modell). Ohne entschiedene Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung auf nationaler und internationaler Ebene haben wir diesem scheinbaren Sachzwang zu niedrigen Steuersätzen auf mobile Kapitaleinkünfte wenig entgegenzusetzen.

Eigene Glaubwürdigkeitslücken schließen

Progressive Steuerpolitik wird jedoch nur dann eine Chance haben, wenn die eigenen blinden Flecken progressiver Steuerpositionen offensiv angegangen werden. So ist es etwa einem Teil der Gewerkschaften aber auch politischen Parteien schwer gefallen, Mängel im öffentlichen Dienst anzugehen. Gerade wer den öffentlichen Sektor verteidigen und ausbauen will, muss an seiner Bürgernähe und Effizienz ein großes Interesse haben. Die Attacken auf die sozialen Errungenschaften werden den Neoliberalen durch zahlreiche negative Alltagserfahrungen der Menschen mit öffentlichen Einrichtungen stark erleichtert. Die weit verbreitete Einstellung „Gerade jetzt dürfe man darüber nicht öffentlich reden und auch noch spalten.“ wirkt sich dadurch letztlich kontraproduktiv aus.

Negative Alltagserfahrungen ergeben sich auch aus dem komplizierten Steuerrecht und der aufwändigen Form der Steuererklärungen. Selbst wer eigentlich einsieht, Steuern zu zahlen, wird die eigene „Liebe zur Steuer“ durch das Dickicht von Vorschriften und Formularen nicht leicht gemacht. Lange gab es eine Neigung von alternativer Seite das Thema einer Steuervereinfachung in das Reich des Bösen zu verdammen, weil es nur der Legitimation von Umverteilung von unten nach oben diene. Diese Position greift aber deutlich zu kurz und holt die Bürgerinnen und Bür-

ger nicht bei ihrer eigenen Erfahrung ab. Es geht aber einfacher und gerechter zugleich! Das gemeinsame Konzept von ver.di, IG Metall und Attac für eine „Solidarische Einfachsteuer“ weist in die richtige Richtung.

Probleme gibt es auch beim immer wieder geforderten Abbau schädlicher Subventionen. Viele Subventionen des Staates gehen in Bereiche, die nicht zukunftsfähig sind: Eigenheimzulage für Einfamilienhausbauten auf der grünen Wiese, Steinkohlesubventionen, Steuervergünstigungen für den klimaschädlichen Flugverkehr, Alimentierung einer tierquälerischen und landschaftszerstörenden Landwirtschaft, die dazu noch ungesunde Produkte erzeugt. Wer immer den Ab- oder Umbau dieser Subventionen fordert, legt sich mit mächtigen Interessensgruppen an, riskiert auch unter den Gegnerinnen und Gegnern des neoliberalen Umbaus Begünstigte zu verärgern. Wer ihn jedoch nicht fordert, macht sich in der Steuerpolitik schnell unglaubwürdig. Das wiegt letztlich schwerer.

Den Neoliberalen ist es dagegen zunehmend gelungen, öffentliches Handeln als grundsätzlich ineffizient und bürokratisch darzustellen. Der anti-neoliberalen Koalition gelingt es viel zu selten, deutlich zu machen, welche Vorteile öffentliches soziales Handeln für die große Mehrheit der Bevölkerung hat. Die Erfolgsgeschichten müssen hörbar werden: So gibt es den hohen Wohlstand und die hohe Lebensqualität in Skandinavien nicht trotz, sondern wegen einer stärker regulierten Wirtschaft. Die effiziente Verwaltung und Verwendung von Rentenversicherungsbeiträgen in den öffentlichen Rentenkassen im Vergleich zu den ineffizienten und risikobehafteten Pensionsfonds. Wir sollten also sowohl das Versagen von Märkten bekannt machen, als auch die Erfolge regulierender Eingriffe verbreiten.

Wenn es nicht gelingt, die Funktionsfähigkeit und den Ruf der öffentlichen Einrichtungen und Institutionen grundlegend zu verbessern, besteht die große Gefahr, dass viele Menschen das Interesse an ihnen verlieren. Die Besserverdienenden werden dann private Institutionen nutzen und damit zum weiteren Verfall des öffentlichen Systems beitragen. Daher ist es so wichtig, die immer weitere Qualitätsspal-

tung zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Altersversorgung aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen. Sonst wird der Rückbau des öffentlichen Raums und seiner Finanzierung schnell zu einem sich selbst verstärkenden System.

Ungewöhnliche und breite Allianzen schmieden

Die Strategie den öffentlichen Sektor systematisch zusammen zu kürzen, wird auch von den rechten Parteien und unter Unternehmerinnen und Unternehmern keineswegs so konsensual geteilt, wie es in Stellungnahmen einschlägiger Verbände erscheint. So mehren sich in den letzten Monaten öffentliche Stellungnahmen von Unternehmerinnen und Unternehmern, die den Sinn der bisherigen ökonomischen Strategie bezweifeln (etwa Porsche-Chef Wiedeking und DM-Gründer Götz Werner). Bei weiter lahmender Binnenkonjunktur wird vielleicht auch der ein oder andere Unternehmensverband seine Position überdenken.

Dabei darf man sich keine Illusionen machen. Bei den wirtschaftsliberal orientierten Parteien und Interessensgruppen bis in die Sozialdemokratie hinein, gibt es eine offene oder klammheimliche Freude über die steuerlichen Sachzwänge. Der „Reform“druck auf den Sozialstaat wird vom großen Teil der Elite in den Industrieländern gewollt.

Allerdings gibt es in Wirtschaft, Verwaltung und Politik wichtige Kräfte, die das Prinzip der Sozialstaatlichkeit und seiner solidarischen Finanzierung erhalten und fortentwickeln wollen. Bisher ist es aber praktisch nicht gelungen, diese Personen und Institutionen mit den Akteuren und Organisationen, die dem Neoliberalismus grundsätzlich skeptisch gegenüber stehen, zusammen zu bringen und zumindest punktuell zusammen zu arbeiten. So müsste es viele eher auf den deutschen Markt orientierte Unternehmen auch ärgern, dass sie viel mehr Steuern zahlen als transnationale Unternehmen. Auch viele Gutverdienende haben eine grundsätzlich positive Einstellung zum Sozialstaat und wollen nicht in einer sozial gespaltenen Gesellschaft le-

ben, in der sich letztlich niemand mehr sicher fühlen und frei bewegen kann.

Schließlich gibt es angesichts eines Anteils des öffentlichen Sektors von 47,5% am Bruttoinlandsprodukt in 2004 viele Menschen und Einrichtung, die dem Neoliberalismus skeptisch gegenüber stehen, etwa Verantwortliche in den Kommunen, in den sozialen Einrichtungen, Kirchen und Bildungsinstitutionen. Doch leider melden sie sich steuerpolitisch viel zu selten öffentlich zu Wort. Hier liegt ein weites Betätigungsfeld für Bündnisse.

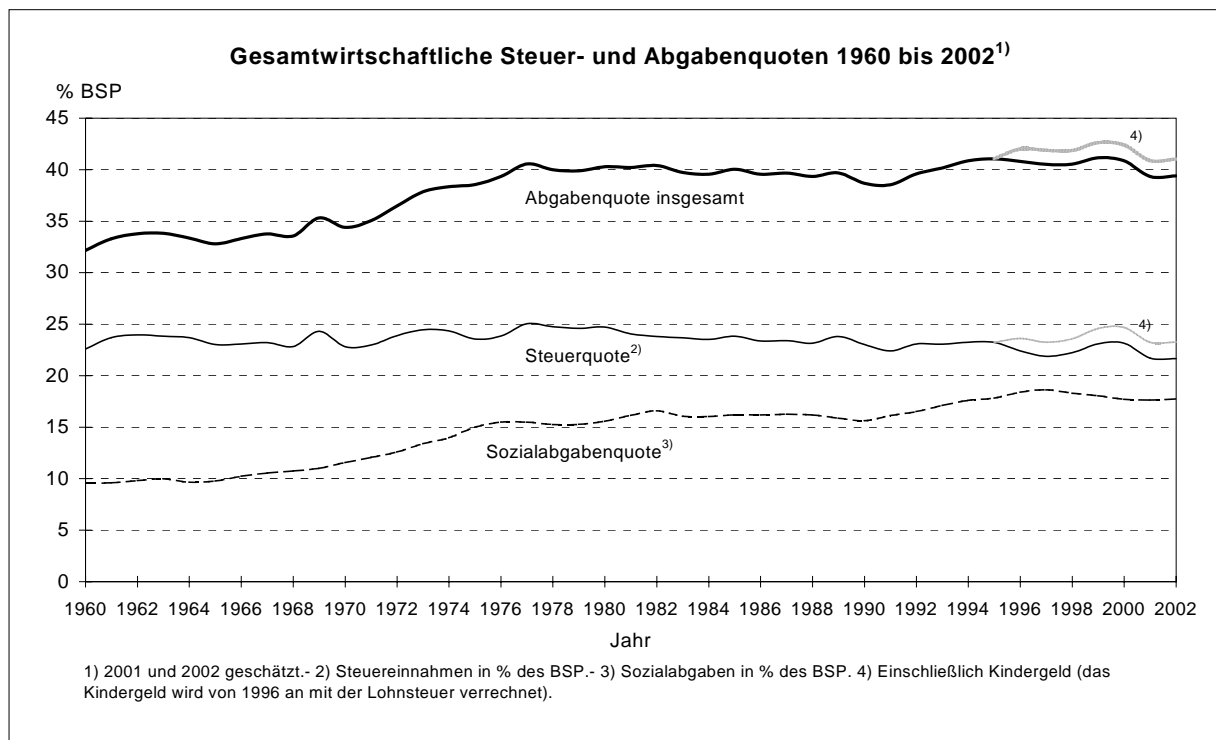
Perspektive: Netzwerk Steuergerechtigkeit in Deutschland

Ein wichtiger Schritt gegen Steuerflucht war die Gründung des „Tax Justice Network“ im Februar 2003. Dieses internationale Netzwerk wurde auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002 als europäischer Zusammenhang gegründet und weitete sich im Januar 2003 beim Weltsozialforum auf die internationale Ebene aus.

Die grundlegende Erklärung des Netzwerks wurde inzwischen von Gewerkschaften, religiösen Organisationen, Nicht-

regierungsorganisationen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Fachleuten unterzeichnet. Organisationen und Einzelpersonen aus zwanzig Ländern sind inzwischen an dieser Arbeit beteiligt. Das internationale Netzwerk wird außerdem den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Ländern verstärken. Nur durch ein breites internationales Netzwerk kann es gelingen, dass in den verschiedenen Staaten die gleichen Forderungen zur Bekämpfung der Steuerflucht erhoben werden. Nur durch international abgestimmte Aktionen und Kampagnen werden wir unsere Forderungen durchsetzen können.

Im November 2004 wurde das Netzwerk auch in Deutschland auf den Weg gebracht. Mit etwas Geschick kann sich das Netzwerk zu einem spannenden Akteur entwickeln, der steuerpolitisch kritische Kräfte aus den Kirchen, Sozialverbände, Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zusammenbringt und gemeinsame Kampagnen organisiert, bei denen sich alle auf ihre Art und Weise einbringen können.



Literaturt

Attac France, 2005: Vivent les impôts!, Mille et une nuits, Paris.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), 2005: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung, Berlin.

Ganghof, Steffen, 2004: Wer regiert in der Steuerpolitik? Einkommensteuerreform zwischen internationalem Wettbewerb und nationalen Verteilungskonflikten, Frankfurt/Main.

Giegold, Sven, 2003: Steueroasen trockenlegen. Die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen. Attac-Basistext 4, Hamburg.

Giegold, Sven , 2004: Symbolische Politik – die multilaterale Regulierung der Steuerflucht. In: WSI-Mitteilungen 12.

Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M. 2002: Wer soll das bezahlen? Wege zu einer fairen und sachgerechten Besteuerung – Begrenzung der Belastung für alle. Mindest-Belastung für die Großen, Marburg.

ver.di/IG Metall/Attac, 2004: Konzept für eine Solidarische Einfachsteuer, Berlin-Frankfurt a.M.

Welfare and Taxation of Capital

I should like to start from the premise and conviction that today, for a variety of reasons, the question of the expansion of Welfare must be posed and, more in general, that of public intervention in the economic sphere. This premise is useful in order to give emphasis to a debate on the role of taxation in alternative economic policies.

In fact it is basically impossible to demand greater public intervention in the economic sphere without bringing up the issue of taxation and of how to vary and, possibly, increase it. To demonstrate this, we might remember the impact and importance over the past few years of proposals such as the Tobin Tax or the global taxes that the movement against neoliberal globalisation has been discussing for some time now. The implicit reasoning is that it is logical, when proposals for new public spending are formulated, to indicate the resources that are to be used for financing them.

This is an acceptable point of view, although in my opinion it should not be pushed to the point of interiorising the “accountant’s nightmare”, postulating *a priori* the necessity of respecting the rules of balance sheets, such as a certain ratio between deficit and GDP. My objective is rather to tackle the issue of taxation without rhetoric, aware that it is, in any event, a central issue for the definition of the alternative economic policies we are discussing.

According to the orthodox (neo-classical) view, the effects of taxation can be analysed by imagining a benevolent social planner who selects tax rates in order to achieve the greatest possible social well-being. The latter, in turn, shows some aversion to inequality according to a specified social welfare function. Thus the debate rests on an abstract, ethical basis and on principles, without the link between social preferences and patterns of conflict from which they emerge ever being specified and, most of all, without making any specific hypothesis as to the effectiveness

of a specific tax. The assumption of perfect competition on the consumption and labour market simply serves to avoid examining the question about the incidence of taxes, i.e. about the difference between official contributors and real contributors.

Instead, in heterodox economic thought (Laramie 1994 and the literature quoted), the effects of taxation depend on numerous factors, including in particular the structure of taxation, the use made of the proceeds from taxes, and the power that different members of society have to react to taxation. Within this current of thought there exists an extremely pessimistic view of the possibility of exerting any direct influence on the process of capital accumulation through taxation. Particularly in times of acute social conflict, if capitalists and rentiers are able to shift taxes, they will, and thus the whole burden of taxation will be borne by the workers (who the ultimate beneficiaries are will depend on the use that is made of it in public spending). From this point of view, redistribution carried out by an apparently progressive system of taxation might just be a pretence, even though useful for giving legitimacy to the dominant economic state of affairs.

This line of thought leads us to focus our attention on the pattern of profits and not simply to stop at a formal or accountant’s analysis of the distribution of proceeds from taxes. This is an important idea that has precise consequences if applied to the situation in Europe, where an interesting interpretative conflict is being witnessed between supporters and opponents of the so-called *convergence hypothesis* (Navarro/Schmitt/Astudillo 2004).

With the increasing integration of financial markets, many had advanced the theory that taxation of moveable items (first and foremost capital) would inevitably see a downward trend, with a consequent increase in taxes on work, consumer items and real estate. In the long term, the impossibility of reducing salaries and con-

sumer spending would necessarily determine a downward convergence in public spending and welfare, thus giving us the term *convergence hypothesis*. However, an analysis of the figures regarding public spending and taxation over the past two decades does not produce immediate confirmation of this hypothesis for the countries of the OECD. Indeed, particularly in Europe, the ratio between taxation of prof-

its and capital and total tax revenue, as well as the relationship between these taxes and the GDP increased during the 'Nineties (Navarro/Schmitt/Astudillo 2004) and this figure does not change substantially if it is broken down on the basis of purely juridical criteria, for example distinguishing corporate taxes from other taxes on capital (Table 1).

Table 1: Fiscal revenues as a % of GDP-European Union (Bernardi/Profeta 2004)

Source of revenue	1980	1985	1990	1995	1999
Personal income	9,30%	9,00%	8,90%	9,60%	9,90%
Corporate Income	2,20%	2,80%	2,90%	2,40%	2,80%
Other direct taxes	1,20%	1,30%	1,40%	1,30%	1,80%
Indirect taxes	13,20%	13%	13%	13,60%	14,60%
Social contributions	13,40%	13,80%	13,70%	15%	14%
Total fiscal revenues	39,30%	39,90%	39,90%	41,90%	43,10%

Table 1 tells us that, on the whole, taxes on the profits made by corporations have represented an almost constantly growing quota of the GDP over the past two decades of the last century and that, when considering the entire 1980-1999 period, these taxes were those that increased most in relative terms (excluding the remaining category of '*other direct taxes*').

It would certainly be a surprise to many of us if we were to conclude that during the past two decades in Europe profits were more heavily taxed than in the past. Obviously things are not quite so simple and the figures require a dual attempt at interpretation. Firstly the ratio between taxes and GDP must be broken down into its two main components, i.e. on the one hand the ratio between taxes and profit and, on the other, the ratio between profit and the overall GDP. This makes it possible to take into account (actually in a rather approximate way) the functional distribution of income and not only its distribution according to accounting procedures. However, the most important effort to be made regards an understanding of the new balance of power that is determined within the capitalist economic system.

We must not allow ourselves to be tricked by the fact that taxes are classified on the basis of purely formal criteria, for example the limited liability that a certain business enterprise enjoys, and thus lump together situations that are logically and economically very different. The small local, or family businesses of which there are so many in the Italian economy, for example, can in no way be confused with the big multinational corporation or with the branch of it that operates in our country, even though the fiscal system adopts rules that are technically the same, or very similar, for their taxation. The processes of integration of the financial markets and of the delocalisation of the labour force are increasingly determining elements for the balance of power between capital and labour, so that we shall expect taxation to reflect the role played by these two elements.

Table 2: Profits, effective tax rates and taxes on 140 European multinationals

(R&S, 2002-bn of euros)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Profits	56.490	55.197	90.617	105.258	119.559	144.135	137.616	170.992
<i>change*</i>		-2,3%	64,2%	16,2%	13,6%	20,6%	-4,5%	24,3%
Tax rate	43,4%	42,6%	33,3%	36,8%	35,1%	32,6%	32,5%	33,9%
<i>change*</i>		-1,9%	-21,8%	10,5%	-4,6%	-7,1%	-0,3%	4,3%
Taxes	24.506	23.492	30.178	38.728	41.987	47.023	44.740	58.000
<i>change*</i>		-4,1%	28,5%	28,3%	8,4%	12,0%	-4,9%	29,6%

Following this point of view it is particularly interesting to take a look at the trend in profits and taxation in European multinationals over the past 10 years (R&S 2002). The multinationals are the businesses that normally manage to fully exploit the pro-

Two pieces of evidence are worth highlighting. Firstly, starting out from 1992, both profits and taxes increase nominally but this happened with very different growth rates of respectively 203% and 137%. Consequently the real rate imposed on the European multinationals considered here has *dropped*, again taking 1992 as the starting point, by 10% in absolute terms and 22% in relative terms.

The second observation that should be made is the following: although we can not speak of statistically significant trends, both taxes and profits increase from one year to the next in 5 of the 7 years under consideration, whilst the real tax rates drop in 5 of the 7 years considered. As previously observed, these trends would not be immediately evident, if we merely analysed the ratio between taxes and GDP which would presumably show a rise, since increases in the nominal tax rates paid by the multinationals under consideration are far higher than the nominal growth rates of the European GDP in the 1992-1999 period. To sum up, since the share of wealth that has gone to profits has grown, an increase has also been shown in taxes compared to the GDP which is in any case *lower* than it would have been if the real rate had remained unvaried.

esses of integration and delocalisation that have been mentioned. Table 2 shows some assembled figures referring to 140 of the leading multinationals with head offices in the EU.

Here another problem arises, due to the fact that according to many observers the real tax rate should not have changed much during the course of the 'Nineties as the evident reductions in the legal (or statutory, if we like) rate should have been compensated for by the broader taxable base (Gorter/de Mooij 2001). From this point of view the recent German and Italian reforms serve as excellent examples. And yet the real rate applied to the European multinationals considered in Table 2 shows a certain (though not total) tendency to decrease.

How has this phenomenon come about? Basically, there are two possible answers. The first is that the European multinationals under consideration were not affected by the broadened taxable base because they were able to shift large portions of their tax bases to low-tax countries by means of tax evasion manoeuvres and transfer prices. This is certainly a plausible hypothesis but an analysis of the figures regarding sales trends and employment abroad does not seem to indicate the particular significance of this delocalisation factor for the period and for the multinationals under consideration. There is, therefore, another hypothesis of particular interest which regards on the one hand how the profits are made up and, on the

other, the design of the tax base and how it is broadened.

In general terms we can distinguish between two components that contribute to making up profits. The first is the gross operating margin, in other words the difference between turnover and the cost of labour; the other is made up of items not immediately connected to labour, which determine the difference between the gross operating margin and profit. Amongst these items are the rate of depreciation of physical capital, interests received and paid, as well as re-evaluation and earnings from financial capital. Now a

of the profits is actually not taxed. Normally fiscal systems include the gross operating margin in their tax base, whilst the measures regarding other components vary greatly from system to system (and in fact the widening of the tax base in Germany was achieved by modifying the depreciation factors that could be applied to physical capital). This would seem to suggest that it may well be that these other components have increased in the period under consideration, boosting profits but not determining any real increase in tax liabilities. The figures seem to suggest that this is a plausible theory. In fact the ratio between gross operating margin and gross

Table 3: Profits and gross operating margins of 140 European multinationals

(R&S, 2002-bn of euros)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Profits	56.490	55.197	90.617	105.258	119.559	144.135	137.616	170.992
<i>change*</i>		-2,3%	64,2%	16,2%	13,6%	20,6%	-4,5%	24,3%
GOM	142.710	144.884	179.149	200.497	206.288	237.415	243.285	281.304
<i>change</i>	-	1,52%	23,65%	11,92%	2,89%	15,09%	2,47%	15,63%
Profits/GOM	2,53	2,62	1,98	1,90	1,73	1,65	1,77	1,65

reduction in the ratio between taxes and profits, i.e. the reduction of the real tax rate previously noticed can, for example, come about because a major component

Among the other components, for instance, the dramatic increase in the amount of gains on disposal of fixed assets should be mentioned, which increases slightly less than fourfold compared to overall turnover in the 1992-1999 period, from 0.3% to 1.1%. Less evident but equally worthy of mention is the trend of financial balances (interest paid less the sum of interest received and share of profits of related companies) which improve over the decade.. To sum up, it is the financial items that seem to be assuming increasing importance (in relative terms) and which may be causing the lower effective tax rate experienced by European multinationals. Fiscal systems do, in fact, tend to concede preferential treatment to this component of

profits tends to diminish in the period under consideration, pointing to the greater impact of the other components mentioned (Table 3).

profit, allowing tax abatements on capital gains and the separate taxation of financial earnings among other facilitations. The figures refer to a period preceding the recent reforms, so that it will be interesting to verify the trends in the first few years of this century.

I believe that three indications emerge from this analysis for those who wish to work on new fiscal policy from a non-orthodox perspective. The *first* one is that close attention must always be paid to the way in which figures are presented, in order to avoid being misled or misunderstood. The *second* one is the persistently valid warning by O'Connor (1973), according to whom an apparently progres-

sive, or in any case apparently equitable, fiscal system bears within it mechanisms which are the result of the balance of power and that make it a regressive system in practice. This may have been happening over the past decade with the financialisation, so to speak, of the profits made by European multinationals, though this is simply an interpretative hypothesis that yet has to be confirmed.

The *third* indication is that it is probably necessary to move towards a tax on capital that is as inclusive as possible and leaves the smallest possible margins for elusion or shifting (backward or onward). From this perspective, I believe, it is important to start thinking about the necessity of applying a minimum tax on European multinationals, calculated not on the basis of profits but on the overall value of their assets.

Nonetheless, proceeding in this direction makes it necessary to deal with two further issues, which can only be hinted at here. *Firstly*, we must not forget that introducing new forms of taxation may be quite irrelevant for the processes of accumulation and distribution of income within a capitalist economic system, if income from employment can be continually reduced. In other words, it is not by financial engineering that we shall solve the problem of transferring back (to the workers) the taxes that are nominally imposed on profits.

From this point of view, we can not do without an analysis of the conflict, and the difficulty of the situation is clear to everyone. For the sake of cohesion it is sufficient to remember that out of the turnover of the 140 European multinationals, I have referred to, the incidence of labour costs has diminished more or less constantly, from 22% in 1992 to 18.2% in 1999. The fact that financialisation may have made elusion and tax erosion possible does not stop capital, if necessary, from having recourse to a shift of the burden of taxes through the reduction of salaries and to

poorer living and working conditions in the future. In this perspective it becomes particularly important to make use of a convincing model of analysis, perhaps taking up again those developed by Anthony Laramie and Douglas Mair over recent years.

The *second* issue to deal with for a radical review of capital taxation is linked to the fact that we can not ignore the question of who should make use of the possible revenue from these taxes and how. There is a current of post-Keynesian literature which argues the necessity of financing a European economic policy as the key to re-launching growth and employment in our continent (Arestis/Mc Cauley/Sawyer 2001). Perhaps we should also be discussing this in order to decide whether or not it is a politically and economically viable option.

References:

- Arestis, Philip/Mc Cauley Kevin/Sawyer, Malcom, 2001: An alternative stability pact for the European Union. In: Cambridge Journal of Economics, Vol. 25.
- Bernardi, Luigi/Profeta, Paola (Eds.), 2004: Tax systems and tax reforms in Europe, London.
- Gorter, Juri/de Mooij, Ruud, 2001: Capital income taxation in Europe. Trends and trade-offs, Amsterdam.
- Laramie, Anthony, 1994: Taxation. In: The Elgar Companion to Radical Political Economy, Aldershot.
- Navarro Vicente/Schmitt, John/Astudillo, Javier, 2004: Is globalisation undermining the welfare state? In: Cambridge Journal of Economics, Vol. 28/1.
- O'Connor, James, 1973: The fiscal crisis of the State, New York.
- R&S, Ricerche e Studi, 2002: Multinationals: Financial Aggregates (274 Companies), Milan.

Alternative Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen eines geringen Wirtschaftswachstums

1. Die Problemlage

Seit der weltweiten Wirtschaftskrise von 1974/75 hat sich im Vergleich zu den Nachkriegsjahrzehnten in den meisten kapitalistischen Ländern das ökonomische Wachstumstempo spürbar verringert.

Karl-Georg Zinn (1997), Norbert Reuter (2000) und andere Ökonomen haben diese Tendenz untersucht. Sie stützen sich dabei u.a. auf theoretische Einsichten von John M. Keynes, der voraussagte, dass sich die reifen Volkswirtschaften auf einen quasi wachstumslosen Zustand zu bewegen würden. Eine ähnliche Stagnationsprognose wurde im Zusammenhang mit der Analyse des säkulären Strukturwan-

verantwortlich ist. Nachfragemangel hat zwei wesentliche Ursachen: relative Sättigung der wohlhabenden und reichen Gesellschaftsschichten sowie Kaufkraftmangel bei der breiten Masse. Letzteres überwiegt gegenwärtig bei weitem" (2005, 12).

Die reale Tendenzen des ökonomischen Wachstums und der Zunahme der Mas-seneinkommen bestätigen diese Aussagen, die wichtige Seiten der Krise des Fordismus seit Mitte der 70er Jahre widerspiegeln.

In Deutschland betrug das durchschnittliche Wachstumstempo des Bruttoinlandprodukts (BIP) in den Jahren 2001-2004 nur 0,7 Prozent. Die Prognosen für die Fortsetzung der leichten konjunkturellen

Erholung 2004 auch im Folgejahr 2005 wurden von den meisten Konjunkturforschern zurückgeschraubt. Auch in der zweiten Hälfte der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts werden sich die Wachstumsaussichten kaum verbessern. Die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP in Deutschland wird 2001/2010 voraussichtlich unter 1,5 Prozent liegen, und damit kaum höher als

die Zuwachsraten der Produktivität sein.

Eine Analyse der Nachfragefaktoren in den letzten Jahren bestätigt eindringlich, dass das Zurückbleiben der Binnennachfrage der Hauptgrund für das geringe Wirtschaftswachstum ist, und dass der Export der eigentliche Träger des Wachstums gewesen ist. Die Gesamtnachfrage

Tab. 1: Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den großen kapitalistischen Industrieländern (Angaben in Prozent)

	1950-59	1961-1970	1971-80	1981-90	1991-2000
USA	3,2	3,8	2,8	2,6	2,6
BRD	7,7	4,4	2,7	2,2	2,2
Japan	9,5	10,5	4,8	4,0	1,3
EWG/EU	5,2	4,8	3,0	2,4	2,0
G 7	5,7	5,5	3,3	2,7	1,8

Quelle: Klein (Hg.) 2003, 47.

dels auch von Jean Fourastie gegeben. Zinn betont in diesem Zusammenhang mit Recht, dass der „zentrale Punkt des Stagnationstheorems ... die erschlaffende Nachfrage in reichen Ökonomien (betrifft). Doch gerade das Nachfrageproblem wurde – und wird immer noch – von der neoliberalistischen Schule und ihren wirtschaftspolitischen Anhängern geleugnet. Es ist aber der Nachfragemangel, der seit etwa zwei Jahrzehnten die Produktion der Industrieländer – mit einigen Ausnahmen – bremst und für die Arbeitslosigkeit mit

die mit dem BIP plus Import korrespondiert, besteht aus den Komponenten:¹

- Binnennachfrage mit privatem Konsum, staatlichem Konsum, Anlageinvestitionen (private und öffentliche), Vorratsveränderung, die zusammen rund 72 % der Gesamtverwendung umfassen.
- Export mit rund 28 % der Gesamtverwendung.

Bezogen auf das BIP betragen die Anteile der einzelnen Komponenten:

- Konsumausgaben insgesamt: 76,7 %, darunter private Haushalte 57,0 %, Staat 19,6 %
- Anlageinvestitionen: 19,6 %
- Vorratsveränderung: - 0,9 %
- Außenbeitrag (Exportüberschuss): 4,6 %

Da die Inlandsverwendung insgesamt im Jahre 2004 absolut geringer war als im Jahre 2000 wäre ohne die hohe Exportdynamik auch die Entwicklung des BIP rückläufig gewesen. Trotz der hohen Zuwachsraten des Exports reichten diese jedoch nicht aus, um den Unternehmensinvestitionen einen positiven Impuls zu geben.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der neoliberalen Angebotsökonomien gingen trotz hoher Gewinnzuwächse die Investitionen zurück. Die realen Nettolöhne und Gehälter, die die Preiserhöhungen und die gestiegenen Beitragssätze der Sozialversicherung berücksichtigen, lagen 2004 um ca. 4 % unter dem Niveau von 1993. Der Trend, dass bei einem geringen Zuwachs der Nettonominallöhne die realen Nettolöhne schrumpften, setzte sich 1994-2000 und auch 2001-2004 durch.

Tab. 2: Entwicklung der Nachfragekomponenten in der Zeit von 1993 bis 2004 (Preisbasis 1995)

	Wachstum 2000 zu 1993 in % (1993 = 100)	Wachstum 2004* zu 2000 in % (2000 = 100)
Inländische Verwendung	111,3	98,2
Privater Konsum**	110,6	101,5
Staatskonsum	110,5	102,7
Ausrüstungsinvestitionen	133,2	89,0
Bauinvestitionen	98,4	85,4
Export	170	123
Import	164	102
BIP	113,8	102,7

* 2004 Vorausschätzung; ** Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck

Quelle: Für den Zeitabschnitt 1993-2000: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Für Stetigkeit – gegen Aktionismus, Jahresgutachten 2001/02, Tabelle 24*, Wiesbaden 2001; Für den Zeitabschnitt 2000-2004: Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 666 und Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003, Wirtschaft im Wandel, IWH 14/2003, Tabellen.

¹ Die folgenden Prozentangaben beziehen sich alle auf das Jahr 2003. (Berechnet nach: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004, Wirtschaft im Wandel, IWH 14/2004, Tabellen.)

Die realen Masseneinkommen, zu denen außer den Nettolöhnen und -gehältern auch die monetären Sozialleistungen gehören, sind in dieser Zeit durch höhere Sozialleistungen, eine Folge vor allem der Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, etwas gestiegen.

Im Jahr 2004 hat sich der Trend zur Veränderung der Verteilungsstrukturen der Primäreinkommen zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten verstärkt. Die Arbeitnehmerentgelte verharrten auf dem Stand des Vorjahres, durch die Preissteigerung sanken sie gegenüber dem Vorjahr real um 1,5 %. Dagegen nahmen 2004 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 10,7 % zu. Dadurch sank 2004 die Lohnquote um 2 Prozentpunkte, von 72,1 % auf 70,1 % (Angaben des Statistischen Bundesamts). Die Wirkungen der Hartz IV-Gesetzgebung werden dazu führen, dass diese Tendenzen, die die Binnenkaufkraft schwächen und die soziale Polarisierung verschärfen, auch 2005 fortgesetzt werden. Infolge der Agenda 2010 werden im Unterschied zu den Vorjahren auch die monetären Sozialleistungen als gesamtwirtschaftliche Größe im Jahre 2005 von starken Einschnitten betroffen sein.

Deutschland wies im Jahr 2004 nicht nur nach Japan den absolut höchsten Exportüberschuss, sondern auch das größte Exportvolumen aller Länder auf. Deutschland war im Zeitraum von 1999-2004 das Land mit der bei weitem geringsten realen jährlichen Wachstumsrate der Binnennachfrage: 0,6 % gegenüber den USA mit 3,5 %, Frankreich 2,6 % und Euroland 1,9 % bei zugleich der höchsten realen jährlichen Wachstumsrate des Exports: 5,9 % gegenüber Euroland mit 4,4%, Frankreich mit 2,6% und den USA mit 3,5% (Bofinger 2005, 185).

2. Konsequenzen für alternative Wirtschaftspolitik

Aus den Veränderungen im Wachstum ergeben sich einige neue Probleme und Fragen für die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion sowie Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik, dabei vor allem für die Ausarbeitung realistischer alternativer Konzepte.

Wenn es eine mehr oder weniger objektive Tendenz der *langfristigen* Verringerung der Wachstumsraten gibt, so folgt daraus, dass sich die Wirtschaftspolitik, darin eingeschlossen auch alternative Wirtschaftspolitik, darauf einstellen muss.

Es geht im Kern darum, dass in den entwickelten Industrieländern gesellschaftliche Ziele unter Bedingungen einer in der "langen Frist" geringen oder kaum vorhandenen Erweiterung der Produktion von Waren und Dienstleistungen, Zunahme des materiellen Reichtums und Ausweitung der Felder traditioneller Erwerbsarbeit, zu realisieren sind. Eine solche Schlussfolgerung für das langfristige Wachstum bedeutet jedoch nicht, dass die Wirtschaftspolitik aus ihrer Verantwortung freigesprochen wird, die ökonomischen Rahmenbedingungen für das kurz- und mittelfristige Wirtschaftswachstum zu verbessern, um wieder eine höhere Dynamik der Wertschöpfung zu erreichen.

Das Wirtschaftswachstum verliert zunehmend seine Funktion, über die Ausdehnung der Maßstäbe der Produktion neue Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit beizutragen. In Zukunft muss davon ausgegangen werden, dass das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung nicht höher, sondern eher geringer sein wird als das Wachstum der auf eine Arbeitsstunde bezogenen Arbeitsproduktivität. Damit nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass die Schwelle bei der ein Wachstum im volkswirtschaftlichen Maßstab zur Entstehung zusätzlicher Arbeitsplätze führt, dauerhaft nicht mehr überschritten wird.

Entgegen einer öfter vertretenen Auffassung heißt das nicht, dass der Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeitslosigkeit aufgehoben wird. Und es heißt auch nicht, dass er an Bedeutung verliert. Aber je mehr das Tempo der Produktivitätssteigerung das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums übertrifft, desto mehr Arbeitsplätze gehen bei sonst gleichen Bedingungen verloren. Das innovative Suchen und Finden neuer oder den veränderten Bedingungen angepasster Wege und Instrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen, etwa in Bereichen des ökologischen Umbaus und arbeitsintensiver Dienstleistungen, gewinnt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen noch höheren Stellenwert.

Die *Auseinandersetzungen bei der Verteilung* spitzen sich zu wenn das zu Verteilende nicht oder nur gering zunimmt. Der Druck, der aus dem Profitstreben und ins-

besondere aus der Forderung, die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen müsse erhöht werden, auf die Umgestaltung der Verteilungsverhältnisse zu Gunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen ausgeht, erreicht eine neue Qualität. Damit erhält die Tendenz, den bestehenden Verteilungskompromiss auszuhebeln, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu erhöhen sowie die soziale Polarisierung zum Nachteil der abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen zu forcieren, neue Schubkraft.

Die Widerstände, die der Einführung existenzsichernder Mindestlöhne und anderer Mindeststandards sowie einer bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. von Grundeinkommen entgegenstehen, nehmen zu. Die Schwelle für eine Umverteilung von oben nach unten wird noch viel höher. Sie ist nur durch eine entscheidende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse und einen weit größeren gesellschaftlichen Druck zu überwinden.

In diesem Kontext gewinnen konkrete *Konzepte für eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse zu Gunsten der Masseinkommen* – Löhne und Gehälter und monetäre Sozialleistungen – noch mehr an Bedeutung für eine alternative Wirtschaftspolitik. Nur hierdurch kann erreicht werden, dass zukünftig sowohl die an Einkommen gebundenen Voraussetzungen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen gesichert werden, als auch die Binnenfrage gestärkt wird als wichtigste Bedingung für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung.

Angesichts eines voraussichtlich geringeren Wachstums und gleichzeitig zunehmender Anforderungen an die Gemeinschaft zur Bereitstellung der für ein menschenwürdiges Leben und für Chancengleichheit erforderlichen Grundgüter – für Bildung, Gesundheit, Kultur, Sozialleistungen – nehmen die Anforderungen zur Sicherung ausreichender Einnahmen der öffentlichen Hand zu. Eine auf Verringerung der Staatsquote gerichtete Steuerpolitik steht im Widerspruch zu den veränderten ökonomischen Bedingungen und zu einer zukunftsorientierten Entwicklung des Gemeinwesens. Einem alternativen, sozial gerechteren Steuerkonzept, das den veränderten ökonomischen und natürlichen

Umweltbedingungen Rechnung trägt, kommt daher in Zukunft eine noch größere Bedeutung zu.

Bei der weiteren Arbeit zur Qualifizierung der Vorschläge alternativer Wirtschaftspolitik zum ökonomischen Wachstum geht es insbesondere um konstruktive Ansätze und Überlegungen zur Lösung des Widerspruchs zwischen zwei Forderungen, die jede für sich betrachtet berechtigt sind, die aber einander auch entgegenstehen. *Einerseits* die Rolle des Wachstums für die Lösung dringender Probleme auf allen gesellschaftlich relevanten Gebieten. *Andererseits* die von umweltpolitischen Erfordernissen abgeleitete Forderung, eine auf ständigem Wachstum beruhende Wirtschaftsweise zu überwinden. Eine realistische und zukunftsorientierte alternative Wirtschaftspolitik muss dazu beitragen, den dem ökonomischen Wachstum immanenten Widerspruch zu lösen zwischen der Notwendigkeit des Wachstums und den Umwelterfordernissen, die zur Begrenzung von Wachstum und schließlich zum Wachstumsverzicht drängen. Der Widerspruch zwischen schrankenlosem Wachstum und Endlichkeit der Natur kann nur *zeitweilig*, aber nicht dauerhaft weggeschoben werden.

Zur Lösung dieser Wachstumswidersprüche gewinnen zwei Aspekte für eine zukünftige alternative Wirtschaftspolitik besondere Bedeutung. *Erstens* gilt es, einen *neuen Wachstumstyp* oder eine neue Qualität des Wachstums durchzusetzen. Ein solcher neuer Wachstumstyp müsste auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, einer hohen, kontinuierlichen Steigerung der Effizienz natürlicher Ressourcen sowie auf grundlegende Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen zu Gunsten wenig material- und energieintensiver, innovativer und hoch veredelter Produktionen sowie hochwertiger Dienstleistungen gerichtet sein. Es geht um tiefere Veränderungen im Wirtschaftswachstum sowohl im Hinblick auf die Ressourcen und Faktoren die dem Wachstum zu Grunde liegen als auch der Wachstumsresultate, die weniger in der Erweiterung des materiellen Reichtums als in der Erhöhung seiner Qualität und in der Entwicklung der sozial-kulturellen, geistigen Leistungen, in einer veränderten, neuen Art des Wohl-

stands und seiner Entwicklung zum Ausdruck kommen (vgl. Steinitz 2003, 123 ff.). *Zweitens* ist eine nach Zeithorizonten differenzierte Betrachtungsweise des Wachstums notwendig.

Schließlich muss noch auf eine weitere Schlussfolgerung hingewiesen werden: die größere Unsicherheit und Labilität in den Vorausschätzungen des zukünftigen Wirtschaftswachstums. Dies gilt nicht nur für langfristige, sondern auch für sehr kurzfristige Voraussagen wie etwa für das Folgejahr oder sogar für das folgende Quartal. Die Vorausschätzungen müssen für ein und dasselbe Jahr häufiger als früher wiederholt und beträchtlich korrigiert werden. Trotzdem sind auch bei kurzfristigen Prognosen starke Abweichungen zwischen der letzten Vorausschätzung und der tatsächlichen Entwicklung typisch. Dies hat auch Konsequenzen für den Ablauf des Konjunktur- bzw. Krisenzyklus, insbesondere für die in früheren Krisenzyklen nach der Krisen- und Depressionsphase folgende längere Aufschwungphase. Deutlich zeigt sich dies im gegenwärtigen Zyklus, denn im Vergleich zu anderen Nachkriegszyklen war die Wirtschaftskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch eine längere dreijährige Depressions- oder Stagnationsphase gekennzeichnet. Das von den Forschungsinstituten und der Bundesregierung vorausgesagte unmittelbar bevorstehende Einsetzen eines konjunkturellen Aufschwungs wurde immer wieder um ein Quartal oder Halbjahr verschoben. Nachdem eine konjunkturelle Belebung 2004 mit einer Zuwachsrate von 1,7 % eintrat und zunächst die Fortsetzung dieses Trends für die nächsten Jahre erwartet wurde, wurden schon Ende 2004 die für 2005 getroffenen Vorausschätzungen von den meisten Forschungsinstituten spürbar nach unten korrigiert.

Auch in Zukunft muss mit höherer Labilität, längeren Stagnationsphasen, kürzeren Aufschwungphasen gerechnet werden. Die wirtschaftspolitischen Spielräume werden insgesamt enger. Die Anforderun-

gen an höhere Flexibilität gelten nicht nur für betriebswirtschaftliche Prozesse, sondern zunehmend auch für makroökonomische Zusammenhänge. Hieraus ergibt sich ebenfalls als Konsequenz, dass die Verteilungsprobleme eine zunehmenden Rolle, etwa als Puffer zum Ausgleich von Schwankungen, im Wirtschaftswachstum erhalten. Überhaupt erhalten die vielfältigen und differenzierten Wechselbeziehungen zwischen Wachstum und Verteilung in den verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus ein erhöhtes wirtschaftspolitisches Gewicht. Auch hieran wird deutlich, dass die starren Grenzen für die Neuverschuldung und die Gesamthöhe der öffentlichen Schulden, die durch die sogenannten Maastricht-Kriterien und den Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzt werden, immer mehr in Widerspruch zu den Erfordernissen an eine Wirtschaftspolitik gerät, die von den realen Prozessen und Herausforderungen an die Politik ausgeht.

Literatur

- Bofinger, Peter, 2005: Wir sind besser, als wir glauben, München.
- Klein, Dieter (Hg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Reuter, Norbert, 2000: Ökonomik der „Langen Frist“, Marburg.
- Steinitz, Klaus, 2003: Wirtschaftswachstum ist unverzichtbar? In: UTOPIEKreativ 148, Februar.
- Zinn, Karl-Georg, 1997: Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege, Hamburg.
- Zinn, Karl-Georg, 2005: Europa im Siechtum. Die Ideologie einer gescheiterten Politik Blockiert Alternativen. In: Sozialismus 32, Heft 1.

Autorenverzeichnis

- Dellheim, Judith; Dr., Wirtschaftswissenschaftlerin, freie Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Sprecherin der AG Wirtschaftspolitik der Linkspartei. PDS.
- Fumagalli, Andrea; Dr., Wirtschaftswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Università di Pavia.
- Giegold, Sven; Wirtschaftswissenschaftler, Sprecher der Attac-AG Steuerflucht & Steuerpolitik.
- Heine, Michael; Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Fachhochschule für Wirtschaft und Technik Berlin.
- Klein, Dieter; Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Vorsitzender der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.
- Knake-Werner, Heidi; Dr., Sozialwissenschaftlerin, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.
- Krause, Günter; Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät sowie der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.
- Luft, Christa; Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftlerin, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorsitzende des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.
- Marano, Angelo; Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Dozent an der Università della Tuscia.
- Ricci, Andrea; Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Dozent an der Università di Urbino.
- Santoro, Alessandro; Dr., Wirtschaftswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Università di Milano.
- Steinitz, Klaus; Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät sowie der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Vorsitzender des Vereins „Helle Panke“ Zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur.
- Werner, Harald; Dr., Pädagoge, Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linkspartei.PDS.
- Wolf, Harald; Politikwissenschaftler, Bürgermeister von Berlin und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen im Senat von Berlin.